

Xi Jinpings Große Digitale Mauer

Internetzensur schürt Menschenrechtsverletzungen in China



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ulrich Delius

Redaktion: Hanno Schedler

Layout: Orsetta Cavallari, Ilaria Cimino, Tanja Wieczorek

Preis: 5,00 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2015

Xi Jinpings Große Digitale Maurer - Internetzensur schürt Menschenrechtsverletzungen in China

1. Zusammenfassung	5
2. Das Internet in China	7
2.1 Staat propagiert „Chinesisches Internet“	8
2.2 Staatspräsident Xi Jinping weitet Zensur aus	9
2.3 Soziale Medien unter massivem Druck	17
2.4 Mehr Blogger als Journalisten in Haft	23
3. Ausländische Internet-Industrie: Opfer und Täter zugleich	41
3.1 Facebook hat ein Glaubwürdigkeitsproblem	42
3.2 Europäische Union will Kooperation mit China beim Ausbau des Internets vorantreiben	44
3.3 Ausländische Unternehmen beklagen Internet-Zensur	44
3.4 Ungewisser Datenschutz	45
4. Keine Internetfreiheit in Tibet	46
4.1 Journalisten können nicht frei über Tibet berichten	46
4.2 Anhaltende Verhaftungen in Tibet	48
5. Keine Internetfreiheit für Uiguren	51
5.1 Bedeutung des Internets im Nordwesten Chinas	53
5.2 Angriffe auf uigurische Organisationen im Ausland	61
5.3 Verhaftungen von Uiguren wegen Internetdelikten	62
6. Keine Internetfreiheit in der Inneren Mongolei	75

1. ZUSAMMENFASSUNG

Unter Staats- und Parteichef Xi Jinping hat die Verletzung der Internetfreiheit in der Volksrepublik China deutlich zugenommen. Obwohl inzwischen 649 Millionen Menschen in China das Internet nutzen und ihre Zahl ständig steigt, bekommen diese Internetnutzer immer weniger Zugang zu unzensurierten Meldungen und Möglichkeiten zum freien Meinungs austausch in sozialen Medien. Der freie Zugang zum Netz und zur Nutzung von Mobiltelefonen wurde mit neuen Verordnungen weiter eingeschränkt, Zensurbehörden wurden neu strukturiert, in ihrer Effizienz gestärkt und mit noch mehr Personal ausgestattet. Neben amtlichen Zensoren wurden zehntausende „inoffizielle Meinungsarbeiter“ und „Internet-Meinungs-Analysten“ eingestellt. Chinas Zensur-Chef Lu Wei behauptet, er könne im Großraum Peking zwei Millionen Menschen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Kommunistischen Partei mobilisieren.

Nach massiven Protesten von Bloggern gegen Machtmissbrauch und Zensur gingen die Behörden ab Sommer 2013 gezielt mit vier Kampagnen in die Öffentlichkeit, um den Führungsanspruch der Partei auch im Internet zu unterstreichen. Obwohl diese Kampagnen Hochtechnologie-Medien betreffen, erinnern sie fatal an Massenkampagnen der Mao-Zeit. So werden Online-Journalisten zur regelmäßigen Teilnahme an ideologischen Schulungen gezwungen und Parteizeitungen kaufen gezielt liberalere Medien auf, um ihre ideologische Gleichschaltung durchzusetzen. Gesetze wie der Artikel 293 des Strafgesetzbuchs werden extensiv neu interpretiert, um mehr Handhabe zur Bestrafung von Internetdelikten zu haben. Kritische Webseiten werden mit Hacker-Angriffen lahmgelegt und VPN-Tunnelverbindungen, die einen Zugang zu unzensurierten Seiten im Ausland geben, werden immer wieder gesperrt. Auch in sozialen Medien nimmt der Druck der Behörden spürbar zu. Die Verletzung der Internetfreiheit schürt aber auch neue Menschenrechtsverletzungen. So wurden Dutzende Mikroblogs von den Zensurbehörden gesperrt, hunderte Nutzer festgenommen und verhört.

Besonders viele Festnahmen und Verhöre von Bloggern, Online-Journalisten und Internet-Autoren gab es im Vorfeld des 25. Jahrestags des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens sowie während der Proteste für mehr Demokratisierung in Hongkong. Mindestens 115 Menschenrechtler wurden festgenommen, weil sie im Internet ihre Unterstützung für die demonstrierenden Hongkonger signalisiert hatten. Die Hongkonger Protestbewegung wurde auch gezielt mit „Malware“ ausgespäht und ihre Computer mit Hacker-Angriffen teilweise lahmgelegt. Mit obskuren Vorwürfen werden prominente Anhänger der Demokratiebewegung wie die Journalistin Gao Yu kriminalisiert. Gao Yu soll angeblich ausländischen Online-Medien vermeintliche Geheimdokumente der Partei übermittelt haben.

Mindestens 73 Blogger befinden sich zurzeit aus politischen Gründen in China in Haft. In diesem Menschenrechtsreport wird das Schicksal von 77 bedrängten oder inhaftierten Bloggern, Online-Journalisten und Online-Autoren dargestellt. Ein Großteil der inhaftierten Blogger sind Uiguren. In keiner anderen Region Chinas wird so massiv die Internetfreiheit verletzt wie in Xinjiang / Ostturkestan. Selbst der Kauf von SIM-Karten für Mobiltelefone oder von gebrauchten Computern muss mit Ausweispapieren dokumentiert werden, die in ein zentrales Register der Polizei eingespeist werden und den Behörden eine totale Kontrolle ermöglichen. Nach der Einführung eines Verbots der Verbreitung von Gerüchten ist ein freier Austausch von Informationen im Internet oder in sozialen Medien nicht mehr möglich. Eine zehnmonatige Internet-Blockade beeinträchtigte massiv die Wirtschaft und das Alltagsleben der Menschen. Mit einer Kampagne gegen „Terror“ im Internet wird die Verbreitung von tausenden religiösen, kulturellen und historischen Texten im Internet verboten. Darüber hinaus werden 200.000 Parteifunktionäre in die ländlichen Gebiete entsandt, um jeden Haushalt mit seinen religiösen Gewohnheiten zu erfassen. Es entsteht ein totaler Überwachungsstaat. Uigurische Organisationen im Ausland werden mit Hacker-Angriffen und der Versendung von mit „Malware“ infizierten Mails ausgespäht oder mundtot gemacht. Das Schicksal



des zu lebenslanger Haft verurteilten uigurischen Wirtschaftsprofessors Ilham Tohti (links) und seiner sieben Studenten, die drei bis acht Jahre Haft verbüßen müssen, zeigt, dass es für Uiguren keine Internetfreiheit gibt. Selbst dann nicht, wenn sie sich wie Tohti und seine Studenten für einen

Abbau der Vorurteile und Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen einsetzen.

Auch Tibeter und Mongolen werden drakonisch bestraft, wenn sie Fotos oder Informationen über Menschenrechtsverletzungen per Mobiltelefon ins Ausland senden. So wurde der 48 Jahre alte Tibeter Kalsang Tsering im Februar 2015 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er Informationen an Freunde im Ausland weitergegeben haben soll.

Um das Internet wirksamer kontrollieren zu können, propagiert Xi Jinping die Souveränität der Staaten und Regierungen über das Internet, das von dem jeweiligen Staatsgebiet zu empfangen ist. Dieses Konzept eines „Chinesischen Internets“ ist ein Frontalangriff auf die weltweite Internetfreiheit. Denn statt eines freien weltweiten

Zugangs zum Netz soll jeder Staat die Nutzung des Internets selbständig regeln und Verbotsgesetze einführen können. Gezielt förderte die chinesische Regierung dieses umstrittene Konzept auf der Ersten Welt-Internet-Konferenz, die im November 2014 in China stattfand. Auch bei der Weiterentwicklung des Netzes will China dafür sorgen, dass Regierungen zukünftig die Federführung bekommen, und nicht mehr wie bislang Nichtregierungsorganisationen die Vergabe von Internet-Adressen entscheidend mitgestalten.

Internationale Internet-Unternehmen sind in der Volksrepublik nicht nur Opfer der Internetzensur, sondern auch Mittäter: Sie unterhalten tausende Zensoren, die Selbstzensur üben, um sicherzustellen, dass es keine Probleme mit den Behörden gibt. Zum Teil arbeiten sie dabei eng mit den offiziellen Zensoren zusammen und liefern ihnen Informationen, die die Kriminalisierung von Dissidenten ermöglichen. Andere Unternehmen, die wie *Facebook* aufgrund der Internet-Vorschriften in China noch nicht Fuß fassen konnten, werden von chinesischen Menschenrechtlern massiv kritisiert, die ihnen vorwerfen, sich zu sehr der chinesischen Staats- und Parteiführung anzubiedern und ihre eigenen ethischen Unternehmensprinzipien zu verraten. Vom staatlich gewollten Ausschluss vieler internationaler Firmen haben chinesische Unternehmen wie der *Alibaba*-Konzern maßgeblich profitiert.

2. DAS INTERNET IN CHINA

ZAHL DER INTERNETNUTZER IN CHINA STEIGT RAPIDE AN

Obwohl in China immer mehr Menschen das Internet nutzen, bekommen sie immer weniger Zugang zu nicht zensierten Meldungen und können sich in sozialen Medien immer seltener frei austauschen. Zwischen 2005 und Ende 2014 stieg die Zahl der Internetnutzer von 111 Millionen auf 649 Millionen Menschen, erklärte die staatliche chinesische Internetbehörde (*Cyberspace Administration of China, CAC*) am 3. Februar 2015 (www.techinasia.com, 3.2.2015). 48 Prozent der chinesischen Bevölkerung nutzen das Internet. Regional ist die Nutzung jedoch sehr unterschiedlich. So wird in den städtischen Zentren im Osten des Landes das Internet sehr viel mehr genutzt als in den tibetischen Siedlungsgebieten oder in Xinjiang / Ostturkestan im Westen der Volksrepublik. Mindestens 71 Prozent der Nutzer leben nach Informationen des staatlichen *China Internet Network Information Center (CNNIC)* in Städten (*33rd Statistical Report on Internet Development, CNNIC, 2014*).

Rund 557 Millionen Nutzer bedienen sich mobiler Zugänge, um auf das Internet zurückzugreifen. Im Jahr 2007 waren nur 50 Millionen Menschen in China mobile Nutzer. Rund 600 Millionen Menschen in China sind Nutzer von *WeChat* und anderen Kurznachrichtendiensten. Mehr als 100 Unternehmen bieten in China Mikroblogger-Dienste

an. Gemäß einem vom Internet-Informationsbüro des Staatsrates (*State Council Internet Information Office*) am 26. Mai 2014 veröffentlichten Weißbuch haben Chinas Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2013 täglich rund 20 Milliarden *WeChat*-Botschaften und 250 Millionen Mikroblog-Mitteilungen versandt.

2.1 STAAT PROPAGIERT „CHINESISCHES INTERNET“

Doch trotz der hohen Zugriffszahlen haben die Nutzer oft das Gefühl, sich nicht im weltweiten Netz zu bewegen, sondern in einem Intranet mit sehr beschränkter Reichweite. Chinas Internet-Behörden setzen immer mehr auf ein nationales Netz, beschränken den Zugang zu internationalen News-Portalen oder verpflichten ausländische Unternehmen zu einer so stark ausgeprägten Selbstzensur der von ihnen in der Volksrepublik verbreiteten Nachrichten, dass ihr Angebot kaum mehr wieder zu erkennen und nur noch wenig informativ ist.

Entgegen dem international anerkannten Prinzip des freien, weltweiten Zugangs zum Netz und unbegrenzten Austauschs von Nachrichten und Meinungen propagieren chinesische Behörden und regierungstreue Wissenschaftler die Souveränität jedes Staates über das in seinem Land zur Verfügung stehende Internet. „Alle Staaten haben das Recht und die Macht, den Zugang zu Informationsmöglichkeiten auf ihrem Staatsgebiet eigenständig rechtlich zu regeln und diese rechtlichen Bestimmungen auch selbständig umzusetzen“, erklärte die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* am 10. Februar 2015. Das Konzept der „Internet-Souveränität“ entspreche dem Völkerrecht. Andere Staaten hätten nicht das Recht, sich in die Angelegenheiten des regelnden Staates einzumischen, behauptete forsch die von der Kommunistischen Partei kontrollierte Tageszeitung *People's Daily* (23.6.2014).

Diese Auffassung steht aber im Widerspruch zu den Erklärungen des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen. Das bedeutendste Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen hat in einer am 29. Juni 2012 verabschiedeten Resolution bekräftigt, dass „Bürger offline und online die gleichen Rechte genießen müssen, insbesondere die Meinungsfreiheit, die unabhängig von Staatsgrenzen und von der Wahl der Medien immer respektiert werden muss.“

CHINA WILL MEHR REGIERUNGSKONTROLLE DER WELTWEITEN ENTWICKLUNG DES INTERNETS

Bislang wird die weltweite Vergabe von Internet-Adressen von der *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN)*, einer nicht gewinnorientierten Organisation geregelt, die mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeitet. Seit mehreren Jahren bemüht sich China darum, der *ICANN* diese Befugnisse zu entziehen und sie der *Internationalen Union für Telekommunikation der Vereinten Nationen* zu übertragen. Ein solcher Kompetenzwechsel würde der Regierung der Volksrepublik

größere Einflussmöglichkeiten bei der Weiterentwicklung des weltweiten Internet-Netzes verschaffen.

2.2 STAATSPRÄSIDENT XI JINPING WEITET ZENSUR AUS

Mehr als zwölf unterschiedliche staatliche Behörden sind in China mit der Kontrolle des Internets betraut. Fast jeden Monat ergehen neue Vorschriften, die die Nutzung des Internets und sozialer Medien noch umfassender und restriktiver regeln. Am 1. März 2015 traten neue Zensur-Vorschriften in Kraft, die zehn Punkte umfassen und sowohl für das Internet, als auch für soziale Medien, Blogs, Online-Foren, Kurznachrichtendienste und Mikroblogs gelten. So darf niemand Informationen verbreiten, die Konflikte zwischen ethnischen Gruppen schüren oder die staatliche Ordnung, Souveränität, territoriale Integrität und nationale Sicherheit gefährden könnten. Streng verboten ist auch die Verbreitung jeder Form von Gerüchten sowie von Informationen, die chinesische Gesetze oder die Verfassung des Landes verletzen. Die Verbreitung extremistischer Inhalte oder von Propaganda für Kultgemeinschaften ist untersagt. Nach Interpretation chinesischer Sicherheitsdienste zählen dazu auch religiöse Schriften von Muslimen und Buddhisten oder Publikationen der verbotenen Meditationsgemeinschaft Falun Gong. Wer zukünftig Informationen oder Gerüchte über Probleme und Konflikte in Siedlungsgebieten von Tibetern, Uiguren und Mongolen im Internet in China verbreitet, macht sich strafbar. Das kommt einer Informationsblockade gleich, weil nur noch staatlich autorisierte und von den Zensoren genehmigte Informationen in Umlauf gebracht werden können. So werden ethnische und religiöse Minderheiten systematisch kriminalisiert, statt eine öffentliche Diskussion über die Ursachen der Konflikte anzuregen, die langfristig zu einem besseren Verständnis zwischen den Bevölkerungsgruppen und zu einem Abbau der Spannungen beitragen könnte. Die Internetprovider werden bei Regelverletzungen und der Verbreitung verbotener Inhalte zur Verantwortung gezogen.

Die im Februar 2015 angekündigte erneute Verschärfung der Internetzensur erregte weltweit Aufsehen, weil nun auch vorgeschrieben ist, dass sich jeder Nutzer des Internets mit seinem tatsächlichen Namen beim Internetprovider registrieren lassen muss. Seit sechs Jahren arbeiten die chinesischen Behörden daran, jeden Nutzer des Internets persönlich zu erfassen. Die Neuerung ist somit Teil einer Gesamtstrategie zur totalen Überwachung der 649 Millionen Internetnutzer in China, die langfristig angelegt ist. Die Nutzer können sich zwar einen individuellen Namen geben. Dieser darf aber kein Phantasienamen einer bekannten Persönlichkeit sein oder den Anschein einer staatlichen Institution oder offiziellen Einrichtung erwecken. Im Januar 2015 erklärte die Staatliche Internet-Behörde (*Cyberspace Administration of China, CAC*), sie habe 17 Internet-

Adressen seit November 2014 gesperrt, weil sich diese als Organe der Kommunistischen Partei oder als staatlich zugelassene und geförderte Medien ausgegeben hätten.

Von Beginn an war die Machtübernahme des neuen chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping von zahlreichen Initiativen gezeichnet, mit denen die Kontrolle und gezielte Beeinflussung des Internets und sozialer Medien durch Behörden und Kommunistische Partei (KP) vorgetrieben werden sollte. Schon im August 2013 hatte Xi Jinping auf der *Konferenz für Nationale Propaganda und Ideologische Arbeit* zu einer Verstärkung der Kontrolle des Internets aufgerufen (*Xinhua*, 20.8.2013). Das Internet sei zum „Hauptschlachtfeld für den Kampf um die öffentliche Meinung geworden“, erklärte der Staatspräsident. Der Parteichef forderte einen „Kampf um die öffentliche Meinung“ und erinnerte mit diesen martialischen Äußerungen fatal an die Massen-Kampagnen der KP zu Maos Zeiten, die Millionen Menschen das Leben kosteten. Zugleich rief er zu mehr Innovation sowie zu attraktiveren Inhalten der staatlich kontrollierten Medien auf und verlangte, neue Medien umfassender zu untersuchen, um ähnlich erfolgreich in der Gunst der Zuschauer und Zuhörer zu werden. Die zunächst geheim gehaltene Rede wurde zu einer bedeutenden Referenz bei der ideologischen Begründung der weiteren Einschränkung der Internetfreiheit.

Das mit „Reformfragen“ befasste Dritte Plenum des Zentralkomitees der KP rief bei seiner Sitzung im November 2013 zu einer umfassenden Überwachung des Internets und der online veröffentlichten Meinungsäußerungen auf. Bei dem Plenums-Treffen kritisierte Xi Jinping, dass die Informationsgesellschaft nur unzureichend geregelt sei und insbesondere die zur Kontrolle des Informationsflusses bestehenden Behörden nicht ausreichend und wirksam zusammenarbeiteten. So seien ihre Kompetenzen nicht klar gegeneinander abgegrenzt und die Verantwortung für bestimmte Regelungsbereiche ungeklärt. Insbesondere sei das Online-Management vollkommen überfordert von der technischen Fortentwicklung. Besonders deutlich zeige sich dies bei den Mikroblogs, bei *WeChat* und anderen sozialen Medien. Diese Medien hätten nicht nur eine große Verbreitung, sondern auch einen wachsenden Einfluss auf die Gesellschaft und verfügten über einen hohen Grad an Kräften zur Mobilisierung der breiten Bevölkerung.

Der neue Staats- und Parteichef betonte immer wieder die Bedeutung des Internets. Mit einer in den staatlichen Medien im Jahr 2014 lancierten Kampagne gegen den vermeintlichen wachsenden Einfluss „westlicher Ideen und Werte“ in den Bereichen Bildung, Kultur, Medien und Gesellschaft unterstrich Xi Jinping den Führungsanspruch der KP im Umgang mit Medien und Information. Das Ausland wolle mit der Propagierung westlicher Ideen China ideologisch infiltrieren, um den Führungsanspruch der Partei in der Öffentlichkeit in Frage zu stellen, hieß es in dem im April 2013 bekannt gewordenen Partei-Dokument Nummer 9 zum Stand der aktuellen ideologischen Lage in China

(*Communiqué on the Current State of the Ideological Sphere*, <http://chinacopyrightandmedia.wordpress.com>, 22.4.2013).

Um wirksamer das Internet zu kontrollieren, wurden im März 2013 die *Staatliche Behörde für Radio, Film und Fernsehen (State Administration of Radio, Film and Television, SARFT)* und die *Generalverwaltung für Presse und Publikationen (General Administration for Press and Publications, GAPP)* zur *Staatlichen Verwaltung von Presse, Publikationen, Radio, Film und Fernsehen (State Administration of Press, Publications, Radio, Film and Television, SAPPRFT)* zusammengelegt. Seit dem 29. Oktober 2014 müssen sich nun auch Online-Journalisten beim *SAPPRFT* akkreditieren lassen. So soll die Kontrolle über Online-Journalisten verschärft und sie ähnlich behandelt werden wie Journalisten von Radio, Fernsehen und Zeitungen.

Auch das Online-Fernsehen, das massiv in China expandiert und bislang nicht näher geregelt wurde, soll von der *SAPPRFT* intensiver kontrolliert werden. Die neue Behörde wies bei einem Treffen mit sieben führenden lizenzierten Online-Providern im Juli 2014 alle Online-Medien an, sämtliche Sendungen einer Zensur zu unterwerfen, um problematische Inhalte zu entfernen. Insbesondere sollen Unterhaltungsprogramme zensiert werden, die außerhalb Festland-China produziert wurden (*Radio Free Asia*, 5.11.2014). Auch Werbespots sollen von diesen neuen Regeln betroffen sein. Auch wurde am 26. Oktober 2014 von der *SAPPRFT* die weitere Ausstrahlung des taiwanesischen Films „Kano“ verboten. Der Baseball-Film galt als problematisch, weil er aus Sicht der chinesischen Regierung Japans Kolonialherrschaft in Taiwan verharmloste.

Traditionell gilt die *Zentrale Propaganda-Abteilung* der KP als Schaltstelle der Zensur. Doch die im Jahr 2011 neu gegründete *Staatliche Internet Informations-Behörde (State Internet Information Office, SIIO)* ist eine staatliche Einrichtung. Ihr steht der KP-Hardliner Lu Wei vor, der auch in die neu gegründete *Führungsgruppe für das Internet und seine Sicherheit (Central Internet Security and Informatization Leading Group, CISILG)* berufen wurde, die unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten tagt. Bei ihrer ersten Sitzung forderte Xi Jinping innovative Methoden, um allgemeine Werte zu vermitteln und zugleich den Führungsanspruch bei online gemachten Meinungsäußerungen zu wahren (*Xinhua*, 27.2.2014).

CHINAS ZENSOREN

Die chinesischen Behörden zensieren das Internet in vielfältiger Weise. So werden gezielt technische Methoden wie das **Filtern von bestimmten Begriffen**, die **Netzwerk-Bandbreiteneinschränkung** und die **komplette Blockade des Zugangs zu Internetseiten** eingesetzt, um die Meinungsfreiheit einzuengen. Der so genannte „**Große Feuerwall**“ ist ein komplexes System von Zugangseinschränkungen zu ausländischen Internetseiten, das Ende der 1990er Jahre aufgebaut und seitdem stetig weiterentwickelt wird. Ergänzt wird

dieses System durch den „**Golden Shield**“ (Goldenes Schild), der ab dem Jahr 1998 vom Ministerium für Staatssicherheit für die Überwachung in China entwickelt wurde. Darüber hinaus gibt es aber auch unzählige Zensurbehörden auf regionaler und lokaler Ebene.

Mindestens 100.000 Chinesinnen und Chinesen arbeiten offiziell für die **Zensurbehörden**. Hunderttausende Menschen sind inoffiziell für sie oder für Internetprovider tätig und beeinflussen mit ihren Beiträgen im Internet und den sozialen Medien positiv die Wahrnehmung der KP und der Behörden. Diese „inoffiziellen Meinungsarbeiter“ werden ihrerseits gelegentlich selbst zensiert. So mussten sie im Juni 2014 kritische Kommentare zur US-Schauspielerin Angelina Jolie „überarbeiten“, weil darin Jolies Engagement für die „Unabhängigkeit Tibets“ erwähnt worden war (*www.phayul.com*, 10.6.2014). Doch der Begriff „Unabhängigkeit Tibets“ gilt im Internet Chinas als tabu, so dass diese Kommentare der „Meinungsarbeiter“ entschärft werden mussten. Neben diesen schlechter bezahlten „inoffiziellen Meinungsarbeitern“ gibt es rund zwei Millionen besser gestellte „Internet-Meinungs-Analysten“, die gezielt im Internet geäußerte Meinungen analysieren und dabei eng mit Parteivertretern und Behörden kooperieren, berichtete *Radio Free Asia* unter Bezug auf chinesische Medien (*Radio Free Asia*, 26.8.2014).

Das Wirken dieser umstrittenen „Analysten“ wurde bekannt, als es an der Pekinger Universität Streit über den Neubau eines Gebäudes gab. Das der Jugend-Liga der KP nahestehende Jugend-Forschungszentrum der Universität wollte mit der Manipulation der im Intranet der Universität ausgetragenen Diskussion das Bauprojekt durchsetzen. Gemeinsam mit der KP-Vertretung an der Hochschule und dem Rektorat der Universität richtete das Jugend-Forschungszentrum daher im Intranet der Hochschule falsche Internet-Accounts von nicht existierenden Personen ein, von deren Web-Adressen „Analysten“ falsche Nachrichten versandten, um die Diskussion über das Bauprojekt zu manipulieren. Der Schwindel fiel allerdings auf, als die Intranet-Betreiber Verdacht schöpften und die Benutzerkonten untersuchten. Sie stießen dabei auf eine IP-Adresse im Büro des Rektors der Universität.

Der von 2011 bis 2013 als stellvertretende Bürgermeister Pekings arbeitende Lu Wei überraschte auf einer Pressekonferenz im Januar 2013 mit unvermutet hohen Zahlen der Mitarbeiter des Überwachungsapparates. Neben den 60.000 offiziellen Mitarbeitern der Propaganda-Abteilung beschäftige die Stadt weitere zwei Millionen Menschen „außerhalb ihres Systems“, um *Sina Weibo* „zu nutzen“. Bei einer Gesamtbevölkerung des Raums Peking von 20 Millionen Menschen würde dies bedeuten, dass alleine in dieser Stadt rund zehn Prozent der Bevölkerung als „Propaganda-Arbeiter“ aktiv sind (*China Digital Times*, 18.1.2013). Die Zahl erscheint fast

kaum vorstellbar hoch, aber Lu Wei muss wissen, wovon er spricht: Er ist einer der mächtigsten Kontrolleure des Internets in China.

Spott ernteten die Zensoren in Chinas Internet und Kurznachrichtendienstes, als im Februar 2015 über einen Talent-Workshop der Internet-Behörde *Cyberspace Administration of China (CAC)* berichtet wurde, bei der eine inoffizielle Hymne der Zensurbehörde vorgestellt wurde (*New York Times*, 12.2.2015/*Libération*, 13.2.2015). Das im Internet bei *Tencent* und anderen Webseiten ausgestrahlte Video zeigt einen Chor, der in einem Lied mit martialischer Musik und revolutionärem Enthusiasmus die Errungenschaften der Zensur in vielen Metaphern preist. Makaber wird es allerdings, wenn der Chor seine Innovationskraft besingt. Viele chinesische Internetnutzer wünschen sich etwas weniger Innovationskraft und Fantasie ihrer Zensoren.

ZENSIERTE INHALTE

Wurden anfangs ganze Internetseiten ausländischer Medien (*Voice of America*, *BBC*) blockiert, so sind die Überwachungsmaßnahmen inzwischen so perfektioniert, dass nun auch einzelne Seiten innerhalb einer Homepage gesperrt werden können. Auch Stichworte und Suchbegriffe können blockiert werden. Online-Medien bekommen oft täglich von den Zensurbehörden Anweisungen, welche Themen in der Berichterstattung zu vermeiden sind. So dokumentierte der in den USA ansässige Informationsdienst *China Digital Times* zwischen November 2012 und Mai 2014 mehr als 400 Medien-Anweisungen der Zensurbehörden. Ein Großteil der Anordnungen betraf Berichte über Fehlverhalten von KP-Funktionären, die Politik der Regierung und die Gesundheit sowie die Sicherheitslage. Weniger häufig wurden Berichte über außenpolitische Fragen, die Zivilgesellschaft sowie über Medien zensiert. Von der Zensur sind deutlich mehr Berichte über aktuelle Entwicklungen als Kommentare betroffen.

Im Vorfeld des 25. Jahrestags des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 wurden im Jahr 2014 vor allem die Suche nach den Begriffen „Tiananmen, Massaker, Demokratie, Proteste, Erinnern und Kerzen“ blockiert. Foren zu „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ wurden ebenfalls massiv zensiert. Als im Sommer 2014 die Demokratiebewegung in Hongkong weltweit mit friedlichen Protesten auf sich aufmerksam machte, wurden die Suchbegriffe „Demokratie“, „Hongkong“ und „Regenschirm“ blockiert. Informationen zu inhaftierten oder ermordeten Menschenrechtsverteidigern wurden ebenfalls geblockt. So waren nach ihrem gewaltsamen Tod in der Haft keine Informationen über die Menschenrechtlerin Cao Shunli im Internet in China abrufbar. Die prominente Menschenrechtlerin war an der Ausreise in die Schweiz gehindert worden, um dort an einer Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen teilzunehmen. Nach ihrer Verhaftung wurde sie im Gewahrsam offensichtlich gefoltert und erlag ihren schweren Verletzungen.

Im Januar 2014 wurden zahlreiche internationale Nachrichtenseiten im Internet gesperrt, nachdem sie umfassend über die Steuerflucht von führenden KP-Funktionären aus der Volksrepublik China berichtet hatten (*Guardian*, 9.1.2014). Regelmäßig werden Inhalte gesperrt, die mit „Xinjiang/Ostturkestan“, „Gewalt“, „Terrorismus“, „Uiguren“, „Rebiya Kadeer“ oder dem „Weltkongress der Uiguren“ in Verbindung stehen. Auch Informationen über „Tibet“, „Dalai Lama“ und „Selbstverbrennungen“ werden blockiert.

Hunderte Nutzer des Kurznachrichtendienstes *Weibo* wurden im Jahr 2013 im ganzen Land in Gewahrsam genommen und verhört, weil sie beschuldigt wurden, „Gerüchte“ in Umlauf gebracht zu haben. Die Zahl der Nutzer des Textdienstes ging daraufhin spürbar zurück (*Washington Post*, 17.4.2014). Auch im folgenden Jahr kam es mehrfach zu Festnahmen von Weibo-Nutzern, denen vorgeworfen wurde, amtlich nicht bestätigte oder „falsche“ Nachrichten verbreitet zu haben.

Im Online-Fernsehen wurden beliebte ausländische Serien abgesetzt, weil von ihnen zu viel Konkurrenz für den staatlichen Fernsehsender *CCTV* ausging. So mussten die vier US-Fernsehshows „The Big Bang Theory“, „The Good Wife“, „The Practice“ und „NCIS“ im April 2014 von chinesischen Videoseiten entfernt werden (*Reuters*, 28.4.2014).

VIER KAMPAGNEN ZUR SICHERUNG DES FÜHRUNGSANSPRUCHS DER KP

Nach immer massiveren Protesten von Mikrobloggern und Online-Journalisten gegen Machtmissbrauch, Arbeitslager und Zensur gingen die Behörden ab Sommer 2013 mit vier Kampagnen gezielt in die Öffentlichkeit, um den Führungsanspruch der Partei auch im Internet zu unterstreichen.

Im Juni 2013 wurde die „**Massenlinien-Kampagne**“ begonnen, mit der die Disziplin innerhalb der Partei verstärkt werden sollte. Die in Anlehnung an die berühmten Massenlinien-Kampagnen der Mao-Zeit konzipierte Aktion rief die Funktionäre zur Selbstreflexion und Selbstkritik sowie zu einer stärkeren Orientierung an den Bedürfnissen der Bevölkerung auf. Sie wurde auch stark im Internet beworben. Die so genannte „Massenlinie“ ist ein politisches Konzept der KP in China, das an die Ideale von Konfuzius erinnert. So soll sich der Beamte bei seiner Arbeit idealerweise an den Bedürfnissen des Volkes orientieren, er erhält seinen Auftrag jedoch nicht vom Volk. Im Rahmen der Kampagne wurde die Zahl der Arbeitstreffen der Funktionäre um ein Viertel reduziert. 160.000 nicht existierende Personen wurden von den Gehaltslisten gestrichen, erklärte Xi Jinping zum Ende der Kampagne am 8. Oktober 2014 (*Xinhua*, 8.10.2014). Die Massenlinien-Kampagne ging in eine Antikorruptions-Kampagne über, der bis zum März 2015 zahlreiche führende KP-Funktionäre zum Opfer fielen: Innerhalb eines Jahres verloren 27 Delegierte des Nationalen Volkskongresses und neun Mitglieder der Politischen Beratenden Konferenz des chinesischen Volkes ihre Ämter (*South China Morning Post*, 1.1.2015).

Im Dezember 2013 wurde angekündigt, dass die **ideologische Ausbildung von Journalisten** verstärkt werden solle (*South China Morning Post*, 19.12.2013). So sollen an den führenden Universitäten des Landes bedeutende Vertreter der Propaganda-Abteilung der KP lehren. Journalisten müssen zukünftig eine ideologische Prüfung ablegen, um ihren Presseausweis verlängert zu bekommen. Die Medienvertreter sollen dazu ein 700 Seiten umfassendes Handbuch zu marxistischer Medienarbeit durcharbeiten.

Die **Städtische Propaganda-Abteilung Pekings** kaufte im Januar 2014 einen 49 Prozent-Anteil an einer führenden liberalen Zeitung, den *Beijing News* (*South China Morning Post*, 27.1.2014). Der *Guangming Daily*, eine andere Parteizeitung, besaß bereits Anteile an dem Blatt. Prominente Blogger und Journalisten sehen darin einen Schlag gegen die Privatisierung der Medien und gegen den wachsenden Einfluss unabhängiger Online-Medien. Auch wird der Kauf als massive Warnung an unabhängige Medien verstanden, sich mit öffentlicher Kritik zurückzuhalten. Dem bisherigen Eigentümer, der *Southern Media Group*, gehört auch die Zeitung *Southern Weekly*, bei der im Januar 2013 Journalisten in einen landesweit beachteten Streik traten, um gegen die zunehmende Zensur zu demonstrieren. Die Eigentümer der Zeitung mussten sich später öffentlich für den Streik entschuldigen.

Schließlich wurde im Februar 2014 die **Central Internet Security and Informatization Leading Group (CISILG)** unter Vorsitz von Präsident Xi Jinping gegründet, die alle Entscheidungen staatlicher Stellen zum Online-Bereich koordinieren soll. Während einer CISILG-Sitzung im Oktober 2014 kündigte „Internet-Zar“ Lu Wei an, China werde ein Bewertungssystem zur Einschätzung der Glaubwürdigkeit von Internetnutzern einführen. Es soll auf der Auswertung der von den Nutzern besuchten Internetseiten beruhen und „diejenigen auszeichnen, die sich gut verhielten und die bestrafen, die es nicht taten“ (*People’s Daily Online*, 25.10.2014 / *China Brief*, *The Jamestown Foundation*, S. 12, 23.1.2015).

NEUE RECHTSGRUNDLAGE FÜR BESTRAFUNG VON INTERNET-DELIKTEN

Angesichts der massiven Zunahme von Internutzern sind die chinesischen Strafverfolgungsbehörden bemüht, neue Rechtsgrundlagen für die Bestrafung von Internetdelikten zu entwickeln. Große Bedeutung kommt dabei einem Rechtsgutachten zur Bedeutung von Artikel 293 des Chinesischen Strafgesetzbuches zu, das der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft im September 2013 veröffentlichten. Sie kommen darin zu dem Schluss, der Missbrauch von Informations-Netzwerken „um andere zu schelten oder einzuschüchtern“, „um falsche Informationen zu verbreiten..., die erfunden wurden oder von denen man weiß, dass sie nicht zutreffen“ sowie „andere anzustiften, solche Informationen zu verbreiten“ nach Artikel 293 als „Erzeugen einer

ernsten Störung“ angesehen und bestraft werden kann (*Dui Hua, Human Rights Journal*, 5.3.2015).

Der betreffende Strafrechtsparagraf ist denkbar unscharf formuliert. So können gemäß Artikel 293 alle Akte, die "Unruhe stiften und so die öffentliche Ordnung stören“ mit "einer auf fünf Jahre befristeten Freiheitsstrafe oder mit Polizeiaufsicht" geahndet werden. In der wörtlichen Übersetzung heißt es sogar wenig juristisch, „wer einen Streit vom Zaun bricht oder Ärger verursacht“, könne bestraft werden.

Schon bislang wurden damit unterschiedlichste Verhaltensweisen geahndet. So wurden damit schon das Blockieren von Autos, das Werfen von Steinen auf Gebäude, Plünderungen und körperliche Auseinandersetzungen geahndet. Das Rechtsgutachten eröffnete der chinesischen Justiz neue Möglichkeiten, Internetdelikte zu bestrafen. Von diesen neuen Möglichkeiten macht die Strafverfolgungsbehörden seit Veröffentlichung des Rechtsgutachtens massiv Gebrauch. So wurde der Paragraf als Rechtsgrundlage für die Bestrafung der Regimekritiker Pu Zhiqiang und Yu Shiwen herangezogen.

Kritiker wenden allerdings ein, diese Rechtsauslegung sei nicht legal, sondern, eine Rechtsbeugung, weil damit der Wirkungsbereich von Artikel 293 spürbar ausgeweitet, was vom Gesetzgeber nicht bezweckt worden sei (*Don't Let „Creating a Serious Disturbance“ Become a „Pocket Crime“*, Zhang Qianfan, 5.2.2015, in: *Dui Hua, Human Rights Journal*, 5.3.2015). Chinesische Rechtsexperten wie der liberale Verfassungsrechtler Zhang Qianfan der Pekinger Universität bezeichnen Artikel 293 als Gummi-Paragrafen, der so vage bestimmt ist, dass er auf alles passt oder passend gemacht werden kann. Dem Ziel von mehr Rechtsstaatlichkeit widerspreche die extensive Auslegung des Artikels, kritisierte der Jurist.

ZUGANGSKONTROLLEN ZUM INTERNET WERDEN VERSCHÄRFT

Schon seit mehreren Jahren bemühen sich die chinesischen Behörden darum, die Zahl der Internet-Cafés zu verringern und ihre Kontrolle zu verschärfen. Immer neue Regeln zwingen die Betreiber dazu, die Identität der Nutzer einwandfrei zu klären, zu dokumentieren und alle Webseiten zu registrieren, die von den Besuchern der Cafés genutzt werden. Regelmäßig werden die Betreiber der Einrichtung für Fehlverhalten ihrer Kunden zur Rechenschaft gezogen. Die Vielzahl der Restriktionen hat dazu geführt, dass zwischen den Jahren 2011 und 2012 mehr als 10.000 Internet-Cafés in China schließen mussten (<http://games.qq.com/z/zt/2013cybercafe/index.htm>). Heute bedienen sich weniger als 20 Prozent der chinesischen Internetnutzer Internetcafés, um ins Internet zu gelangen.

Nur sechs staatlichen Betreibern ist es vorbehalten, den Zugang zum Internet aus China zu gewährleisten. Sie unterstehen dem Ministerium für Industrie und Informationstechnologie. Beim Einloggen in einem Internet-Café oder bei der Eröffnung

eines *Weibo*-Kontos für die Versendung von Kurznachrichten muss jeder Bürger seine ID-Karte vorlegen. Ihr kann dann entnommen werden, ob der Betroffene einer ethnischen Minderheit angehört, an Aids erkrankt ist, Drogen konsumiert oder bereits Probleme mit der Polizei gehabt hat.

2.3 SOZIALE MEDIEN UNTER MASSIVEM DRUCK

Unter Präsident Xi Jinping gerieten insbesondere prominente Blogger in das Fadenkreuz der Ermittler. Nur wenige Tage nach der viel beachteten Rede Xi Jinpings zur Internet-Sicherheit im August 2013 wurde der prominente Blogger **Charles Xue** (rechts) in einer spektakulären Verhaftungsaktion festgenommen. Der chinesisch-amerikanische Geschäftsmann hat auf *Sina Weibo* mehr als zwölf Millionen Menschen, die ihm regelmäßig folgen. Seine Kommentare und Informationen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen erfreuen sich großer Beliebtheit im ganzen Land. Festgenommen wurde der Blogger, weil er angeblich Dienste von Prostituierten in Anspruch genommen haben soll. Meist werden gegen regimekritische Blogger Ermittlungen wegen angeblicher Rechtsverstöße gegen das allgemeine Strafrecht eingeleitet, obwohl die unabhängige politische Meinungsäußerung unterbunden werden soll. Staatliche chinesische Medien berichteten ausführlich über die Inhaftierung, um noch in Freiheit lebende Blogger anzuschrecken. Die Festnahme von Charles Xue blieb kein Einzelfall. Mit Verhaftungen und massiven Einschüchterungen verschärften die Behörden ihren Druck auf kritische Blogger:



- So berichtete der Internet-Schriftsteller **Murong Xuecun** (rechts) im Mai 2013, alle Web-Administratoren hätten seine Blogs offensichtlich auf Anordnung der Behörden geschlossen (*Guardian*, 15.5.2013).



- Der Produzent des Staatlichen Fernsehens *CCTV*, **Wang Qinglei** wurde entlassen, nachdem er in Blogs den Missbrauch des Fernsehens zur Verbreitung von erzwungenen „Geständnissen“ von politischen Inhaftierten öffentlich angeprangert hatte (*South China Morning Post*, 2.12.2013).

- **Dutzende Mikroblogs** wurden auf Anweisung der Behörden **gesperrt**, nachdem Journalisten sie immer häufiger benutzten, um Nachrichten zu verbreiten, die ansonsten der Zensur zum Opfer gefallen wären.
- So weiteten die Sicherheitsbehörden im März 2014 ihre Einschüchterungskampagne auf den Kurznachrichtendienst *WeChat* des Unternehmens *Tencent* aus. Rund 400 Millionen Menschen nutzen jeden Monat ihre Kurznachrichtendienste *Weixin* und *WeChat*. Mindestens 39 Adressen von prominenten Mikrobloggern wurden permanent oder zeitweilig gesperrt (*CNN*, 17.3.2014).
- **Mehrere hundert Nutzer** sozialer Medien wurden im August/September 2013 von der Polizei **festgenommen** und **verhört**. Schon zwischen Februar und August 2013 waren mindestens 55 Netzaktivisten in Gewahrsam genommen worden, weil sie angeblich die öffentliche Ordnung gestört hatten (*Human Rights Watch*, 30.8.2013).
- Das Oberste Gericht, die Generalstaatsanwaltschaft und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft veröffentlichten am 9. September 2013 ein gemeinsames **Rechtsgutachten**, in dem sie zahlreiche Internet-Delikte (Erregung öffentlicher Unordnung, Online-Demonstrationen, üble Nachrede im Internet, etc.) offiziell definierten. So soll sich bereits strafverschärfend auswirken, wenn die Blog-Beiträge oder Nachrichten von mehr als 5.000 Personen empfangen oder angeschaut werden. Die Strafverschärfung tritt auch in Kraft, wenn mehr als 500 Nutzer die empfangene Nachricht weiter verbreiten. Das Rechtsgutachten bildet die juristische Grundlage für eine zunehmende Kriminalisierung von Online-Aktivisten.

Über neue, von der KP gesteuerte Internetportale und Mikroblogs werden exklusive Nachrichten z.B. über die Anti-Korruptions-Kampagne in der Öffentlichkeit gestreut, um beliebten kritischen Informationsportalen Rang und Bedeutung abzulaufen. Während staatlich kontrollierte Medien relativ kritisch über diese Skandale berichten dürfen, werden entsprechende Inhalte bei kritischen Medienportalen von Zensoren beanstandet und ihre Ausstrahlung unterbunden. Die Ungleichbehandlung verschafft den von der Partei lancierten Mikroblogs Wettbewerbsvorteile gegenüber der kritischeren Konkurrenz. So haben die Marktanteile staatlich eng kontrollierter Mikroblogs im Zeitraum zwischen den Jahren 2012 und 2014 - zu Ungunsten privater oder ausländischer Anbieter - deutlich an Bedeutung gewonnen, stellte die US-Menschenrechtsorganisation *Freedom House* in einer Analyse fest (*The Politbuero's*

Predicament, Freedom House, Special Report, Januar 2015, S. 12). Staatlich kontrollierte Portale wie *Sina Weibo* konnten mit ihrer Medienberichterstattung zum vielbeachteten Prozess gegen den früher einflussreichen Parteisekretär Bo Xilai massiv Marktanteile gewinnen. Während die meisten Medien per Direktive dazu verpflichtet wurden, sich in ihrer Berichterstattung an den Nachrichtenmeldungen der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* zu orientieren, konnten diese Mikroblogs exklusiv über das Privatleben des gestürzten Funktionärs berichten.

Immer häufiger werden die Betreiber liberalerer Mikroblogs wegen der Verbreitung ihrer Kommentare und Nachrichten rüde angegriffen. Die Attacken stammen von Kommentatoren, die von der KP oder den Behörden bezahlt werden. Mehrere hunderttausend Menschen stehen in ihren Diensten, um online Diskussionsprozesse im Sinne der KP positiv zu beeinflussen und um Kritikern zu widersprechen. So soll der



Eindruck einer öffentlichen Diskussion erzeugt werden, die tatsächlich aufgrund von Zensur und massiver Einschüchterung nur bedingt möglich ist. Auch dürften sich im realen Leben nur wenige Bürgerinnen und Bürger sich bemüßigt sehen, die Arbeit staatlicher Stellen und der KP zu loben, wenn ihnen dafür nicht materielle Vorteile in Aussicht gestellt würden. Aus Verärgerung über die zunehmende Zahl verbaler Angriffe verließ der Rechtsprofessor He Weifang (links) mit seinem viel besuchten Blog *Sina Weibo* (*South China Morning Post*, 31.12.2013).

WELT-INTERNET-KONFERENZ IN CHINA

Dass ausgerechnet China, einer der größten Feinde eines unbeschränkten Internets, eine weltweite Internet-Konferenz organisiert, mutet befremdlich an. Doch die Provinz Zhejiang und das *State Information Office* luden vom 19. bis 21. November 2014 zur ersten Welt-Internet-Konferenz nach Wuzhen ein. Vertreter aus fast 100 Staaten erschienen, unter ihnen führende Repräsentanten von *LinkedIn*, *Qualcomm* und chinesischen Internet-Unternehmen. Auch der Gründer von Alibaba, Jack Ma, nahm an der Tagung teil.

Mit der Konferenz wollte die Volksrepublik ihre Forderung nach einer stärkeren Kontrolle des Internets durch Behörden und Regierungen untermauern. Staatspräsident Xi Jinping erklärte, dass das „Internet eine neue Herausforderung sei für die nationale Souveränität, die Sicherheit und für Entwicklungsinteressen“ sei (*The Diplomat*, 20.11.2014). Um diese Herausforderungen zu bewältigen, müsse die Welt eine „gemeinsame Verwaltung“ des Internets betreiben. Auch der einflussreichste

Internetzensur Chinas, Lu Wei, bekräftigte diesen Appell und sah in der gemeinsamen Strukturierung und Verwaltung des Internets das bedeutendste Thema der Konferenz. Wenig glaubwürdig wirkte Lu Weis Bekenntnis, dass man „gemeinsam ein demokratisches, multilaterales und transparentes internationales Internet-Verwaltungssystem aufbauen“ wolle. „Unterstützen Sie uns, um ein friedliches, sicheres und offenes und kooperatives Internet zu schaffen“, erklärte der oberste Zensor der Volksrepublik (BBC, 19.11.2014). Problematisch sind dabei allerdings die unterschiedlichen Definitionen von „Friedlichkeit“, „Sicherheit“ und Offenheit“. Ein „sicheres Internet“ bedeutet gemäß Chinas staatlicher Nachrichtenagentur *Xinhua* ein Internet, das vom Staat umfassend geregelt, strukturiert und überwacht wird. „Friedlich“ ist in den Augen chinesischer Sicherheitsdienste nur der Internetnutzer, der ausschließlich amtlich zensierte und für gut befundene Berichte verbreitet und keine Spannungen oder öffentliche Kritik schürt.

Chinas stellvertretender Ministerpräsident Ma Kai rief die Staatengemeinschaft auf der Tagung dazu auf, den Terrorismus im Internet entschlossen zu bekämpfen und sich gemeinsam gegen Hacker-Attacken zu schützen (BBC, 19.11.2014). Mit keinem Wort erwähnte Ma Kai, dass chinesische Hacker, die mit den Internet-Zensurbehörden eng kooperieren, weltweit für einen Großteil dieser Angriffe verantwortlich sind. Systematisch versucht die Volksrepublik, ihre Regeln enger Internet-Kontrolle auf die gesamte Welt zu übertragen. Eine äußerst gefährliche Entwicklung, die für die globale Internetfreiheit nichts Gutes bedeutet.

Kurz vor Ende der Konferenz versuchten die chinesischen Gastgeber noch eine gemeinsame Deklaration verabschieden zu lassen, in der sich die Teilnehmer dafür aussprechen sollten, dass Regierungen eine stärkere Kontrolle des Internets gewährleisten sollten und begründeten dies mit einem Verweis auf die so genannte „Internet-Souveränität“ (*The Columbus Dispatch*, 8.1.2015). Noch waren sie mit diesem Vorstoß nicht erfolgreich, aber sicherlich wird die Volksrepublik bei der Zweiten Welt-Internet-Konferenz in Wuzhen vom 28. bis 30. Oktober 2015 erneut einen entsprechenden Vorstoß unternehmen (*Xinhua*, 30.1.2015).

VPN-VERBINDUNGEN WERDEN BLOCKIERT

Die chinesischen Behörden haben seit November / Dezember 2014 ihre Internet-Zensur verschärft und blockierten erstmals auch umfassend VPN-Tunnelverbindungen, mit denen Internetnutzer in der Volksrepublik bislang die staatliche Zensur umgingen, um Zugang zu gesperrten ausländischen Internetseiten zu bekommen. Am 25. Januar 2015 berichteten die VPN-Anbieter *Astrill* und *StrongVPN* von massiven Verbindungsproblemen in China (*Reuters*, 26.1.2015 / *The Business Insider*, 27.1.2015). So wurde *Astrill* seit November 2014 nach eigenen Angaben zu 88 Prozent blockiert (*Radio Free*

Asia, 27.1.2015). Auch der VPN-Dienst *Golden Frog* meldete große Schwierigkeiten bei seiner Nutzung in China.

Die meisten dieser VPN-Dienste waren nach einigen Tagen wieder erreichbar, doch der Schock sitzt tief, weil die im Auftrag der Zensurbehörden agierenden Hacker deutlich gemacht haben, dass sie innerhalb kürzester Zeit nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Unternehmen jeden Zugang zu offiziell blockierten Internetseiten wirksam verwehren können (The New American, 26.2.2015). Die Blockade-Aktion dürfte vor allem von vielen chinesischen und internationalen Unternehmen als Warnung mit nachhaltigen Folgen verstanden werden. Denn diese Firmen sind auf schnelle Internetverbindungen angewiesen, um in der globalen Wirtschaft bestehen zu können. Vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen benötigen VPN-Verbindungen, größere Firmen können sich eigenständige Verbindungen zu Servern im Ausland leisten (*South China Morning Post*, 23.1.2015). Sie müssen dann jedoch auf Anordnung der Zensur-Behörden Filter nutzen (*Forbes*, 25.1.2015).

Zwar hatte es schon im Jahr 2013 Angriffe auf VPN-Dienste gegeben. Doch noch niemals waren diese Attacken so umfassend und erfolgreich gewesen wie im Januar 2015. Die Virtual Private Networks (VPN) werden von rund 20 Millionen Chinesinnen und Chinesen regelmäßig genutzt, um Zugang zu dem Film- und Informationsangebot von *Netflix* zu bekommen, das von Chinas Internet-Zensoren ansonsten blockiert wird. VPN erlauben auch den Zugang zu *Facebook*, *Twitter*, *Gmail*, *YouTube*, *Instagram* und zu vielen Informationsangeboten internationaler Medien und Menschenrechtsorganisationen, die in der Volksrepublik von der Zensur blockiert werden.

In China ist die Nutzung von VPN allerdings strafbar. Diese Vorschrift wird aber bislang nur gegen chinesische Staatsbürger durchgesetzt, die mit einer Gefängnisstrafe rechnen müssen, wenn ihnen die Nutzung eines VPN-Dienstes nachgewiesen werden kann. Bei Ausländern wurde die Nutzung von VPN-Diensten bislang toleriert. Chinas Ministerium für Forschung und Informationstechnologie rechtfertigte die Blockierung von VPN. Es sei Chinas „eigene Angelegenheit“, ob es „unangemessene Informationen“ aus dem Internet herausfiltere, erklärte Wen Ku, der Direktor für Kommunikations-Entwicklung im Ministerium auf einer Pressekonferenz in Peking (*South China Morning Post*, 27.1.2015). Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Hong Lei bekräftigte die Souveränität Chinas über das Internet und das Recht der Volksrepublik, eigene Gesetze und Verordnungen zur Regelung des World Wide Web zu erlassen. Jeder Staat müsse die Internet-Souveränität anderer Länder respektieren, forderte der Ministeriumssprecher (*Pressegespräch Chinesisches Außenministerium*, 5.2.2015). In einem von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua verbreiteten Kommentar wird der von westlichen Staaten geäußerte Vorwurf der Internet-Zensur zurückgewiesen und bekräftigt, es handele sich dabei um ein „Missverständnis, das auf Vorurteilen beruhe“

(*Xinhua*, 5.2.2015). Denn von den gesperrten Konten oder Webseiten würden „negative Folgen“ für die Gesellschaft ausgehen oder stünden mit „Terrorismus, Gewalt oder Pornographie“ in Verbindung.

HACKER-ANGRIFFE AUF WEBSEITEN

Durch mehrfache Hacker-Angriffe wurde im September 2014 die Internetseite der Menschenrechtsorganisation *64 Tianwang* in der Volksrepublik blockiert. Die im Jahr 1998 gegründete Organisation versteht sich als Bürgerplattform und dokumentiert Übergriffe und Willkür von Sicherheitskräften. Im Jahr 2004 wurde ihr Engagement von der Menschenrechtsorganisation *Reporter ohne Grenzen* mit dem „Internet-Freiheit – Preis“ gewürdigt. Hacker-Angriffe blockierten den Zugriff auf die Webseite am 16. September 2014 für anderthalb Tage. Nachdem der Zugang wieder hergestellt werden konnte, wurde er am 18. und 19. September erneut mehrmals unterbrochen (Presseerklärung, *Reporter ohne Grenzen*, 22.9.2014).

In einer vierjährigen Studie hat die der Universität Toronto angeschlossene kanadische Organisation *The Citizen Lab* Hackerangriffe auf acht zu China und Tibet arbeitende Nichtregierungsorganisationen und auf zwei allgemeine Menschenrechtsorganisationen untersucht (*Associated Press*, 11.11.2014). In der im November 2014 veröffentlichten Studie analysieren die Autoren mehr als 800 verdächtige E-Mails und mutmaßliche 2.800 Schadsoftware-Programme (*Communities @ Risk, Targeted Digital Threats Against Civil Society*, <https://citizenlab.org>). Das Ergebnis ist ernüchternd, denn die Autoren kommen zu dem Schluss, dass Hacker gezielt Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie auch Großunternehmen und Regierungen angreifen. Die NGOs verfügten meist nicht über die finanziellen Mittel, um sich angemessen gegen die Hackerangriffe zu schützen. Die Attacken beeinträchtigten die Arbeit der NGOs und ihre Kommunikation mit der Außenwelt nachhaltig, erklärten die Autoren der Studie. Die Namen der betroffenen Organisationen wurden geheim gehalten, um weiteren Schaden von den NGOs abzuhalten.

GEDENKEN AN MASSAKER-OPFER KRIMINALISIERT

Auch 25 Jahre nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 war es in Festland-China im Jahr 2014 nicht möglich, der Opfer des Blutbades öffentlich zu gedenken. Mehr als 150 Chinesinnen und Chinesen wurden Opfer von Zwangsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden, weil sie mit öffentlichen Straßen-Protesten, Online-Aktionen, Essays, Seminaren und Gebeten an die Verstorbenen erinnerten und eine Neubewertung der Geschehnisse forderten. Wie schon in den Vorjahren forderten sie Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Angehörigen, eine

Bestrafung der Verantwortlichen für die Gewalt und eine Rehabilitierung der zu Tode gekommenen oder lang inhaftierten Demonstranten.

Mindestens 20 friedliche Regimekritiker wurden förmlich verhaftet, sieben von ihnen wurden auf Bewährung wieder auf freien Fuß gesetzt. Weitere 43 Personen wurden nach mehreren Tagen oder Wochen der Haft wieder aus dem Gefängnis entlassen. Denn den Behörden ging es vor allem darum, während der Zeit des 25jährigen Jubiläums des Blutbades im Juni 2014 öffentliche Proteste zu unterbinden. Am Ende des Sommers 2014 befanden sich die meisten unter Hausarrest gestellten oder inhaftierten Menschenrechtler wieder in Freiheit.

2.4 MEHR BLOGGER ALS JOURNALISTEN IN HAFT

Mindestens 73 Blogger befinden sich zurzeit in China aus politischen Gründen in Haft. Ihnen stehen 29 Journalisten gegenüber, die als politische Gefangene in der Volksrepublik China festgehalten werden.

Die hohe Zahl der inhaftierten Blogger erklärt sich aufgrund der massiven Kontrolle aller Zeitungen, Zeitschriften, Verlage sowie des Fernsehens und des Radios durch die KP und Zensoren. Wer als Schriftsteller oder Publizist Kritisches in China veröffentlichen will, hat im Prinzip nur die Möglichkeit, im Internet oder über soziale Netzwerke seine Gedanken zu verbreiten. Auch dient das Internet in der Volksrepublik immer häufiger als Mobilisierungsplattform für Nichtregierungsorganisationen, unabhängige Politiker und einfache enttäuschte Staatsbürger. Im Internet verbreitete Meinungen und Petitionen können innerhalb weniger Stunden nicht nur hunderttausende Menschen erreichen, sondern auch das Land tiefgreifend verändern. Dies hat nicht zuletzt der enorme Erfolg des im März 2015 verbreiteten Videos „Unter der Glocke“ über die eskalierende Luftverschmutzung gezeigt.

Staatliche Zensoren fürchten noch mehr als die kritische Information das Internet als Mobilisierungsplattform. Mit geschätzt zwischen 90.000 und 180.000 öffentlichen Protesten im Jahr in der Volksrepublik kommt dem Internet und sozialen Medien eine enorme Bedeutung zu. Sie werden angesichts der breiten Zensur der Medien von den meisten Chinesinnen und Chinesen als einzige Informationsmedien ernst genommen.

Die meisten öffentlichen Proteste entzündeten sich an lokalen Konflikten, die allerdings für die mangelnde Rechtsstaatlichkeit in der Volksrepublik sind. So stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen oft die Willkür oder der Machtmissbrauch von KP-Funktionären, Umweltkonflikte, Landstreitigkeiten oder offensichtliche Verletzungen von Grundrechten. Internet und soziale Medien sorgen dafür, dass auch diese oft lokalen Konflikte innerhalb kürzester Zeit landesweit bekannt und angeregt diskutiert werden. Dies erklärt, warum die KP und die Behörden mit so entschlossen und akribisch Meinungen unterdrücken oder in ihrem Sinne manipulieren. Für die KP ist es eine Frage

des eigenen Überlebens und der Sicherung ihres alleinigen Machtanspruchs in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Die technischen Herausforderungen werden dabei allerdings nicht nur für den nach einer freien Meinungsbildung strebender Bürger größer, sondern auch für die Zensoren. Der Konflikt um die jüngste Blockade von VPN-Tunnelverbindungen hat gezeigt, dass der Kampf um die Meinungskontrolle in China mit immer härteren Bandagen ausgetragen wird. Auch die staatlichen Zensoren sind diesen wachsenden Herausforderungen oft schon technisch nicht gewachsen. Daher hat Staatspräsident und KP-Parteichef Xi Jinping eine noch umfassendere Verfolgung von Bloggern und Straffung der Internetzensur angeordnet.

ÜBERGRIFFE AUF BLOGGER

Der Blogger **Dong Rubin** (rechts) wurde am 23. Juli 2014 wegen „Verbreitung von Gerüchten, Störung der öffentlichen Ordnung und illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten von einem, Gericht im Wuhua Distrikt (Provinz Yunnan) zu sechseinhalb Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 42.000 Euro verurteilt (*Reporters without Borders*, 26.7.2014).



Im Gerichtsverfahren beklagte der Angeklagte, er sei in der Untersuchungshaft gefoltert worden, um ein Geständnis zu erpressen. So sei er mehr als zwei Monate lang täglich sieben bis acht Stunden verhört und dabei an einen Stuhl gefesselt gewesen (*China Human Rights Defenders Network*, 12. August 2014).

Der 53 Jahre alte ehemalige Gymnasiallehrer hatte vor einigen Jahren ein Internet-Beratungsunternehmen gegründet. Seit dem Jahr war er als Blogger aktiv und machte mit seinen Einträgen auf -die Willkür von Sicherheitskräften, auf die Beeinträchtigung der Umwelt und auf Verletzungen der Kinderrechte aufmerksam. Als er im Jahr 2009 über den gewaltsamen Tod eines Häftlings berichtete, wurde sein Blog, dem rund 50.000 regelmäßig folgen, landesweit bekannt. Dong Rubin hatte im Jahr 2013 das Missfallen der Behörden und Parteikader in der Provinz Yunnan hervorgerufen, als er in seinem Blog unter dem Pseudonym „Bianmin“ über massive Korruption in den Behörden seiner Heimatregion berichtete. Auch Dong Rubins Geschäftspartner **Hou Peng**, der in seinem Internet-Unternehmen mit arbeitet, wurde zu drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt (*International Business Times*, 23.7.2014).

Der aus der Provinz Guangdong stammende Blogger **Zheng Jingxian** wurde am 3. Februar 2015 in Guangzhou City festgenommen (*Epoch Times*, 11.2.2015). Er wird beschuldigt, die verbotene Meditationsbewegung Falun Gong zu unterstützen. Am 5. Februar informierten die Behörden seine Eltern über die Festnahme des 30 Jahre alten Mannes. Als Blogger war Zheng Jingxian seit Sommer 2014 aktiv. Er hat an der Universität von Südchina Technologie studiert und arbeitet seit dem Ende seines Studiums bei einem Software-Unternehmen. Ende Februar 2015 wandte sie seine Mutter mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit und rief zu Protesten und Appellen auf, um seine Freilassung zu erreichen.

Der regierungskritische Blogger und Menschenrechtler **Hu Jia** (rechts) wurde am 16. Juli 2014 auf dem Weg vom Parkplatz seines Autos zu seiner Wohnung im Bezirk Chaoyang in Peking von unbekanntem Bewaffneten überfallen und am Kopf verletzt (*Reporters without Borders*, 18.7.2014). Hu Jia geht davon aus, dass er von regulären Sicherheitskräften in zivil angegriffen wurde. Da er 24 Stunden lang am Tag unter Überwachung stehe, könne den Wachmannschaften der Überfall und seine Vorbereitung sowie die Flucht der Täter nicht unbemerkt entgangen sein. Der Blogger ist davon überzeugt, dass der Angriff mit seiner Online-Kampagne zum Gedenken an die Opfer des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 in Zusammenhang steht. Die Kampagne stieß bei den Behörden auf massive Kritik und er wurde mehrfach zum Verhör einbestellt. Zwar zeigte er den Überfall sofort bei der Polizei an, doch bislang wurden keine Verdächtigen ermittelt.



Der 62 Jahre alte Blogger **Xiang Nanfu** (links) wurde am 12. Mai 2014 festgenommen, weil er verdächtigt wurde, Blogbeiträge für den in den USA ansässigen Informationsdienst *Boxun* verfasst zu haben (*The Diplomat*, 16.5.2014). In einem erzwungenen Geständnis, das über den staatlichen Fernsehsender CCTV landesweit verbreitet wurde, musste er einräumen, aus Geldgier das Ansehen Chinas in Misskredit gebracht und falsche Geschichten über *Boxun* verbreitet zu haben. Auch musste er vor den Fernsehkameras eingestehen, Geschlechtsverkehr mit Prostituierten sowie mit „Bittstellerinnen“ gehabt zu haben, die Petitionen gegen angebliches Fehlverhalten der Behörden eingereicht hatten. Mit der Demütigung und

umstrittenen öffentlichen Vorverurteilung von Xiang Nanfu vor einem förmlichen Gerichtsverfahren verfolgten die Sicherheitsbehörden gleich mehrere Ziele. So sollte im Vorfeld der unerwünschten Gedenkfeiern zum 20. Jahrestag des Pekinger Massakers die Glaubwürdigkeit der Anhänger der Demokratiebewegung in Frage gestellt werden. Auch wollte man mit seiner vermeintlich spektakulären Bloßstellung den in New York ansässigen kritischen Informationsdienst *Boxun* diskreditieren und alle Demokratie-Anhänger nachhaltig einschüchtern.

Nachdem im August 2014 von den Zensurbehörden neue Regeln zur Verbreitung von Inhalten über Kurznachrichtendienste beschlossen wurden, hat alleine das Internet-Unternehmen *Tencent Holdings Limited* bis zum 25. August 2014 mindestens 357 Kunden-Konten vorläufig gesperrt und 46 Konten dauerhaft geschlossen (*Radio Free Asia*, 1.9.2014). Ein Großteil dieser Konten war von bekannten Bloggern. Ihre Nachrichten wurden gelöscht und ihre Konten gesperrt, weil gemäß der neuen Regeln die Internetprovider sicherstellen müssen, dass keine illegalen Inhalte über die Kurznachrichtendienste verbreitet werden.

Cheng Kangming, Gründer des kritischen Informationsdienstes *China Justice and Anti-Corruption Net Website*, kritisiert das Vorgehen des Internetproviders als massiven Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit. Rund 80 Prozent der geschlossenen Internetseiten oder Blogs seien geschlossen worden, weil sie zu negative Nachrichten verbreiteten. „Sie werden auch die *WeChat*- oder *Weibo*-Konten schließen, wenn bedenkliche Themen darin erörtert werden“, erklärte der Menschenrechtsverteidiger (*Radio Free Asia*, 1.9.2014). Insbesondere kritisierte der Menschenrechtler, dass die Behörden dies fälschlicherweise als Kampagne gegen Pornographie ausgeben würden, während es ihnen tatsächlich darum ginge, Regimekritiker zum Schweigen zu bringen.

Der Menschenrechtsverteidiger **Huang Qi** (rechts) und drei Online-Aktivisten seiner Menschenrechtsorganisation *64 Tianwang* wurden im März 2014 festgenommen (*Reporters without Borders*, 15.3.2014). Am 14. März 2014 beschlagnahmten Polizisten in der



Wohnung von Huang Qi in Chengdu seinen Computer, sein Mobiltelefon und USB-Sticks. Der Menschenrechtler wurde nach mehrstündigem Gewahrsam wieder freigelassen. Huang Qi hat seit dem Jahr 2000 bereits acht Jahre aus politischen Gründen im Gefängnis verbracht. Zuletzt war er im Jahr 2008 wegen des „illegalen Besitzes von Staatsgeheimnissen“ zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Tatsächlich hatte er den Eltern der bei dem schweren Erdbeben in der Provinz Sichuan getöteten Tausenden

Kinder geholfen, die Gründe für den Kollaps so vieler voll besetzter Schulgebäude zu klären.

Festgenommen wurden auch die drei Bürger-Journalistinnen **Wang Jing**, **Liu Xuehong** und **Xing Jian**, die für *64 Tianwang* arbeiten und immer wieder Texte und Fotos über öffentliche Proteste und Polizeiwillkür ins Netz stellten und verbreiteten. Die Bürger-Journalistin Wang Jing hatte am 5. März 2014 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking die von den Behörden geheim gehaltene versuchte Selbstverbrennung einer „Bittstellerin“ fotografiert und das Foto später über *64 Tianwang* über das Internet verbreitet. Frau Wang Jing wurde am 7. März 2014 festgenommen und in ihre Heimatprovinz Jilin gebracht, wo sie in Untersuchungshaft festgehalten wird. Ihr droht wegen „Unruhestiftung und Störung der öffentlichen Ordnung“ eine Strafe von bis zu zehn Jahren Gefängnis. Liu Xuehong und Xing Jian wurden am 8. März 2014 festgenommen. Sie hatten dokumentiert, wie am 6. März ein Mann Tinte über ein Mao-Denkmal auf dem Platz des Himmlischen Friedens schüttete. Er wurde innerhalb weniger Minuten überwältigt und abgeführt. Liu Xuehong wurde unter dem Vorwand festgenommen, die verbotene Meditationsbewegung Falun Gong zu unterstützen. Auch wurden ihre Computer und Kameras beschlagnahmt.



Die Menschenrechtler und langjährigen Anhänger der Demokratiebewegung **Zhou Wei** (links) und **Mao Qingxiang** wurden Ende Dezember 2014 massiv von den Sicherheitskräften in Hangzhou (Provinz Zhejiang) eingeschüchtert und bedroht. Beide mobilisieren seit Jahren über das Internet für die nicht offiziell zugelassene *China Democracy Party (CDP)* (*Radio Free Asia*, 1.1.2015). Mao Qingxiang hat zahlreiche Beiträge zu politischen Themen verfasst und über das Internet verbreitet. Der 66 Jahre alte Aktivist (rechts) war im Jahr 1999 zu acht Jahren Haft wegen Subversion“ verurteilt worden und verbüßte auch die gesamte Gefängnisstrafe. Ende Dezember erschien die Polizei zu einer Hausdurchsuchung bei dem Menschenrechtler. Sie nahmen seinen Computer zu einer „technischen Überprüfung“ mit und bestellten unmittelbar danach auch ihn persönlich zum Verhör ein. Dort konfrontierten sie ihn mit zahlreichen von ihm geschriebenen Beiträgen und drängten ihn zur Preisgabe seiner vermeintlichen „Anstifter“. Auch Zou Wei wird von der Polizei zum Verhör einbestellt, weil er in Blogbeiträgen die Standhaftigkeit von Demokratie-Aktivisten gelobt hatte. Die



Sicherheitskräfte schüchterten ihn ein und drohten mit seiner Festnahme. Die Übergriffe auf Anhänger der *CDP* hätten massiv zugenommen im Jahr 2014.



Der Demokratie-Aktivist **Lü Gengsong** (links) vom Komitee der verbotenen *China Democracy Party* in Zhejiang wurde am 7. Juli 2014 förmlich verhaftet (*Human Rights in China*, Presseerklärung, 18.7.2014). Ihm drohen eine Anklage wegen „Untergrabung der Staatsgewalt“ und eine langjährige Gefängnisstrafe. Auch er hatte regelmäßig über das Internet mit kritischen Blogbeiträgen für mehr Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit in der Volksrepublik geworben.

Der Demokratie-Anhänger **Chen Shuqing** (rechts) aus dem Zhejiang Komitee der verbotenen *China Democracy Party* wurde am 11. September 2014 festgenommen und im Oktober 2014 förmlich verhaftet (*Human Rights in China*, Presseerklärung, 22.10.2014). Ihm wird die „Untergrabung der Staatsgewalt“ vorgeworfen. Er hatte zuletzt einen Bericht über den verhafteten Aktivist Lü Gengsong im Internet verbreitet und insbesondere scharf kritisiert, dass noch nicht einmal ein Rechtsanwalt den inhaftierten im Gefängnis besuchen darf. Auch hatte er sich in einer im Internet verbreiteten gemeinsamen Erklärung für die Freilassung von inhaftierten Demokratie-Anhängern ausgesprochen. Chen Shuqing hatte an der Demokratie-Bewegung im Jahr 1989 mitgewirkt und sich später ab dem Jahr 1995 engagiert für eine Demokratisierung der Volksrepublik eingesetzt. Im Jahr 2006 wurde er wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich für den Aufbau der *China Democracy Party* eingesetzt hatte. Nach seiner Freilassung im September 2010 engagierte er sich erneut in der Demokratiebewegung. Im November 2013 fiel er den Behörden erneut negativ auf, weil er gemeinsam mit fünf anderen Bürgern offiziell eine Genehmigung für eine Demonstration für demokratische Reformen beantragte. Regelmäßig rief er im Internet zu mehr Engagement für eine Demokratisierung in der Volksrepublik auf.



Der Filmmacher **Shen Yongping** wurde am 30. Dezember 2014 wegen vermeintlich „illegaler Geschäfte“ von einem Gericht in Peking zu einem Jahr Gefängnis verurteilt (*New York Times*, 30.12.2014). Er war im April 2014 festgenommen worden, nachdem er im Internet einen von ihm produzierten Videofilm über „Hundert Jahre

Verfassungsmäßigkeit“ verbreitet hatte. Auch hatte er hunderte Kopien seines Films als DVD verteilt und für mehr demokratische Reformen in China geworben.



Die Frauenrechtlerin **Ye Haiyan** (links) wurde am 31. Oktober 2014 von der Polizei in der Provinz Hubei festgenommen und zehn Tage lang in der Stadt Wuhan City in Administrativhaft festgehalten. Die Strafe wurde verhängt, weil sie „vorsätzlich ihren Körper öffentlich dargeboten“ habe, erklärten die Behörden (*China Human Rights Defenders Network*, 6.11.2014). Ye Haiyan hatte ein Nacktfoto von sich am 22. Oktober 2014 online gestellt, um auf die am folgenden Tag in Genf beginnende Sitzung des Komitees der Vereinten Nationen zur Abschaffung der Diskriminierung gegen Frauen (*CEDAW*) aufmerksam zu machen. Bei der Sitzung sollte über Chinas Fortschritte und Probleme bei der Umsetzung von Frauenrechten beraten werden. Nach der Veröffentlichung des Fotos war Yes Wohnung von der Polizei durchsucht worden und mehrere Computer, Festplatten und Mobiltelefone waren beschlagnahmt worden.

Die an der Immunschwäche Aids erkrankte Frauenrechtlerin **Wang Qiuyan** wurde von den Behörden unter einem Vorwand an einer Ausreise nach Genf und an einer Teilnahme an der CEDAW-Sitzung gehindert. Auch sollte die Menschenrechtlerin an einer Fortbildung für Menschenrechtsverteidigerinnen in den Vereinten Nationen teilnehmen (*China Human Rights Defenders Network*, 6.11.2014). Unmittelbar vor ihrer Abreise zog die Polizei in Hebi City ihren Pass und das Schweizer Visum ein und erklärte, dies geschehe auf höhere Anweisung. Auch wollten sie die Frauenrechtlerin in ein Krankenhaus zur Untersuchung einweisen lassen, um behaupten zu können, sie sei zu krank zum Reisen. Sie weigerte sich jedoch, sich in ein Krankenhaus einweisen zu lassen. Wang Qiuyan wollte bei der CEDAW-Sitzung speziell auf die Probleme von an Aids erkrankten Frauen in China aufmerksam machen. Im Internet hatte sie mehrfach über die Diskriminierung von Frauen in China berichtet, die an der Immunschwäche erkrankt sind.

Der Fall erinnert an das schreckliche Schicksal der Menschenrechtlerin **Cao Shunli**. Auch sie wollte nach Genf reisen, um vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auf die Defizite bei der Umsetzung von Menschenrechten in der Volksrepublik aufmerksam zu machen. Zwei Monate lang organisierte sie eine Mahnwache vor dem chinesischen Außenministerium und rief im Internet zu Appellen an die chinesische Führung auf, die Empfehlungen chinesischer Nichtregierungsorganisationen bei den Beratungen im Menschenrechtsrat zu berücksichtigen und Chinas Vorbereitungen zu

diesen Diskussionen auf UN-Ebene transparent zu machen. Chinas Außenministerium ignorierte diese Appelle.



Stattdessen hinderte man die prominente Menschenrechtsverteidigerin (links) an einer Ausreise nach Genf und Teilnahme an dem UN-Menschenrechtsrat und verhaftete sie im September 2013. Trotz zahlloser internationaler Appelle zur

Freilassung der Menschenrechts-verteidigerin blieb Cao Shunli in Haft. Dort erging es ihr schlecht, immer wieder wurde sie gefoltert. Am 14. März erlag sie schließlich in einem Militärkrankenhaus, in das sie in allerletzter Minute eingeliefert worden war, ihren schweren in der Haft erlittenen Verletzungen.

Die Menschenrechtlerin **Li Dongmei** aus Peking kündigte am 5. August 2014 in einer online versandten Nachricht an, sie wolle nach Nanjing reisen, um dort bei der Jugend-Olympiade (16.-28. August 2014) das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf die anhaltende Verletzung von Bürgerrechten in der Volksrepublik aufmerksam zu machen. Am folgenden Tag erhielt Li Dongmei Besuch von Polizisten aus Peking und Nanjing, die sie festnahmen und stundenlang verhörten (*China Human Rights Defenders Network*, 29.9.2014). Sie musste ihre Reisepläne aufgeben, nachdem die Sicherheitsbehörden sie de facto unter Hausarrest stellten und ständig erneut aufsuchten. So wie ihr erging es 150 weiteren Menschenrechtsaktivisten, die die Jugend-Olympiade nutzen wollten, um auf Menschenrechts-verletzungen in der Volksrepublik aufmerksam zu machen.

Der populäre ehemalige KP-Funktionär **Long Barong** erregte in der Autonomen Präfektur Miao große Aufmerksamkeit, als er im Juli 2010 in einem im Internet verbreiteten Artikel die Korruption von KP-Kadern und Verwaltung anprangerte. Schließlich wurde der populäre Führer ethnischen Nationalität der Miao festgenommen und im Jahr 2011 wegen vermeintlichen „Betrugs“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahr 2012 wurde seine Haftstrafe aus medizinischen Gründen ausgesetzt, doch nur zwei Tage nach seiner Freilassung starb er am 13. Juli 2012. Sein Schwiegersohn **Long Xianyuan**, dessen Bruder **Long Xianjiang** und andere Familienangehörige protestierten nach dem plötzlichen Tod Long Barongs und forderten eine Untersuchung seines Todes. Seither werden sie in den staatlichen Medien verunglimpft und von den Behörden als vermeintliche „Miao-Mafia“ kriminalisiert. Einen Monat nach dem Tod Long Barongs wurden die Brüder Long und 50 weitere Miao festgenommen. Am 9. Februar 2015

verurteilte in Hunan ein Gericht Long Xianyuan zu 15 Jahren Gefängnis und Long Xianjiang zu 25 Jahren Haft (*China Human Rights Defenders Network*, 12.2.2015). Beide wurden in der Untersuchungshaft geschlagen, um Geständnisse zu erpressen. Auch viele der mehr als 50 weiteren Personen, die in der Affäre um Korruption in Miao festgenommen wurden, sind in der Untersuchungshaft gefoltert wurden. Alle diese Menschenrechtsverletzungen wurden ausgelöst durch den im Internet verbreiteten Artikel Long Barongs über Korruption in Partei und Verwaltung.



Der Blogger **Qin Zhihui** (links) wurde im August 2013 festgenommen, nachdem er in einem Mikroblog falsche Gerüchte verbreitet hatte. Er hatte in einer Weibo-Nachricht behauptet, das Eisenbahnministerium habe einem ausländischen Opfer eines Eisenbahnunglücks eine Entschädigung angeboten, chinesischen Unfallbeteiligten dies jedoch verweigert (*South China Morning Post*, 11.4.2014 / *Daily Mail*,

17.4.2014). Der 30jährige Blogger wurde im April 2014 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt (*Agence France Presse*, 17.4.2014).

Am 8. Februar 2013 wurden die Konten des prominenten Menschenrechtsanwalts **Pu Zhiqiang** bei den Kurznachrichten-diensten *Sina*, *Tencent* und *Sohu* gesperrt. Zwei Tage zuvor hatte er dem kurz zuvor in den Ruhestand versetzten Chef der Sicherheitsbehörden, Zhou Yongkang, in Kurznachrichten vorgeworfen, „China zerstört und die Menschen ruiniert“ zu haben (*South China Morning Post*, 20.2.2013). „Die Aufrechterhaltung der Stabilität ist das schlimmste Übel für die Instabilität in China“, erklärte der Rechtsanwalt, der auch schon den Künstler Ai Weiwei vor Gericht vertreten hat. Offensichtlich schätzten die Behörden und die Internetprovider nicht seine kritischen Kommentare und sperrten am 9. Februar 2013 auch zwei seiner Mikroblogs auf *Sina Weibo*. Pu Zhiqiang (rechts) kritisierte auch öffentlich in Botschaften von Kurznachrichten-diensten die Nationalitätenpolitik Chinas in Xinjiang / Ostturkestan und Tibet. So wunderte er sich, dass die Behörden zwar ständig auf die eskalierende Gewalt in Xinjiang hinweisen, aber nicht nach den



Gründen für diese Entwicklung fragen. Als „verrückt“ bezeichnete er Chinas Politik, muslimischen Männern in Xinjiang das Tragen von Bärten und muslimischen Frauen Schleier zu verbieten. „Sie behaupten, dass Xinjiang zu China gehört. Dann sollen sie es nicht wie eine Kolonie behandeln“, forderte er in einem Mikroblog (*BBC, China Blog*, 28.1.2015). Auch sei es „wahnsinnig“, dass in Tibets Klöstern die Porträts der Staatsführung der Volksrepublik hängen müssten, aber Bilder des Dalai Lama verboten seien (*South China Morning Post*, 28.1.2015). Nachdem er an einer privaten Gedenkveranstaltung zugunsten der Opfer des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens teilgenommen hatte, wurde er am 4. Mai 2014 festgenommen. Auch zehn Monate nach seiner Verhaftung wird er noch immer in Untersuchungshaft festgehalten. Gegen ihn wurden Ermittlungen eingeleitet wegen des Schürens von ethnischen Hass, der Anstiftung zum Separatismus, der Störung der öffentlichen Ordnung und der illegalen Beschaffung von Informationen. Ihm droht eine Haftstrafe von bis zu 20 Jahren, sollte er in allen Anklagepunkten schuldig gesprochen werden. Nach Informationen seines Rechtsanwalts Mo Shaoping beruhen die Ermittlungen auf der Auswertung von 28 über den Kurznachrichtendienst *Weibo* verbreiteten Kommentaren (*New York Times*, 29.1.2015). Pu Zhiqiangs Ehefrau Meng Qun wandte sich im Dezember 2014 mit einem offenen Brief an Staatspräsident Xi Jinping, um gegen „unmenschliche Folter“ zu protestieren und seine baldige Freilassung zu fordern (*South China Morning Post*, 20.12.2014). In den ersten drei Monaten seiner Haft sei er jeden Tag durchschnittlich zehn Stunden lang verhört worden. Auch sei er körperlich und psychisch gefoltert worden. Darüber hinaus leide er unter mehreren Krankheiten, insbesondere unter Diabetes, und bekomme im Gefängnis keine angemessene medizinische Betreuung.



Der chinesische Menschenrechtler **Yang Maodong** (links, bekannter unter dem Pseudonym **Guo Feixiong**) und der prominente Aktivist **Sun Sihuo** (rechts, bekannter unter dem Namen **Sun Desheng**) wurden Ende November 2014 in Peking vor Gericht gestellt, weil sie im Internet und

bei Protesten auf den Straßen die Zensur kritisiert hatten. Ihnen drohen bis zu vier Jahre Gefängnis. Yang Maodong ist Rechtsberater in Guangzhou. Als bei der dortigen Zeitung, dem *Southern Weekly*, im Januar 2013 ein Konflikt um die Manipulation redaktioneller Inhalte durch die Zensurbehörden ausbrach, organisierte er



breite Proteste in der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit anderen Menschenrechtsaktivisten rief er über soziale Netzwerke zu öffentlichen Protesten gegen die Zensur auf, fotografierte diese Demonstrationen und verbreitete diese Aufnahmen später im Internet. Auch wurde er beschuldigt, bei einer Vortragsreise in den USA im Jahr 2013 über die Menschenrechtslage gesprochen zu haben (*South China Morning Post*, 28.11.2014). Beide Angeklagten berichteten in ihren Gerichtsverhandlungen über Misshandlungen in der Untersuchungshaft. So soll Yang Maodong 469 Tage lang im Gewahrsam der Behörden daran gehindert worden sein, Sonnenlicht zu erleben. Sun beklagte, dass ihm immer wieder Hand- und Fußschellen angelegt würden, die sehr schmerzten (*South China Morning Post*, 29.11.2014). Beide erklärten sich vor Gericht für unschuldig.



Die prominente Journalistin **Gao Yu** (links) wurde im April 2014 festgenommen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, „Geheimdokumente“ an Internetseiten im Ausland weitergegeben zu haben. Die Journalistin, die auch für die *Deutsche Welle* arbeitet, bestreitet jeden Geheimnis-

verrat. Mit den Ermittlungen vertraute Stellen gehen davon aus, dass es sich bei den angeblichen „Geheimdokumenten“ um das „Dokument Nr. 9“ der Kommunistischen Partei handeln soll, in dem die bedeutendsten Gefahren für die Wahrung der Machtstellung der KP beschrieben werden. Das Dokument war allerdings in verschiedensten Auszügen bereits veröffentlicht worden, so dass es sich dabei nur mehr schwerlich um ein „Geheimdokument“ handeln könnte. Sollte sie in allen Anklagepunkten für schuldig gesprochen werden, könnte die Journalistin zu lebenslanger Haft verurteilt werden (*Die Zeit*, 21.11.2014). Doch jedes Strafverfahren wird als unfair gelten müssen, da im Mai 2014 das staatliche Fernsehen *CCTV* bereits ein vermeintliches „Geständnis“ der 70 Jahre alten Beschuldigten ausstrahlte. Später distanzierte sich Gao Yu von ihren Ausführungen und erklärte, sie habe sich nur unter Druck zu der Aufzeichnung bereit erklärt, weil mit negativen Folgen für ihren Sohn Zhao Meng gedroht worden sei. Auch nach chinesischem Strafprozessrecht darf ein solches Schuldeingeständnis in einem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren nicht verwendet werden. Gao Yu hatte schon im Jahr 1989 die Demokratiebewegung in der Volksrepublik unterstützt. Später durfte sie deswegen nicht ihre Texte veröffentlichen. Im Jahr 1993

wurde sie wegen der Veröffentlichung angeblicher „Staatsgeheimnisse“ zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Der Online-Journalist **Zhang Jialong** (rechts) verlor nach Intervention der Behörden am 23. Mai 2014 seine Arbeitsstelle bei dem Internet-Unternehmen *Tencent*, weil er angeblich „Geschäftsgeheimnisse und andere sensible Informationen weitergegeben“ habe. Am 20. Mai war er von der Arbeit suspendiert worden. Der Journalist hatte die Zensur-Behörden mehrfach verärgert.



So hatte er eine geheime Anordnung der Zensur-Behörden öffentlich gemacht und auch an einem Treffen von US-Außenminister John Kerry mit Bloggern und Journalisten am 15. Februar 2014 teilgenommen. Kritisch wurde auch sein Interview mit der US-Zeitschrift *Foreign Policy* im April 2014 gesehen, in dem er deutlich machte, dass seit dem Machtantritt von Staatspräsident Xi Jinping mehr Blogger und Journalisten verhaftet wurden. Im November 2014 wurde ihm deshalb die Ausreise nach Taiwan verweigert.



Der frühere Journalist **Tie Liu** (links) wurde am 13. September 2013 in Peking festgenommen, weil er die öffentliche Ordnung gefährdet und illegal geschäftliche Interessen verfolgt habe. Beobachter halten diese Begründungen für die Festnahme des 81 Jahre alten Mannes für einen Vorwand. Den wahren Grund für seine Festnahme sehen sie in einem Essay über die Einschränkung der Pressefreiheit und über die Zensur-Behörden, den Tie Liu verfasst und im Internet verbreitet hatte.

Der 38 Jahre alte Journalist **Liu Hu** (rechts) der in Guangdong ansässigen Zeitung *New Express Daily* wurde der Erpressung beschuldigt, nachdem er im Januar 2013 in seinem Mikroblog Parteifunktionäre wegen mutmaßliche Verwicklungen in kriminelle Machenschaften aufgefordert hatte, für eine Nichtregierungsorganisation zu spenden, die sich für Waisenkinder einsetzt. Im August 2013 wurde er festgenommen und offiziell der „Erpressung“ beschuldigt. Im August 2014 wurde er schließlich freigelassen, weil es der Anklage nicht gelungen war, innerhalb der vom Strafprozessrecht vorgesehenen Zeit eine förmliche Anklage vor Gericht zu formulieren und mit Beweisen zu untermauern (*Newsweek*, 3.8.2014). Der Blogger und Journalist hatte immer wieder seine Unschuld beteuert und hervorgehoben, er habe nur sein Recht auf freie Meinungsäußerung genutzt.



Mit dem Dokumentarfilm *Unter der Glocke (Under the Dome)* über die katastrophale Luftqualität in Chinas größeren Städten gelang **Cai Jing** im März 2015 ein großer Mediencoup. Die frühere Reporterin des staatlichen Fernsehsenders CCTV hat den Videofilm gedreht, nachdem sie durch die Geburt ihrer Tochter auf die katastrophalen Folgen der Luftverschmutzung aufmerksam wurde. Innerhalb von fünf Tagen wird der über das Internet verbreitete Film von mehr als 100 Millionen Menschen angeschaut. Mehr als 270 Millionen Kurznachrichten werden zu dem Video ausgetauscht. Selbst Chinas führende Parteizeitung *People's Daily* machte auf den Film aufmerksam und veröffentlicht als eines der ersten Medien Berichte über das Video. Auch Chinas politische Führung reagiert auf Cai Jings (rechts) Film und lobt das Video öffentlich als bedeutenden Beitrag zum Kampf gegen die Luftverpestung. Die erschreckende Luftqualität ist auch eines der Themen der



Sitzungsperiode des Nationalen Volkskongresses, die kurz nach der Erstausrahlung des Videos beginnt. Selbst der neu ernannte Umweltminister lobte den Film Cai Jings, der auf die Gefahren der Luftverschmutzung aufmerksam mache. Doch während es in der Öffentlichkeit immer mehr Diskussionen über den Film gab und die Zugriffszahlen immer schneller stiegen, suchten die Zensur-Behörden schon nach Wegen, um die Diskussion schnell und wirksam zu ersticken. Denn sie drohte die Aufmerksamkeit von der Sitzung des Nationalen Volkskongresses abzulenken. Nur drei Tage nach der Erstveröffentlichung verfügte die Propaganda-Behörde in Shanghai in einer geheimen Anordnung an die Chefredaktionen aller Medien, die weitere Berichterstattung über den Film und die dadurch ausgelösten Reaktionen zu stoppen. Der Empfang solcher Anordnungen muss von der Chefredaktion schriftlich bestätigt werden (*Financial Times*, 6.3.2015). Eine Angestellte eines Medien-Unternehmens in Shanghai, die die geheime Anordnung heimlich vervielfältigt und über das Internet verbreitet hatte, wurde vom Dienst freigestellt (*Spiegel online*, 6.3.2015). Alle bislang über den Film veröffentlichten Berichte mussten gelöscht werden und ab dem 4. März verschwand „Unter der Glocke“ aus der Medien-Berichterstattung. Einen Tag später wurden auch in den Kurznachrichtendiensten und auf allen Webseiten die Verweise auf den so erfolgreichen Film gelöscht (*The Wall Street Journal*, 6.3.2015). Wieder einmal haben die Zensoren mit ihrem resoluten Einschreiten die beginnende öffentliche Diskussion abrupt gestoppt. Die grassierenden Probleme der Luftverschmutzung und den wachsenden Unmut in der Bevölkerung über die anhaltende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen haben sie

damit aber nicht lösen können. Die 39 Jahre alte Cai Jing hat mit ihrem Video einen gewichtigen Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung des Problems der Luftverschmutzung geleistet. Die Propaganda- und Zensur-Behörden können von solchen Erfolgen der Partei in der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit nur träumen. Offensichtlich hatten sie mit einem solchen Erfolg des Videos auch nicht gerechnet und erst die Notbremse gezogen, als das Thema zu dominant wurde und von der KP nicht mehr wirksam beeinflusst werden konnte.

SOLIDARITÄT MIT PROTESTBEWEGUNG IN HONGKONG WIRD BESTRAFT

Mindestens 115 Menschenrechtsaktivisten und engagierte Bürgerinnen und Bürger wurden seit dem Beginn der Demonstrationen der Demokratiebewegung in Hongkong Ende September 2014 und dem Ende des Jahres in der Volksrepublik China festgenommen, weil sie im Internet mit Fotos ihre Unterstützung der Proteste kundgetan hatten (*China Human Rights Defenders Network*, 18.2.2015). Es folgen einige Beispiele für in diesem Zeitraum erfolgte Inhaftierungen.



Der in Peking lebende Künstler und Dichter **Wang Zang** (links) wurde am 1. Oktober 2014 von einem Dutzend Polizisten in seiner Wohnung festgenommen, nachdem er einen Tag zuvor über einen Kurznachrichtendienst ein Foto verbreitet hatte, auf dem er seine Solidarität mit der Protestbewegung in Hongkong signalisierte (*China Human Rights Defenders Network*, 30.1.2015). Er

verbreitete online ein Foto, das ihn mit einem Regenschirm und einer „Victory-Geste“ seiner Hände zeigt (*Radio Free Asia*, 26.12.2014). Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden sein Computer, Bücher, eine Flagge Taiwans und Regenschirme beschlagnahmt. Denn Regenschirme galten als das Symbol der Hongkonger Demonstranten. Nach seiner Festnahme wurde der Künstler 15 Tage lang in einem Spezialcamp unter 24stündiger Bewachung festgehalten. Dann wurde er fünf Tage lang ununterbrochen verhört und am Schlafen gehindert. Auch wurde er von Polizisten gezwungen, stundenlang aufrecht zu stehen, um nicht geschlagen zu werden. So sollte er gezwungen werden, das Kennwort seines Mobiltelefons und seines *Weibo*-Kontos preiszugeben. Zwar hat die Volksrepublik im Oktober 1988 die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen unterzeichnet, doch Folter und unmenschliche Behandlung sind vor allem in Untersuchungsgefängnissen und Arbeitslagern noch weit verbreitet. Der Untersuchungshäftling hielt dem massiven Druck und der Folter nicht stand und erlitt einen Herzinfarkt und wurde bewusstlos. Am 6.

November 2014 wurde er förmlich verhaftet. Auch seine Ehefrau wurde mehrfach verhört. Auch sie wurde unmenschlich behandelt und mit ihrer zweijährigen Tochter zehn Stunden lang ohne Wasser und Nahrung in einem Verhörraum eingeschlossen. Auch die Toilette durfte sich nicht benutzen. Ihr Vermieter wurde mehrfach von der Polizei gedrängt, ihren Mietvertrag zu kündigen und sie aus ihrer Wohnung herauszuwerfen. Der 1985 in der Provinz Yunnan geborene Künstler und Dichter gilt als langjähriger Kritiker der Regierungspolitik. Mehrfach hatte er sich auch besorgt über Selbstverbrennungen von Tibetern und über die massive Verfolgung der verbotenen Meditationsbewegung Falun Gong geäußert. Immer wieder nutzte er die sozialen Medien, um auf die Lage politischer Gefangener aufmerksam zu machen. In seinen über das Internet verbreiteten Gedichten würdigte er das Engagement des inhaftierten Menschenrechtsanwalts Guo Feixiong und der verhafteten Frauenrechtlerin Ye Haiyan.

Der Blogger **Wang Long** aus Shenzhen wurde am 29. September 2014 festgenommen, nachdem er von seinem *Weibo*-Konto aus sechs Fotos von Twitter und Facebook von den Protesten in Hongkong versandt hatte (*New York Times*, 30.9.2014 / *South China Morning Post*, 1.10.2014). Der Rechtsanwalt Fan Biowen, der in früheren Rechtsstreitigkeiten die Vertretung des verhafteten übernommen hatte, wurde von den Behörden gedrängt, nicht länger Wang Long juristisch zu vertreten (*The Independent*, 1.10.2014). Ansonsten könne dies negative Folgen für die Rechtsanwaltskanzlei haben. Der 26jährige Blogger hatte im September 2014 bereits Aufsehen erregt, weil es ihm gelungen war, ein Gerichtsverfahren gegen den Internetanbieter *China Unicom*. Er warf dem Unternehmen vor, ihm keinen Zugang zu Google, Youtube und Facebook“ zu verschaffen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.9.2014). Allein die Zulassung dieser Klage wurde schon als großer Erfolg im Kampf gegen die Zensur bewertet und fand national und international große Beachtung.



Die Menschenrechts-aktivistin **Li Dongmei** und ihr Ehemann **Jiang Liuyong** (beide links) wurden am 30. September 2014 in Peking festgenommen. Tags zuvor hatten sie gemeinsam mit achtzehn anderen Menschenrechtlern Fotos mit einem Transparent „Pekinger Familien und aus ihren Häusern Vertriebene unterstützen Hongkong“ gemacht, die sie über soziale Netzwerke verbreiteten. Nach ihrer Festnahme wurde ihnen sogar der Kontakt zu

ihrem Rechtsanwalt verboten. Li Dongmei trat darauf in einen Hungerstreik, um gegen ihre unrechtmäßige Behandlung zu protestieren. Am 6. November 2014 wurden beide Menschenrechtler förmlich Verhaftet (*China Human Rights Defenders Network*, 24.12.2014). Die 1972 geborene Li Dongmei und der 1973 zur Welt gekommene Jiang Liuyong engagieren sich seit dem Jahr 2012 gegen die Vertreibung von Bewohnern aus ihren Häusern und Wohnungen, nachdem ihr Haus im Dorf Shiliu im Distrikt Fengtai in der Hauptstadt zwangsweise niedergerissen wurde. Vor Gericht erhielten sie sogar Recht und ihre Vertreibung aus ihrem Haus wurde für illegal erklärt. Auf Anordnung des Gerichts sollte der Dorfvorsteher von der Justiz zur Rechenschaft gezogen werden, doch die Behörden blieben untätig.



Die in Shanghai lebende Menschenrechtsaktivistin **Shen Yanqiu** (links) postete online Fotos von sich mit einem rasierten Kopf und einem Transparent der Solidarität mit den Demonstranten in Hongkong. Sie wurde Ende September 2014 wegen ihrer Kurznachrichten und Fotos zu Hongkong festgenommen (*China Human Rights Defenders Network*, 1.10.2014).

Fotos von sich gepostet hatte, auf denen sie (rechts) ihre Solidarität mit den Demonstranten in Hongkong signalisierte (*China Human Rights Defenders Network*, 24.12.2014). Während der ersten zwei Monate ihrer Haft wurde ihren Rechtsanwälten oft der Zugang zu ihr verweigert. Neun Tage lang wurde sie jeweils zehn Stunden lang verhört. Die 1973 geborene Menschenrechtlerin verlor im Jahr 2003 ihr Zuhause, als ihr Haus von den Behörden zwangsweise niedergerissen wurde.



Die Kinderrechtsaktivistin **Han Ying** wurde am 1. Oktober 2014 festgenommen, nachdem sie tags zuvor



Die Frauenrechtlerin **Su Changlan** (links) wurde am 27. Oktober 2014 in Foshan (Provinz Guangdong) zu einem Verhör festgenommen (*Amnesty international, Urgent Action*, 4.11.2014 / 18.12.2014). Schon im September 2014 war sie zweimal von der Polizei zum Verhör einbestellt worden, weil sie in sozialen Netzwerken ihre Solidarität mit den Demonstranten

in Hongkong erklärt hatte. Mehrfach erkundigten sich ihr Ehemann und andere Familienangehörige bei den Sicherheitsbehörden nach ihrem Verbleib, als sie von dem Verhör nicht zurückkehrte. Tagelang erhielten sie jedoch keine Antwort zu ihrem Schicksal. Auch ihr Ehemann **Chen Dequan** wird am 25. November 2014 festgenommen. Er kommt jedoch nach kurzer Zeit in Haft wieder frei. In der Haft wurde er misshandelt und elf Stunden lang mit den Beinen an einen Stuhl gefesselt. Erst am 3. Dezember 2014 wurde ihre Familie offiziell über ihre Festnahme und über ihre Haftanstalt informiert. Ihr droht wegen „Anstiftung zum Umsturz“ eine langjährige Gefängnisstrafe. Frau Su Changian setzte sich seit vielen Jahren im Süden der Volksrepublik für Frauenrechte ein.

Der Journalist **Wang Yaofeng** des KP-Parteiblattes *Jiaxing Daily* verlor am 23. November 2014 seine Arbeit, nachdem Blogger sich bei der parteikonformen Tageszeitung *People's Daily* über kritische Blogbeiträge des Journalisten in seinen Mikroblogs beschwerten. Er hatte sich darin mit den Protesten in Hongkong solidarisch erklärt.

ZENSUR-BEHÖRDEN MACHEN MOBIL GEGEN PROTESTBEWEGUNG IN HONGKONG

Schon sehr frühzeitig wurden Chinas Zensur-Behörden aktiv, um die Proteste in Hongkong zu schwächen und ihre Wahrnehmung in China zu beeinflussen und einzudämmen. So fanden die ersten Hackerangriffe bereits statt, bevor die Hongkonger Universität auf einer speziellen Webseite vom 20. bis 22. Juni 2014 eine inoffizielle „Volksbefragung“ zu den Perspektiven für die Wahlen 2017 in Hongkong durchführen konnten. Gegen diese Internetseite und gegen die Medienseite *Apple Daily* wurden am 18. Juni 2014 eine Distributed Denial-of-Service Attacke (DDoS) gestartet. Bei DDoS-Attacken greifen mehrere Computer gleichzeitig und im Verbund eine Webseite oder eine ganze Netzinfrastruktur an. Dadurch kann innerhalb kürzester Zeit der gesamte Server ausfallen. DDoS-Angriffe zielen regelmäßig darauf ab, den Server zu überlasten und damit die Internetseite wirksam zu blockieren. Die *Next Media*-Unternehmensgruppe berichtete, dass ihr Computersystem von 40 Millionen Anfragen pro Sekunde regelrecht überflutet und für 10 Stunden vollkommen lahmgelegt worden sei. Alle von dem Unternehmen betreuten Webseiten und Mobiltelefon-Apps mussten geschlossen werden. Der Konzernchef Jimmy Lai Chi-ying machte die chinesischen Behörden für die Angriffe verantwortlich und warf ihnen vor, alle Unterstützer des Referendums in Hongkong mundtot machen zu wollen (*China's media war*, Bericht der *International Federation of Journalists*, S. 43).

Es war nicht die letzte Attacke von Hackern auf Computersysteme, die in Hongkong genutzt werden. So wurde am 23. Juni 2014 erneut das System von *Apple Daily* in Taiwan mit mehr als 2 Millionen Zugriffen pro Sekunde attackiert. Die Angriffe erfolgten von falschen Webseiten, die in China zwischen dem 22. und 23. Juni 2014

angelegt worden waren. Solche Attacken traten verstärkt auf, nachdem am 28. September 2014 auf den Straßen Hongkongs die öffentlichen Proteste der Befürworter einer größeren Demokratisierung begannen.

Auch in Festland-China nahm der Druck der Zensur-Behörden auf Netzbetreiber weiter zu, um den freien Fluss von Informationen über die Proteste zu unterdrücken. Schon vor dem 20. Juni 2014 wurden die Netzbetreiber aufgefordert, alle Informationen zu löschen, die die Lage in Hongkong gefährden könnten. Nur relativ wenige Zeitungen in Festland-China berichteten auf ihren Webseiten ausführlich über die Entwicklungen in Hongkong (*New York Times*, 30.9.2014). Die Internetseiten, die berichteten, veröffentlichten einen Artikel der offiziellen Nachrichtenagentur *Xinhua*. Mit dieser Veröffentlichung ging sie kein Risiko ein, Probleme mit den Zensur-Behörden zu bekommen. Als der US-Nachrichtensender *CNN* über die Proteste berichtete, wurde das Programm von Zensoren ausgeblendet. Das Bild war erst wieder verfügbar, als Kritiker der Proteste interviewt wurden.

Nach dem massiven Einschreiten der Polizei gegen die Demonstranten Ende September 2014 kündigte ein internationales Hacker-Kollektiv namens *Anonymus Asia* Vergeltungsangriffe gegen Webseiten Hongkonger Behörden an. Mehrere Behörden, politische Parteien und andere China-freundliche Bewegungen in der Hafenstadt bestätigten im Oktober 2014, dass ihre Webseiten von Unbekannten angegriffen worden seien. Mindestens 11 Personen wurden nach offiziellen Angaben des Hongkonger Sicherheitsdienstes während der Protestbewegung in Hongkong festgenommen, weil sie beschuldigt wurden, zu online-Protesten oder Hackerangriffen aufgerufen zu haben. Beschuldigt wurden sie auf der Grundlage eines Gesetzes gegen Computerkriminalität, mit dem eigentlich Betrug bekämpft und nicht die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden sollte.

Hacker waren erfinderisch, um die Protestbewegung auszuspionieren und zu destabilisieren. So wurde im September 2014 unter führenden Anhängern der Hongkonger Demokratiebewegung eine Smartphone App verbreitet, die eine bessere Koordination der Aktivitäten von „Occupy Central-Bewegung“ ermöglichen sollte. Tatsächlich verbreitete die App jedoch eine Spyware, die die umfassende Ausforschung der Smartphone ermöglichte, auf die die App installiert wurde (*South China Morning Post*, 17.9.2014). Sie dokumentierte sowohl die auf dem Mobiltelefon gespeicherten Kontakte als auch alle Textnachrichten, Meldungen von Örtlichkeiten und die Registrierung aller getätigten Telefonate. Die App wirkte unscheinbar, gewährte tatsächlich aber tiefen Einblick in die Kommunikationsstrukturen der führenden Vertreter der Protestbewegung. Einige Spuren der Spyware führten nach Festland-China. So wurde der Server, von dem die App versandt worden war, in einem vereinfachten Chinesisch bedient, das in Festland-China verbreitet ist.

Um einer befürchteten Blockade des Internets und der immer stärker werdenden Zensur des Internets durch China zu entgehen, nutzten viele Demonstranten die neue App *FireChat*, die ohne Internet mit einer Reichweite von mehreren hundert Metern funktioniert (*New York Times*, 29.9.2014). Mit der App können Nachrichten ohne Internet versandt werden. Sie wurde am 28. September 2014 in Hongkong von 100.000 Menschen heruntergeladen und auf Smartphones installiert.

Die Sicherheitsbehörden in Hongkong gingen bei ihrer Niederschlagung der Proteste auch juristisch gegen Bürgerinnen und Bürger vor, die über das Internet und soziale Netzwerke zu weiteren öffentlichen Protesten aufriefen. So rief am 17. Oktober 2014 der 23 Jahre alte Li Siu-ming zu neuen Protesten auf öffentlichen Plätzen und Straßen auf. Nur einen Tag später forderte die Polizei den Internetanbieter auf, die Identität des Mannes offenzulegen. Kurze Zeit später wurde er festgenommen und beschuldigt, zu einer ungesetzlichen Versammlung sowie zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und zu einer Blockade der Eisenbahnverbindungen aufgerufen zu haben (*New York Times*, 28.10.2014). Die Polizei machte keinen Hehl daraus, dass sie solche Aufrufe als Verbrechen versteht und mit aller Härte dagegen vorgeht.

3. AUSLÄNDISCHE INTERNET-INDUSTRIE: OPFER UND TÄTER ZUGLEICH

Internationale Internet-Unternehmen, wie Google, Facebook, Microsoft, LinkedIn sehen sich gerne als Opfer der massiven Einschränkungen der Internetfreiheit in der Volksrepublik. Alle streben nach einem größeren Marktzugang, weil der chinesische Markt angesichts der schier explodierenden Zahl von Internetnutzern und der zunehmenden Höhe der Einkommen in der Volksrepublik wirtschaftlich extrem interessant erscheint. So hat LinkedIn inzwischen mit einer englischsprachigen Seite in China vier Millionen Mitglieder und sieht weiteres Potential für seine Expansion. Denn in der Volksrepublik könnten 140 Millionen Menschen als Berufstätige von LinkedIn erreicht werden (*New York Times*, 5.10.2014). LinkedIn und Microsoft haben sich den chinesischen Zensur-Vorschriften unterworfen und sind dafür massiv im Ausland kritisiert worden.

Die ausländische Internet-Industrie steht bei der möglichen wirtschaftlichen Expansion in China vor einem Dilemma. Einerseits propagiert sie die Freiheit des weltweiten Internets und spricht sich in ihrer Werbung und in ihren ethischen Unternehmensprinzipien für Menschenrechte, Meinungsfreiheit und einen freien Zugang zum Internet aus. Dieses Bekenntnis ist auch Teil ihres Marken-Images außerhalb der Volksrepublik, von dessen positiver Wahrnehmung der wirtschaftliche Erfolg dieser Unternehmen entscheidend abhängig ist. Das hat vor allem immer wieder Facebook zu

spüren bekommen, dessen Popularität bei Internetnutzern durch unbedachte wirtschaftliche und strategische Entscheidungen deutlich beeinträchtigt wurde.

Andererseits möchten sich diese Unternehmen das wirtschaftlich bedeutende China-Geschäft auch nicht entgehen lassen. Sie gehen daher große Kompromisse in der Volksrepublik ein und unterwerfen sich mehrheitlich der massiven Internet-Zensur. Sie sind dabei nicht nur Opfer, sondern auch selbst Täter, weil sie ihre eigenen Internet-Zensoren beschäftigen (um Ärger mit den Behörden zu vermeiden) und auch nicht davor zurückschrecken, „verdächtige“ Regimekritiker den staatlichen Sicherheitsbehörden zur Verfolgung zu melden und gleich die „Beweise“ für die anstehenden Strafverfahren gegen die beschuldigten Anhänger der Demokratiebewegung mitliefern.

Mehr Täter als Opfer sind Unternehmen wie die US-Firma CISCO Systems Inc., die von chinesischen Regimekritikern beschuldigt wird, unmittelbar am „Golden Shield“-Zensurprojekt mitgearbeitet zu haben und Chinas Sicherheitsbehörden Software für eine wirksamere Erfassung von Dissidenten geliefert zu haben. Die in China verfolgten Demokratie-Anhänger gehen davon aus, dass das US-Unternehmen gewusst habe, dass seine Lieferungen für die Einschränkung der Meinungsfreiheit und für andere Menschenrechtsverletzungen benutzt würden.

3.1 FACEBOOK HAT EIN GLAUBWÜRDIGKEITSPROBLEM

Auch Facebook hat ein Glaubwürdigkeitsproblem im Umgang mit China. Noch sind die Seiten des Unternehmens in der Volksrepublik blockiert, doch Facebook-Gründer und – Chef Mark Zuckerberg lässt nichts unversucht, um sich und sein Unternehmen bei Chinas Mächtigen anzubiedern, um Zugang zu diesem großen Markt zu bekommen. So reiste er im Oktober 2014 nach China, um vor Studenten in Mandarin-Chinesisch zu sprechen. Im Dezember 2014 empfing er in gelöster Atmosphäre Chinas Internet-Zar und Chef aller Zensoren Lu Wei.

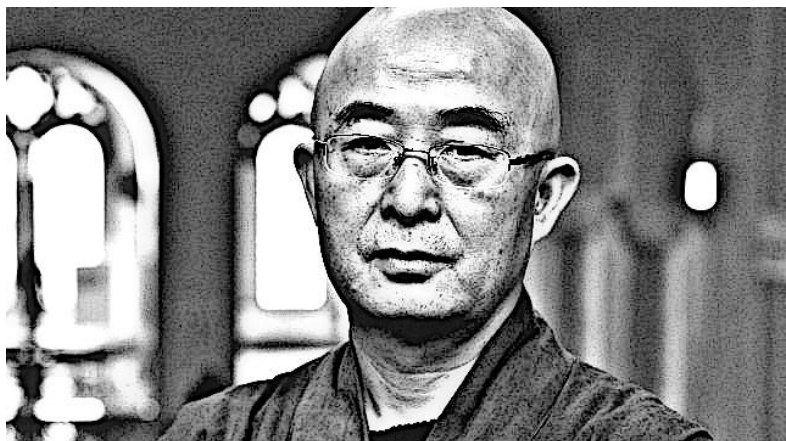
Auch zeigte sich Zuckerberg begeistert von dem im September 2014 in einer weltweiten Werbeaktion der KP in neun Sprachen veröffentlichten Buch „The Governance of China“ von KP-Parteichef Xi Jinping (*Spiegel Online*, 9.12.2014). Das 18 Kapitel umfassende Buch hat den Spannungswert einer Gebrauchsanweisung, da vor allem Dutzende Reden Xi Jinpings darin abgedruckt sind. Daneben enthält es ein 22 seitiges Jubel-Porträt des Parteichefs. Der prominente chinesische Regimekritiker Hu Jia reagierte tief enttäuscht und wütend auf Zuckerbergs Lobeshymnen des Buches. „Zuckerberg ist ein Internet-Genie“, erklärte Hu Jia in einem Interview. „Aber sein Verständnis der chinesischen Politik entspricht dem Niveau eines Dreijährigen und nicht eines Dreißigjährigen... Er weiß nichts über Xi, nichts über China, selbst wenn er Chinesisch lernt“ (*The Telegraph*, 8.12.2014). „In China sind die drei bedeutendsten Feinde des Internets die Kommunistische Partei, Xi Jinping und Lu Wei“, sagte der

prominente Dissident. Auch der chinesische Soziologie-Professor Zhou Xiaozheng kritisierte Zuckerbergs Verhalten. „Zuckerberg weiß nichts über die wahren Bedingungen in China“, erklärte der Professor. Seine Anbiederungsversuche seien umso befremdender, da die Internet- und Pressezensur unter Xi Jinping deutlich zugenommen habe.

Auch im Internet stieß Zuckerbergs Kotau vor der chinesischen Führung auf viel Kritik. So wurde in einem Kurznachrichtendienst eine Karikatur veröffentlicht, die Zuckerberg in der Uniform der in der Kulturrevolution für ihren Fanatismus und ihre Willkür berüchtigten Roten Garden zeigt, wie er das Buch von Xi Jinping in der Luft hochhält. Ein anderer Internetnutzer erklärte: „Mark tut alles, um Geld zu machen... Er ist nicht mehr weit davon entfernt, dass er in die Kommunistische Partei eintritt.“

Neuen Zorn erntete Facebook, als es im Dezember 2014 eine Nachricht der prominenten tibetischen Bloggerin Tsering Woesser löschte, weil in der Nachricht auch ein Link zu einem Video von der Selbstverbrennung des tibetischen Mönchs Kalsang Yeshe enthalten war (*New York Times*, 27.12.2014). Der 37 Jahre alte Mönch hatte sich am 23. Dezember 2014 in der Provinz Sichuan selbst in Brand gesetzt, um gegen die chinesische Tibet-Politik zu protestieren. Mehr als 130 Tibeterinnen und Tibeter haben in den letzten Jahren den Freitod gewählt, um mit ihrer Verzweiflungstat auf die schwierige Lage der Tibeter aufmerksam zu machen. Facebook begründete die Löschung des Eintrags mit einer Verletzung der Nutzungsregeln des sozialen Netzwerks. Woesser warf Zuckerberg Opportunismus vor, selbst als Facebook einige Tage später ihr erlaubte, das Video zu verbreiten (*Washington Post*, 15.1.2015).

Wütend auf Facebook war auch der in Berlin im Exil lebende regierungskritische chinesische Schriftsteller Liao Yiwu (rechts). Der Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels hat über seine Facebook-Seite zwei Fotos eines Nacktprotestes eines



Künstlers veröffentlicht, der mit seiner spektakulären Aktion an das Schicksal des in China inhaftierten Nobelpreisträgers Liu Xiaobo erinnern wollte. Auch dieses Konto wurde gesperrt, weil Liao Yiwu gegen die Nutzungsregeln verstoßen hätte, erklärte Facebook. Angesichts der öffentlichen Proteste wurde die Sperre kurze Zeit später wieder aufgehoben.

3.2 EUROPÄISCHE UNION WILL KOOPERATION MIT CHINA BEIM AUSBAU DES INTERNETS VORANTREIBEN

Die Europäische Kommission organisierte zu Beginn des Monats Februar 2015 drei hochrangige Treffen mit Vertretern der chinesischen Internet-Industrie und des chinesischen Staates, um über Perspektiven einer engeren Kooperation im Bereich der Internet-Industrie zu beraten (*Xinhua*, 7.2.2015). Zu den fünf Kernbereichen der Zusammenarbeit zählen auch chinesische Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa. Fragen der Sicherheit der Datenströme und des Datenschutzes allgemein scheinen nicht zum Kernbereich der Kooperation zu zählen.

3.3 AUSLÄNDISCHE UNTERNEHMEN BEKLAGEN INTERNET-ZENSUR

Die Europäische Handelskammer in China beklagte im Februar 2015 die negativen Folgen der Internet-Zensur für die Entwicklung des Handels. 86 Prozent der befragten europäischen Unternehmen, die in China arbeiten, gaben in einer Umfrage an, die Internet-Zensur habe negative Folgen für ihre Handelsbeziehungen mit chinesischen Firmen. Dies bedeutete einen Anstieg der negativen Stimmung um 15 Prozent gegenüber der letzten Umfrage vom 15. Juni 2014 (*Irish Times*, 16.2.2015). Rund 13 Prozent der Unternehmen gaben an, sie hätten aufgrund der neuen Internet-Restriktionen in den letzten Monaten von neuen Investitionen in China abgesehen (*Reuters*, 12.2.2015).

Zwar verfügen viele Großunternehmen über eigenständige Leitungen zu Servern im Ausland, aber vor allem klein- und mittelständische Unternehmen sind auf VPN-Tunnelverbindungen angewiesen, um nicht den Anschluss an das Internet im Ausland zu verlieren. Große Sorgen macht den Firmen die Unberechenbarkeit und Willkür der Internet-Zensur in der Volksrepublik, die mit immer neuen Auflagen den Geschäftsverkehr erschwert (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.2.2015).

Massive Kritik kommt von europäischen und US-amerikanischen Firmen an neuen Auflagen in der Volksrepublik, nur noch sichere und von den chinesischen Zensur-Behörden kontrollierbare Informationstechnologie einzusetzen. In einem an die EU-Kommission gerichteten Brandbrief vom 25. Februar 2015 äußerten verschiedene Branchenvertreter die dringende Bitte, aktiv zu werden (*Financial Times*, 27.2.2015). Bislang ist von diesen neuen Maßnahmen vor allem der Banken-Bereich betroffen. Unternehmensvertreter aus dieser Branche fürchten, dass europäische Banken ganz aus dem lukrativen Internet-Banking-Bereich in der Volksrepublik verdrängt werden können. Auch rechnen sie mit einer Ausweitung einschränkender Bestimmungen für ausländische Unternehmen auf andere Wirtschaftsbereiche. Gemäß den neuen Auflagen müssten europäische Banken in China ihre Daten mit den Behörden teilen. US-Präsident Barack Obama hat bereits gegen die neuen Bestimmungen öffentlich protestiert.

Andere beklagen, dass China sich mit seiner Selbstisolation selbst am meisten schade und technologisch in Rückstand geraten könne (*New York Times*, 30.1.2015). Selbst chinesische Analysten schließen nicht aus, dass sich aufgrund der neuen Internetfilter das Wirtschaftswachstum in der Volksrepublik verlangsamen könne (*New York Times*, 6.2.2015). Chinesische Wissenschaftler kritisieren, dass sie aufgrund der Zensur keinen ausreichenden Zugang zu internationalen Forschungsergebnissen bekommen würden.

Profitiert von dieser fortschreitenden Marktabschottung haben aber auch Unternehmen in China. Die Verkaufsplattform *Alibaba* und der Kurznachrichtendienst *Sina Weibo* hätten sich niemals so sprunghaft entwickeln können, wenn nicht die massiven Internet-Beschränkungen dafür gesorgt hätten, dass internationale Anbieter nur begrenzten Zugang zu der Volksrepublik haben.

3.4 UNGEWISSE DATENSCHUTZ

Angesichts der weltweiten Verzahnung von Internet-Unternehmen steht es um den Datenschutz der Internetnutzer sowie um den freien Zugang zu Informationen immer schlechter. So ist es durchaus vorstellbar, dass Chinas Streben nach mehr Internet-Zensur und wirtschaftlicher Kontrolle der weltweiten Internet-Industrie dazu führen wird, dass eine *WeChat*-Gruppe, die sich in Europa über die Probleme von Tibetern oder Uiguren austauscht, von dem chinesischen Betreiber *Tencent* registriert werden. Denn das Unternehmen unterliegt den Zensur-Vorschriften der Volksrepublik und seine Server befinden sich in China. Da für *WeChat*-Konten die tatsächlichen Telefonnummern, SIM-Karten und Adressen gespeichert sein müssen, wissen die chinesischen Sicherheitsbehörden zukünftig von den besonderen Interessen der *WeChat*-Teilnehmer. Die chinesischen Sicherheitsbehörden können diese persönlichen Daten und Mobilfunkverbindungen aber auch für eine viel umfassendere Überwachung der *WeChat*-Teilnehmer nutzen. So gibt es bei *WeChat* wie in den meisten sozialen Netzwerken klare Regeln, die besagen, dass der Betreiber Mikrofone und Kameras aktivieren kann, den Standort des Nutzers ermitteln kann sowie auf sein Adressbuch und auf seine Fotos zugreifen kann. Somit gibt es viele Möglichkeiten, Spyware oder Trojaner auf den Mobiltelefonen zu installieren, um die Kommunikation zu überwachen oder zu beeinträchtigen.

Chinesische Kommunikationstechnologie ist weltweit immer verbreiteter. Fraglich ist, inwieweit chinesische Unternehmen verpflichtet sind, die Interessen nicht-chinesischer Internetnutzer an einem wirksamen Schutz ihrer persönlichen Daten zu berücksichtigen. Fraglich ist, ob die erhobenen Daten automatisch mit den Zensur-Behörden in der Volksrepublik abgeglichen werden. Wie verhält es sich, wenn bei

Telekommunikation aus Kostengründen auf Server in der Volksrepublik zurückgegriffen wird? Großunternehmen wie *WeChat*, *Google* oder *Facebook* nutzen immer weniger Server und konzentrieren aus Kostengründen ihr Netz auf einige Großserver. Können Server in der Volksrepublik den Datenschutz für internationale Kunden gewährleisten?

4. KEINE INTERNETFREIHEIT IN TIBET

Wird in der Volksrepublik China schon allgemein die Internetfreiheit nicht von den Behörden respektiert, so wird die Internet-Zensur in den immer wieder von Protesten und Unruhen gezeichneten Konfliktregionen in der Autonomen Region Tibet (TAR), den tibetischen Siedlungsgebieten in anderen Provinzen, in der Autonomen Region Xinjiang (Ostturkestan) und in der Autonomen Region Innere Mongolei besonders strikt gehandhabt. Auch gibt es eine Vielzahl von Verhaftungen aufgrund von Internet-Delikten. Mit der Verweigerung der Internetfreiheit werden systematisch die Persönlichkeitsrechte der Tibeter verletzt.

4.1 JOURNALISTEN KÖNNEN NICHT FREI ÜBER TIBET BERICHTEN

Auch der freie Informationsaustausch zwischen Tibet und dem Ausland wird systematisch verhindert, um den Anschein von Normalität in Tibet zu wahren. Regelmäßig werden Tibeter bestraft, weil sie Informationen oder Fotos von Menschenrechtsverletzungen per Mobiltelefon an Freunde, Angehörige oder Menschenrechtsorganisationen im Ausland übermittelt haben. Die Unruhen in tibetischen Siedlungsgebieten im Frühjahr 2008 unmittelbar vor den Olympischen Spielen in Peking fanden weltweit große Aufmerksamkeit, weil immer neue Fotos und kleine Filmsequenzen von Demonstrationen über Mobiltelefone den Weg ins Ausland und die Weltmedien fanden.

Chinesische Journalisten und in der Volksrepublik arbeitende Auslandskorrespondenten können nicht frei und unbegrenzt nach Tibet reisen und sich selbst einen Eindruck von der Lage verschaffen. Werden Reisegenehmigungen nach Tibet schon zu normalen Zeiten sehr restriktiv an ausländische Journalisten vergeben, so werden diese Gebiete regelmäßig durch Sicherheitskräfte von der Außenwelt abgeschnitten, wenn problematische Gedenktage (10. März – Tag des Volksaufstands), Besuche ausländischer Politiker oder Demonstrationen anstehen.

So wurde die in Peking lebende prominente tibetische Bloggerin Tsering Woeser (rechts) im Juli 2014 unter



Hausarrest gestellt, nachdem sie über Twitter und Facebook angekündigt hatte, sie habe eine Einladung der US-Botschaft zu einem Treffen mit US-Außenminister John Kerry erhalten (*Radio Free Asia*, 9.7.2014). Als Woesser einen Monat später nach Lhasa reiste, um ihre betagte Mutter zu besuchen, wird sie bei der Ankunft am Flughafen einem dreistündigen Verhör unterzogen (*www.phayul.com*, 9.8.2014).

Angesichts anhaltender Proteste in tibetischen Siedlungsgebieten in der Provinz Qinghai haben chinesische Sicherheitsbehörden am 13. Mai 2014 in der Präfektur Golog massiv die Bewegungsfreiheit von Mönchen und ihre Kommunikationsmöglichkeiten eingeschränkt. So wurden die Mönche gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, vier Jahre lang nicht die Region zu verlassen, keine Mobiltelefone und kein Internet zu nutzen und auch keine ausländischen Radio- oder Fernsehsender zu empfangen (*Radio Free Asia*, 20.5.2014).

Angesichts staatlich kontrollierter Medien und einer restriktiven Informationspolitik bieten Internet und Mobiltelefone oft die einzige Möglichkeit für Tibeter, um sich über die aktuelle Lage in ihrem völkerrechtswidrig von China besetzten Land auszutauschen. So erklärt sich auch, dass Chinas Sicherheits- und Zensur-Behörden mit aller Härte in Tibet Verstöße gegen ihre strengen Auflagen und Vorschriften ahnden, denn Chinas Machterhaltung und Sicherung des „Status quo“ beruht entscheidend auf der Verweigerung der Internet-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Die von Chinas Sicherheitsbehörden angestrebte totale Kontrolle des Informationsflusses wird jedoch immer schwieriger, da die jüngere Generation der Tibeter im In- und Ausland aller technischen Neuerungen bewusst ist und regelmäßig mit Smartphones kommunizieren. Aus der Perspektive der chinesischen Sicherheitsbehörden hat sich die Situation im Vergleich zur Lage vor 40 Jahren dramatisch verändert. Denn viele Proteste gehen heute nicht mehr von schlecht ausgebildeten Nomaden aus, sondern von mit Mobiltelefonen und moderner Kommunikationstechnologie vertrauten Tibeterinnen und Tibetern.

Doch nicht nur in Tibet werden Menschenrechtsverteidiger massiv bedrängt, eingeschüchtert und verfolgt, um zu erreichen, dass sie keine Informationen mit politisch sensiblen Inhalten über Mobiltelefone und Internet austauschen. Auch in anderen Teilen Chinas lebende TibeterInnen wie Tsering Woesser werden systematisch überwacht und in ihrer Meinungsäußerungsfreiheit eingeschränkt. Dies gilt besonders bei Besuchen führender ausländischer Politiker oder internationaler Konferenzen in der chinesischen Hauptstadt, dass sie unter Hausarrest gestellt wird, um jede Kontaktaufnahme zu ausländischen Gästen zu unterbinden. Tibetische Menschenrechtsorganisationen, die tibetische Administration im Exil und Unterstützerorganisationen für Tibet werden oft Opfer von Hackerangriffen, die

vermutlich von den Zensur-Behörden veranlasst werden oder zumindest mit ihnen abgestimmt sein dürften.

Soziale Netzwerke und das Internet sind zum Tummelplatz chinesischer Propagandisten geworden, um die öffentliche Meinung in der Welt in der Tibet-Frage im Sinne der chinesischen Regierung zu beeinflussen. So deckten Tibet-Unterstützer in Großbritannien und den USA im Sommer 2014 auf, dass auf Twitter und YouTube massenhaft falsche Konten nicht existierender Personen angelegt wurden, um von diesen falschen vermeintlichen Nutzer-Adressen positive Nachrichten über das Leben in Tibet im Internet zu streuen (*Libération / New York Times*, 22.7.2014). So konnte die Organisation *Free Tibet* alleine hundert falsche Twitter-Konten ermitteln. Nach Bekanntwerden des Skandals wurden die Konten unverzüglich von Twitter und YouTube gelöscht.

4.2 ANHALTENDE VERHAFTUNGEN IN TIBET



Die tibetische Bloggerin **Dawa Tsomo** wurde am 23. August 2014 in Dzatoe in der Tibetischen Autonomen Präfektur Yulshul (Provinz Qinghai) festgenommen, weil sie kritische Texte über die Situation von Tibetern verfasst und im Internet verbreitet hatte (*Radio Free Asia*, 27.8.2014). Die junge Bloggerin hatte kurz zuvor einen Artikel verbreitet über die schwierigen Lebensbedingungen von Tibeterinnen und Tibetern in der Stadt Kyegudo, die im April 2010 durch ein Erdbeben erschüttert wurde, bei dem 3.000 Menschen getötet wurden. Sie berichtete in dem Text vor allem vom Versagen der lokalen Behörden beim Wiederaufbau der Region und bei einer gerechten Verteilung der Ressourcen zwischen Tibetern und zugewanderten Han-Chinesen (www.phayul.com, 27.8.2014).

Der 21 Jahre alte Blogger **Meo Soepa** wurde am 27. Dezember 2014 in der Tibetischen Autonomen Präfektur Ngaba (Provinz Sichuan) festgenommen, nachdem er mehrere kritische Artikel zur Lage in Tibet und ein Porträt einer jungen Tibeterin, die sich aus Protest im Dezember 2014 selbst verbrannt hatte, im Internet verbreitet hatte (*Radio Free Asia*, 29.12.2014). Er wuchs mit seiner Familie in einem Nomaden-Camp auf. Heute ist er Literatur-Student an der Nationalitäten-Universität in Gansu. Seine Familie hat inzwischen ein kleines Geschäft, in dem sie CDs und DVDs verkauft, um seine Schul- und Universitätsgebühren zahlen zu können.



Als Jugendlicher wurde Meo Sopa (links) im Rahmen einer Sinisierungs-Kampagne von den Behörden nach Chengdu gebracht (www.phayul.com, 29.12.2014). In letzter Zeit hatte er oft geheim Treffen und Gesprächskreise organisiert, in denen über Meinungs-, Internet- und Pressefreiheit diskutiert wurde. Kurz vor seiner Festnahme veröffentlichte er auf seinem Blog den kritischen Text „Ihr Hunde lasst uns nicht leben. Wir haben genug von eurer Repression“ (www.freetibet.org, 2.1.2015). Ein Gedicht mit dem Titel „Die Märtyrerin“ widmete er der 20 Jahre alten

Tsepe, die am 22. Dezember 2014 ihren Verletzungen erlegen war, die sie sich bei einer Selbstverbrennung am 16. Dezember zugezogen hatte. In einem weiteren Blogbeitrag unter dem Titel „Erhebt Eure Hände für Freiheit“ rief er zu Protesten gegen Chinas Tibet-Politik auf (*Tibet Post International*, 29.12.2014).

Der Mönch **Lobsang Choejor** des Klosters Dongsar im Bezirk Chamdo in der TAR wurde am 4. März 2014 von der Polizei festgenommen. Er ist einer der beiden führenden Mönche in dem Kloster (*Radio Free Asia*, 6.3.2014). Die Polizei beschuldigte ihn, über sein Mobiltelefon mit *WeChat* politisch sensible Informationen ins Ausland gesandt zu haben und Fortbildungsseminare mit dem religiösen Oberhaupt der buddhistischen Tibeter, mit dem Dalai Lama, verfolgt zu haben. Der Mönch bestritt, ein Mobiltelefon zu besitzen, doch die Sicherheitsbehörden bekräftigten aufgrund der Auswertung des Mobiltelefonverkehrs ihre Vorwürfe.

Am 28. Februar 2014 wurde der Mönch **Tashi Paljor** (rechts) aus dem Kloster Wenpo im Bezirk Chamdo in der TAR von der Polizei festgesetzt. Er wurde beschuldigt, verbotene politische Schriften und Video-Aufnahmen des Dalai Lama auf seinem Mobiltelefon zu besitzen (*Radio Free Asia*, 5./6.3.2014). Der 34 Jahre alte Mönch war in seinem Kloster sehr anerkannt und galt nach 13 Jahren des



Studiums buddhistischer Texte in dem Kloster Dzongsar als hervorragender Kenner der buddhistischen Glaubens. Er wurde in der Untersuchungshaft durch Folter schwer verletzt und schließlich am 1. März seinen Familienangehörigen zur weiteren Pflege übergeben. Zum Zeitpunkt seiner Haftentlassung konnte er bereits nicht mehr reden. Es ist eine typische Strategie chinesischer Sicherheitsbehörden, todkranke Gefangene ihren Familienangehörigen zu übergeben, um unangenehme Fragen nach einem Tod in der Haft zu vermeiden. Seine Familie ließ ihn unmittelbar nach der Haftentlassung in ein

Krankenhaus einweisen. Doch noch am gleichen Tag starb er aufgrund der schweren Verletzungen, die ihm in der Untersuchungshaft zugefügt wurden.



Der 20 Jahre alte Mönch **Choeying Kalden** (links) aus dem Kloster Tsenden aus dem Bezirk Sog in der Präfektur Nagchu (TAR) wurde am 16. März 2014 festgenommen (*Tibetan Center for Human Rights and Democracy, TCHRD, 15.5.2014*). Dem Mönch wurde vorgeworfen, kritische Texte nicht nur seinen Freunden per Mobiltelefon gesandt zu haben, sondern auch Parteifunktionären, die zur Überwachung und politischen Indoktrination der Mönche in das Kloster entsandt worden waren. Choeying Kalden schreibt seit geraumer Zeit unter dem Pseudonym „Sog Thug“ (Mongolisches Kind) Essays und Gedichte, die er im Internet oder in sozialen Netzwerken veröffentlicht.

Der 48 Jahre alte Berufskraftfahrer **Kalsang Tsering** wurde im Februar 2015 von einem Gericht in Lhasa zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt (*www.phayul.com, 9.2.2015*). Er war im Dezember 2014 festgenommen worden. Ihm wurde vorgeworfen, politische sensible Informationen ins Ausland weitergegeben zu haben, ein Foto des Dalai Lama bei sich zu führen und Republikflucht begangen zu haben. Er war bereits im Jahr 2012 für drei Monate inhaftiert gewesen.

Der 27 Jahre alte Mönch **Gendun Gyatso** (rechts) wurde am 10. Januar 2015 in der Provinz Sichuan festgenommen, weil er kritische Texte geschrieben und über das Internet verbreitet haben soll (*www.phayul.com, 4.2.2015*). Der Mönch war auch auf dem Höhepunkt der Demonstrationen in Tibet im Jahr 2008 von der Polizei festgesetzt worden und drei Monate in der Haft festgehalten worden.



Der 20 Jahre alte Mönch **Lobsang Lungrig** (links) aus dem Kloster Kirti wurde am 27. Dezember 2014 in der Provinz Sichuan festgenommen. Auch ihm wurde vorgeworfen, kritische Texte geschrieben und über das Internet verbreitet zu haben (*Tibet Post international, 27.12.2014*).

Der 32 Jahre alte Mönch **Jamyang Wangtso** und der 43-jährige Mönch **Namgyal Wangchuk** aus dem Dorf Wuran wurden am 23. Mai 2014 zu fünf beziehungsweise sieben Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie im Kurznachrichtendienst *WeChat* mehrere Leopardfell-Fotos mit fünfzehn anderen Personen geteilt haben (*Tibetan Center for Human Rights and Democracy*, 18.9.2014). Die beiden Umwelt- und Tierschützer hatten die Fotos in *WeChat* verbreitet, um sich für eine Einstellung der Jagd, der Pelztier- und Fell-Verarbeitung sowie für einen besseren Schutz der Umwelt einzusetzen.

Der 23 Jahre alte **Topgyal** (rechts) wurde am 26. Dezember 2014 in Lhasa festgenommen, weil er verbotenerweise ein Foto des Dalai Lama besessen haben soll und mit „separatistischen tibetischen Kräften im Exil“ über *WeChat* in Verbindung gestanden habe (*www.phayul.com*, 15.1.2015). Er wurde am 12. Januar 2015 den Behörden in seinem Heimat-Bezirk Dhingri (TAR) übergeben, die einen Tag später unter der Auflage aus dem Gewahrsam entließen, nicht sein Heimatdorf zu verlassen. Nur wenige Tage später wurde am 17. Januar 2015 sein Bruder Tsewang Dhonden unter dem Verdacht



festgenommen, der in der Schweiz ansässigen Tibet-Unterstützerorganisation *Tibetischer Jugend-Kongress (Tibetan Youth Congress)* anzugehören. Obwohl sie in der Schweiz vollkommen rechtmäßig ist und als Nichtregierungsorganisation anerkannt ist, wird die Organisation von den chinesischen Sicherheitsbehörden kriminalisiert und als „terroristische Gruppierung“ bewertet.

5. KEINE INTERNETFREIHEIT FÜR UIGUREN

In keiner anderen Region der Volksrepublik gehen Chinas Internet-Zensoren mit so drakonischen Methoden und so einer Vielzahl von Mitarbeitern vor wie in Xinjiang / Ostturkestan, um jede Internetfreiheit zu unterbinden. So wurde nach den Unruhen in der Provinzhauptstadt Urumtschi im Juli 2009 jeder Zugang zum Internet in der Region von der fünffachen Größe Deutschlands für zehn Monate gesperrt. Alle Meldungen über Gewalt werden auch heute noch streng zensiert. Regelmäßig werden nach gewaltsamen Auseinandersetzungen Informationsblockaden über ganze Bezirke verhängt und Außenstehenden jeder Zugang zu diesen Gebieten verwehrt. Im Rahmen von Antiterror-Kampagnen werden Religion, Geschichte und Kultur der Uiguren unter den Pauschalverdacht gestellt, „Extremismus und Terrorismus“ zu schüren.

Die systematische Verweigerung von Glaubens-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit hat im Nordwesten Chinas zu einer weiteren Eskalation der Spannungen geführt. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden im Jahr 2013 27.164 mutmaßliche Straftäter in der Autonomen Region Xinjiang / Ostturkestan festgenommen. Dies ist nach Informationen der Generalstaatsanwaltschaft eine Steigerung von 95 Prozent gegenüber dem Vorjahr (*Daily Mail*, 23.1.2015). Mindestens 200 Menschen seien bei Auseinandersetzungen im Jahr 2014 zu Tode gekommen, erklärten die Strafverfolgungsbehörden. Die Zahl der Todesopfer dürfte tatsächlich jedoch deutlich höher sein. Wahrscheinlich kamen mindestens 400 Menschen bei politisch motivierter Gewalt im Jahr 2014 zu Tode.

Die meisten Strafverfahren wegen „Gefährdung der Staatsordnung“ finden in der Volksrepublik in Xinjiang / Ostturkestan statt (*Dui Hua, Human Rights Journal*, 7.1.2015). Nach statistischen Angaben des offiziellen „China Rechts-Jahrbuchs“ (*China Law Yearbook*) wurden Jahr 2013 in der Volksrepublik gegen 1.384 Personen Gerichtsverfahren in 607 Fällen wegen „Gefährdung der Staatsordnung“ eröffnet. Das ist eine Steigerung bei der Zahl der Angeklagten von 32 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Zahl der Gerichtsprozesse erhöhte sich sogar um 57 Prozent. Die tatsächliche Zahl der politisch motivierten Verfahren in Xinjiang / Ostturkestan ist aber noch deutlich höher, da die Anklagen in vielen Fällen auf anderen Paragraphen des Strafgesetzbuchs beruhen (Störung der öffentlichen Ordnung, Verstöße gegen Versammlungsrecht, Wirtschaftsvergehen etc.).

NEUES ANTITERROR-GESETZ SCHÜRT MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Der Nationale Volkskongress berät im Frühjahr 2015 über den Entwurf eines nationalen Antiterror-Gesetzes. Der Entwurf umfasst 106 Artikel und sieht eine Vielzahl von Sanktionen bei Zuwiderhandeln vor, die von Erziehungsmaßnahmen bis zu willkürlicher Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren reichen. Auch begünstigt die breite Definition des Begriffes „Extremismus“ zahllose Verletzungen der Religionsfreiheit und die willkürliche Bestrafung von Regierungskritikern als „Extremisten“. Verstärkt wird damit auch noch einmal das Verbot für Regierungsangestellte und Parteifunktionäre, Religion zu praktizieren. Das Gesetz steht somit auch im Widerspruch zu der verfassungsrechtlich in der Volksrepublik anerkannten Religionsfreiheit.

Ein Grundproblem des Gesetzentwurfes ist die unklare Definition des Begriffes „Terrorismus“. Auch wird „Terrorismus“ von dem Gesetzgeber mit „religiösem Extremismus“ gleichgesetzt, so dass muslimische Gläubige pauschal als potentielle Terroristen angesehen werden. Es gibt keinen transparenten Prozess und keine Mitwirkungsmöglichkeit der Öffentlichkeit und auch keinen Rechtsweg, um festzulegen, welche Organisation als „terroristisch“ anzusehen ist. Für die Internetfreiheit bedeutet

das Gesetz weitere tiefe Einschnitte in die Persönlichkeitsrechte sowie in das Recht auf Meinungsfreiheit. Denn die Überwachung der Bevölkerung wird auf allen Ebenen vorangetrieben, von der Einschränkung von online- und Mobilfunkdiensten bis zur flächendeckenden Kontrolle öffentlicher Räume durch Überwachungskameras.

5.1 BEDEUTUNG DES INTERNETS IM NORDWESTEN CHINAS

In Xinjiang / Ostturkestan sind die Internetverbindungen noch immer schlechter als im Landesdurchschnitt. Während im Landesdurchschnitt 12 Prozent der Internetnutzer über ein schnelleres Breitbandsystem verfügen, sind es in Xinjiang nur 9 Prozent (*www.techinasia.com*, 4.9.2012). Von den 158 Millionen Breitbandnutzern in der Volksrepublik leben 2 Millionen in der Region im Nordwesten des Landes. Seit dem Jahr 2009 hat sich allerdings die Zahl der Breitbandnutzer in Xinjiang / Ostturkestan verdoppelt. Viele Internetnutzer in der Region beklagen die langsame Geschwindigkeit des Internets und machen dafür auch die umfassende Internetzensur mitverantwortlich, die viele Internet-Recherchen erschwert.

Keine Region in China ist aufgrund der behördlichen Einschränkungen schwieriger zu besuchen für ausländische Journalisten. Dutzende Bloggerinnen und Blogger wurden inhaftiert und oft zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sippenhaft für gesuchte oder einzuschüchternde Familienangehörige sorgt für ein Klima des Misstrauens und der Gewalt. In keiner anderen Region wurden so viele Uiguren oder Web-Moderatoren mundtot gemacht. Uigurische Internetseiten wurden auch außerhalb der Region willkürlich gesperrt oder geschlossen, die Verkäufe von Computern und Mobiltelefonen strikt reglementiert, die Internetzensur massiv verschärft und zahllose Suchbegriffe blockiert. Nirgendwo ist es in China so gefährlich, im Internet seine Meinung zu äußern oder einfach nur Beobachtungen des Alltagslebens zu schildern. Neue Regeln zur Verbreitung von „Gerüchten“ und „falschen Informationen“ machen de facto jeden Meinungs austausch in sozialen Netzwerken oder über Mobiltelefone lebensgefährlich.

Im Namen des Kampfes gegen den Extremismus und „Terrorismus“ wird die Internetfreiheit noch viel massiver beschränkt als in den städtischen Ballungsräumen an der Ostküste Chinas. Chinesische KP-Funktionäre machen sogar die Internetfreiheit für Terrorüberfälle verantwortlich. Ein neues Antiterror-Gesetz wird die Aushöhlung der letzten demokratischen Grundfreiheiten in Xinjiang / Ostturkestan weiter erleichtern. Chinas Sicherheitsbehörden entwickeln ein umfassendes Überwachungssystem für die gesamte Region. Massive Hacker-Angriffe auf uigurische Menschenrechtsorganisationen im Ausland sollen einschüchtern und die Arbeit dieser Nichtregierungsorganisationen erschweren.

ZEHN MONATE DAUERENDE INTERNET-BLOCKADE

Nach 312 Tagen der Internet-Blockade wurde am 14. Mai 2010 von den Behörden wieder der komplette Zugang zum umfassend zensierten weltweiten Internet hergestellt, das auch in anderen Regionen der Volksrepublik empfangen werden kann. Zuvor waren schrittweise die harschen Restriktionen gelockert worden, die am 6. Juli 2009 verhängt worden waren. So war am 28. Dezember 2009 bereits der Zugang zur KP-Zeitung *People's Daily* und zur staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* wiederhergestellt worden. Am 10. Januar 2010 wurden die Kurznachrichtendienste *Sina Weibo* und *Sohu* mit sehr geringer Kapazität und in einer sehr umfassend zensierten Form wieder zugelassen. Am 5. Februar wurde der Zugang zu 31 weiteren Webseiten wiederhergestellt. Ab dem 10. Februar konnten auch wieder Emails versandt werden, aber erst ab dem 22. März 2010 mit Anhängen.

Zu keinem Zeitpunkt der Blockade wurden die lokale Bevölkerung und die in der Region lebenden Ausländer glaubwürdig über die voraussichtliche Dauer der Zwangsmaßnahme informiert. Ankündigungen wie beim Nationalen Volkskongress am 8. März 2010, dass bald der Internetzugang wieder gewährleistet sei, erwiesen sich als falsch. Viele Ausländer und Geschäftsleute, die es sich finanziell leisten konnten, reisten daraufhin in unregelmäßigen Abständen in die benachbarte Provinz Gansu, um per Email Nachrichten zu empfangen und zu versenden (*Blog Far West China*, 21.4.2014). Viele Uiguren kommunizierten per Telefon indirekt mit der Außenwelt, in dem sie Freunde in Peking oder Shanghai baten, bei dem gewünschten Gesprächspartner in Übersee anzurufen und die Telefonhörer nahe aneinander zu halten. Die Blockade stieß auf große Kritik bei allen Internetnutzern in Xinjiang/ Ostturkestan:

- Niemals wurden stichhaltige Beweise vorgelegt, dass das Internet maßgeblich im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Unruhen im Juli 2009 in Urumtschi stand.
- Wie eine Chronik der Aufstände und Proteste im Nordwesten Chinas zeigt, war das Internet nicht ursächlich für die Spannungen, sondern die schwierigen Beziehungen haben eine lange Geschichte.
- Niemals wurden die Internetnutzer über die Gründe und das Ausmaß der Blockade angemessen informiert.
- Da die Mehrheit der Bewohner der Region keinen privaten Internetzugang hat, stellt sich die Frage nach der Effektivität einer solchen Zwangsmaßnahme, da man damit nur einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft erreicht.
- Sicherlich ist das Verhältnis zwischen Uiguren und Han-Chinesen dadurch nicht besser geworden, da die Besetzer als „Besetzer einer Region“ agierten.
- Unklar sind die wirtschaftlichen Folgen der Blockade, doch es ist davon auszugehen, dass dadurch Schäden in mehrstelliger Milliarden-Höhe entstanden

sind. Darauf deuten auch später erfolgte spezielle Hilfsprogramme für die Region hin.

- Die Effizienz solcher Zwangsmaßnahmen ist äußerst fraglich, denn Al-Kaida-Terroristen werden nicht per Email kommunizieren oder normale Mobiltelefone für ihre Kommunikation benutzen. Das sollten acht Jahre nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und nach Beginn des internationalen Antiterror-Kampfes auch chinesische Sicherheitsexperten wissen. Wenn sie trotzdem daraus keine Lehren ziehen, dann ist die Wirksamkeit der Internet-Blockade offensichtlich zweitrangig, Das Hauptinteresse der Sicherheitsbehörden scheint zu sein, jeden freien Fluss von Informationen und Meinungen unterbinden zu wollen,
- Würde man die Logik der chinesischen Sicherheitsbehörden konsequent zu Ende denken, dann müsste der weltweite internetverkehr auf unbestimmte Zeit eingestellt werden, weil Extremisten der Terrororganisationen Islamischer Staat, Taliban, Al Kaida und Boko Haram gezielt das Internet nutzen, um neue Anhänger und Kämpfer anzuwerben. Doch niemand wird ernsthaft diesen absurden Gedanken weiterverfolgen.
- Auch international hat China durch die Blockade das Leben von Millionen außerhalb der Volksrepublik sich aufhaltender Uiguren spürbar beeinträchtigt. Denn rund 85 Prozent aller international verfügbaren uigurischen Internetseiten waren von der Blockade betroffen und lahmgelegt (*Reporters without Borders*, 29.10.2009). Manchmal war der Zugang generell gesperrt, in anderen Fällen dauerte der Verbindungsaufbau zu lange und wurde regelmäßig automatisch abgebrochen. Auch fanden gezielte Blockaden von Informationsprogrammen statt. So wurde die Nachrichtenseite der Webseite *Gazina* (www.gazina.com) gesperrt, ihre Musik- und Kino-Seiten waren aber verfügbar.

SCHÄRFERE INTERNETZENSUR ALS IN ANDEREN LANDESTEILEN

Regelmäßig werden Städte und Regionen im Nordwesten Chinas tage- oder wochenlang kommunikationsmäßig von der Außenwelt abgeschnitten, wenn es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt. So wurden alle Kommunikationsverbindungen zur Präfektur Turpan von den Behörden unterbrochen, nachdem am 26. Juni 2012 dort Gewalt ausbrach. Vor maßgeblichen Gedenktagen werden regelmäßig Webseiten und Telefone uigurischer Organisationen tagelang blockiert, damit sie für die Öffentlichkeit und für Medienvertreter nicht erreichbar sind.

Analysen gehen davon aus, dass es im Jahr 2008 rund 280.000 Internetzensoren alleine in Xinjiang / Ostturkestan gab (*Reporters without Borders*, 7.4.2013) angesichts der zunehmenden Spannungen und Gewalt dürfte diese Zahl heute deutlich höher sein.

Auch lässt Chinas nichts unversucht, um die öffentliche Meinung in Xinjiang / Ostturkestan in seinem Sinne zu beeinflussen. So hat es im Oktober 2012 den uigurischsprachigen Informationsdienst *Uyghur News* (<http://uyghur.news.cn>) aufgebaut, der ausschließlich offiziell freigegebene Meldungen verbreitet.

Mit bizarren Werbeaktionen buhlt China um die Gunst der Uiguren, ohne die Ursachen der Krise anzugehen und verschärft zugleich immer mehr den Druck auf die lokale muslimische Bevölkerung. So ließ es von ausgewählten Han-Chinesen und Uiguren Anfang Februar 2015 vor der größten Moschee der Stadt Kashgar einen Popsong aufführen, um die ethnische Harmonie zu beschwören (*Foreign Policy*, 12.2.2015). Dutzende muslimische Imame mussten einen Tanz aufführen und akklamieren: „Wir bekommen unseren Lohn von der KP Chinas und nicht von Allah“ (*World Bulletin*, 9.2.2015). Außerdem mussten die Imame und Lehrerinnen und Lehrer öffentlich den Vorrang des Staates gegenüber der Religion beschwören und versichern, alles zu unternehmen, damit muslimische Kinder keine Koran-Schulen besuchen.

Als die BBC-Reporterin Carrie Grace eine der wenigen Reisegenehmigungen für Journalisten nach Xinjiang / Ostturkestan im Januar 2015 bekommt, berichtet sie von einer massiven Überwachung in der traditionell überwiegend von Uiguren bewohnten Stadt. Sowohl sie würde überwacht als auch ihre Gesprächspartner, so dass sich kaum jemand trauen würde, offen zu sprechen (*Business Insider*, 2.1.2015). Die massive Zensur der gesamten Berichterstattung über Uiguren wird systematisch betrieben. Als sich am 28. Oktober 2013 ein Anschlag von Uiguren auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking begangen wird, verhängen die Behörden sofort ein Informationssperre (*Reporters without Borders*, 29.10.2013 / *Freedom House*, 12.11.2013). Zwei Journalisten der Nachrichtenagentur Agence France Presse wurden festgenommen, als sie versuchten, zu dem Anschlag zu recherchieren.

Ähnliches ereignet sich, als am 15. Dezember 2013 erneut Gewalt ausbricht und dabei 14 Uiguren und zwei Polizisten getötet werden (*Epoch Times*, 21.12.2013). Als 10 Uiguren am 24. Januar 2014 von Polizisten erschossen werden, wagt es nur die *Global Times* darüber zu berichten (*Global Times*, 29.1.2014). Zu groß ist die Angst in den Medien vor Repressalien der Zensurbehörden.

Auch nach dem Anschlag von Uiguren auf den Bahnhof von Kunming (Provinz Yunnan) am 1. März 2014 reagieren die Zensurbehörden unverzüglich. Sofort weisen sie alle Medien an, keine unabhängigen Berichte über die Geschehnisse zu veröffentlichen (*China's Media War, International Federation of Journalists*, S.23).

Als sich am 30. April 2014 eine Bombenexplosion im Bahnhof Urumtschi ereignet, wird erneut eine Informationssperre verhängt. Nur die Nachrichtenagentur *Xinhua* darf berichten, verändert aber mehrmals Kernaussagen des Reports. Selbst eine Kurznachricht vom offiziellen *People's Daily* und von *Xinhua* wird von *Sina Weibo* nicht

aufgegriffen (*South China Morning Post*, 1.5.2014), „Es ist frustrierend, dass man niemals die ganze Geschichte zu hören bekommt“, erklärt der am Institut für Verteidigung und Sicherheitsstudien in London arbeitende Terrorismusexperte Raffaello Pantucci (*Miami Herald*, 8.4.2014).

KAMPAGNE GEGEN GERÜCHTE SCHÜRT MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Das Oberste Gericht Chinas und die Generalstaatsanwaltschaft veröffentlichten am 9. September 2013 eine „Rechtsauslegung“, die eine neue Welle von Verhaftungen und Gerichtsverfahren auslöste. Denn die beiden Institutionen erklärten, dass das Schreiben und verbreiten von Online-Botschaften, die „Gerüchte“ oder „diffamierende Äußerungen“ verbreiteten und mehr als 5.000 Mal angeschaut oder mehr als 500 Mal weiterversandt worden wären, gemäß Artikel 246 des chinesischen Strafgesetzbuches mit Haftstrafen bis zu drei Jahren geahndet werden können (*Reporters without Borders*, 3.10.2013).

Alle Botschaften und sonstigen Inhalte, die versandt werden, und „Demonstrationen, ethnische oder religiöse Auseinandersetzungen, Verschlechterungen des Ansehens des Landes oder andere negative internationale Folgen“ auslösen, werden zukünftig ebenfalls als „Verbrechen“ angesehen. Diese neue juristische Auslegung von Gesetzesparagrafen ist Teil der von den Sicherheitsbehörden betriebenen Kampagne gegen die Verbreitung von Gerüchten. Da es keine offizielle Definition des Begriffes „Gerüchte“ gibt, ist auch hier jede willkürliche Kriminalisierung möglich.

Die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* gab am 8. Oktober 2013 bekannt, innerhalb des Monats September 2013 seien 110 Menschen im Nordwesten Chinas wegen der Verbreitung von Gerüchten festgenommen worden. Weitere 164 Personen seien verwarnt und rund 400 Fälle insgesamt untersucht worden. Im August 2014 wurde ein 22 Jahre alter Uigure festgenommen, der in Berichten an im Ausland ansässige Menschenrechtsorganisationen und Medien erklärt hatte, bei gewaltsamen Auseinandersetzungen seien in Yarkand am 28. Juli 2014 nicht 96 Menschen getötet worden, wie die Behörden erklärten, sondern mindestens 3.000 Personen (*BBC / Radio Free Asia*, 11.8.2014).

ÜBERWACHUNG STATT TEILHABE

Angesichts der zunehmenden Gewalt auch in ländlichen Regionen hat China im Herbst 2014 ein gigantisches Überwachungsprojekt lanciert. So ordnet die KP an rund 200.000 Parteifunktionäre in die Dörfer Xinjiangs / Ostturkestans zu entsenden, um einen genauen Überblick über die Bevölkerung, ihre Lebensverhältnisse und ihren Glauben zu gewinnen (*The Telegraph*, 20.10.2014). In jedes Dorf werden Teams entsendet, die genau festhalten sollen, in welchen Häusern verschleierte Frauen oder bärtige Uiguren

leben. Beide gelten der chinesischen Staatssicherheit als verdächtig und werden als mögliche Sympathisanten „Religiöser Extremisten“ angesehen und massiven Schikanen ausgesetzt. So werden die Ausweispapiere von bärtigen Uiguren oft mehrmals am Tag in der Öffentlichkeit kontrolliert und auch häufige Hausdurchsuchungen bei ihnen durchgeführt. Immer wieder kommt es dabei zu tätlichen Auseinandersetzungen, weil die Sicherheitskräfte nicht die Gepflogenheiten der muslimischen Gesellschaft respektieren und Frauen dazu zwingen, ihren Schleier abzulegen, um ihre Identität festzustellen. Ihre Ehemänner empfinden dieses unsensible Verhalten als respektlos und sind darüber oft so wütend, dass es zu Handgreiflichkeiten zwischen Polizisten und Uiguren kommt, die immer wieder in einem Blutbad enden.

So starben 17 Menschen bei einer Hausdurchsuchung am 17. Februar 2015, die in ein Blutbad einmündete. Der Zwischenfall ereignete sich in der Präfektur Aksu, als unbewaffnete uigurische Hilfskräfte der Polizei in der Stadt Yaqaeriq ein Haus durchsuchten. Als das Durchsuchungsteam die Insassen des Hauses aufforderte, das Gebäude zu verlassen, wehrten sich die Bewohner und griffen die Hilfspolizisten an. Diese suchten in der nahe gelegenen Polizeiwache Zuflucht vor den aufgebrachten Uiguren. Bewaffnete chinesische Polizisten schossen daraufhin wahllos auf die Angreifer und auf Passanten. Bei der Auseinandersetzung starben vier Hilfspolizisten, neun in dem Haus lebende Uiguren sowie vier unbeteiligte Passanten. Zwei der Erschossenen waren Frauen. Das Haus galt den chinesischen Sicherheitsbehörden als verdächtig, weil Angehörige der darin lebenden Familie aus politischen Gründen verhaftet worden waren.

Zehntausende Uiguren gelten den Behörden als verdächtig, weil Angehörige aus politischen Gründen in Haft sind oder weil sie Bärte oder traditionelle islamische Kleidung tragen. Mit Hausdurchsuchungen, Verhören und willkürlichen Inhaftierungen versucht man diese Uiguren einzuschüchtern und schürt letztlich ein Klima der Angst und einen Kreislauf der Gewalt. Opfer der Gewalt sind dabei meist Angehörige der muslimischen Minderheit, ob auf Seiten der Bevölkerung oder der Sicherheitskräfte. So töten Uiguren andere Uiguren, um Chinas Machtanspruch auf die rohstoffreiche Region zu sichern oder in Frage zu stellen.

Die in die Dörfer entsandten Teams von Parteifunktionären sehen sich als „Entwicklungshelfer“, die die Bedürfnisse der Bevölkerung klären wollen, um bei der Bewältigung lokaler Probleme zu helfen. Die von ihnen besuchten Uiguren empfinden sie als Vertreter der Staatsmacht, die ihre Rechte systematisch seit Jahrzehnten missachtet und nun noch mehr Kontrolle ausüben will, um jeden Protest und Widerspruch im Keim zu ersticken. Offenkundig werden die Erkenntnisse der „Dorfteams“ von der Staatssicherheit genutzt, um mutmaßliche „religiöse Extremisten“ besser ermitteln und

erfassen zu können. Zu einem Abbau von Spannungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen wird dieses Überwachungsprojekt sicherlich nicht beitragen.

KAMPAGNE GEGEN „TERROR“ IM INTERNET

Der Parteisekretär der KP in Xinjiang, Zhang Chunxian, macht die Internetfreiheit für die Zunahme von Terrorakten in der Region verantwortlich. So erklärte er bei einer Tagung des Nationalen Volkskongresses am 6. März 2014: „90 Prozent der gewalttätigen terroristischen Angriffe durch Separatisten in Xinjiang sind auf die Nutzung von Technologien zur Umgehung des „Firewall“ zurückzuführen. Sie nutzen Videos im Internet, um auch weiterhin Attacken vorzubereiten...Wenn wir weiter immer fortschrittlichere Methoden lernen, das Problembewusstsein stärken und professionell arbeiten, dann können wir dies bis auf ein Minimum herunterdrücken“ (*Epoch Times*, 6.3.2014). Dies ist eine klare Ansage des höchsten Parteifunktionärs in Xinjiang, dass mit noch mehr Einsatz von Hochtechnologie bei der Durchsetzung des absoluten Machtanspruchs der KP im Nordwesten des Landes zu rechnen ist. Mit keinem Wort erwähnte der Parteifunktionär, dass auch Parteichef Xi Jinping ein Facebook-Konto besitzt und alle Journalisten der Parteizeitung *Peoples Daily* täglich Software nutzen, um die „Great Firewall“ zu umgehen und sich über das Geschehen in der Welt zu informieren.

Zhang Chunxian ist übrigens der hochrangigste KP-Vertreter in China, der regelmäßig einen Mikroblog bei *Tencent* unterhält und auf die Nutzung moderner Technologien setzt. Das Politbüro-Mitglied stammt aus der Provinz Henan und wurde im April 2010 in einer Glaubwürdigkeitskrise der KP nach Xinjiang / Ostturkestan gesandt. Damals musste nach den Unruhen in Urumtschi der amtierende Parteisekretär Wang Lequan ausgetauscht werden, weil er selbst bei den in die Region zugewanderten Han-Chinesen das Vertrauen verloren hatte.

Doch Zhang Chunxian ist nicht an einer Klärung der Ursachen der eskalierenden Gewalt und an einer nachhaltigen Änderung der Nationalitätenpolitik interessiert, sondern er begreift den Konflikt nur als Sicherheitsproblem. „Gewaltsame terroristische Attacken sind nicht das Ergebnis von hartem Durchgreifen“, erklärte er. „Es ist ein bösartiger Tumor, den die Gesellschaft unweigerlich hervorbringt“, bekräftigte der hohe Parteifunktionär (*Epoch Times*, 6.3.2014). Bei so viel Ignoranz gegenüber den Problemen Xinjangs/Ostturkestans ist keine Wille zu politischen Reformen und einer Neuorientierung der gescheiterten Nationalitätenpolitik zu erwarten. Zhang Chunxian kündigt unmissverständlich selbst an, dass er noch mehr Technologie einsetzen wird, um noch konsequenter gegen jedes Aufbegehren der Uiguren vorzugehen.

Parteichef Xi Jinping forderte die „Entwicklung von Netzen von der Erde bis zum Himmel“, um „Terroristen zu stellen“ und den „Terrorismus in Xinjiang“ zu besiegen

(*People's Daily*, 30.5.2014). So startete China im Juni 2014 eine Kampagne, um „terroristische Materialien“, die den „Heiligen Krieg“, „Terrorismus“ oder „religiösen Extremismus“ propagieren, aus dem Internet zu entfernen. Mehr als 30 Internet-Unternehmen mussten sich schriftlich verpflichten, alles entsprechende Material aus dem Netz zu löschen (*Reuters*, 20.6.2014). Zu den Firmen zählen auch Alibaba, Tencent, Sina und Baidu. „Gegen terroristisches Audio- und Video-Material im Netz kämpfen, ist nun unsere bedeutendste politische Aufgabe“, erklärte der stellvertretende Chef von Sina, Zhao Tian (*Xinhua*, 20.6.2014).

Islamistische Extremisten aus dem Ausland würden versuchen nach Xinjiang einzudringen und dazu radikale Botschaften über das Internet verbreiten, warnte Eziz Musar von der Präfektur in Hotan vor dem Nationalen Volkskongress in Peking (*The Hindu*, 9.3.2015). Bis zum November 2014 wurden im Rahmen der Kampagne 238 Menschen festgenommen, 18.000 Dokumente gesichert und 2.600 DVD's sowie 777 Computer-Sticks beschlagnahmt (*Ucannews*, 25.11.2014). Das von der Volksrepublik aufgebaute *China Internet Illegal Information Reporting Centre* (CIIRC) habe innerhalb von einer Woche mehr als 1.500 Hinweise auf mutmaßliche extremistische Internetseiten bekommen, meldeten stolz die Behörden im Juni 2014 (*South China Morning Post*, 1.7.2014). Am 10. Juli 2014 wurden 32 Uiguren wegen des Herunterladens „extremistischer Inhalte“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Drei der Angeklagten müssen lebenslange Gefängnisstrafen verbüßen, 29 weitere Personen wurden zu Haftstrafen zwischen vier und fünfzehn Jahren verurteilt (*South China Morning Post*, 11.7.2014).

Das Problem bei dieser Kampagne ist jedoch die unterschiedliche Definition der Begriffe „Extremismus und Terrorismus“. In China gelten auch Menschenrechtsorganisationen der Uiguren sowie der Dalai Lama als „extremistisch“ und „terroristisch“.

MOBILTELEFONE UND COMPUTER NICHT ERWÜNSCHT

Lange bevor auf nationaler Ebene in der Volksrepublik über eine umfassendere Registrierung von Mobiltelefon-Nutzern nachgedacht wurde, wurden in Xinjiang / Ostturkestan von den lokalen Behörden schon Fakten geschaffen. So erließ das Amt für Kommunikation in Xinjiang zum 1. Mai 2013 eine neue Verordnung ein, die alle Mobiltelefon-Besitzer dazu zwingt, beim Kauf ihrer SIM-Karte ihre Identität mit Ausweispapieren nachzuweisen (*Radio Free Asia*, 30.4.2013). Auch müssen sie ein Foto von sich an den Internet-Provider senden.

Eine ähnliche Initiative war bereits im Jahr 2010 nach den Unruhen in Urumtschi im Vorjahr beschlossen worden. Damals wurden diese Restriktionen aber nicht flächendeckend konsequent umgesetzt, sondern Telefonläden verkauften die Karten stillschweigend auch ohne Nachweis der Identität. Mit diesen erneuten Restriktionen der Telekommunikation erhöhen die Behörden den Druck auf die uigurische Bevölkerung

und unterstreichen ihre Ungleichbehandlung im nationalen Vergleich. Es ist eine deutliche Misstrauenserklärung an alle Uiguren, denen pauschal damit unterstellt wird, nicht gesetzzustreuer zu handeln und „Terrorismus“ sowie „Extremismus“ zu unterstützen. Für die offiziell von der KP in der Volksrepublik angestrebte „ethnische Harmonie“ sind solche drakonischen Sonderbestimmungen Gift, da sie das Misstrauen zwischen Bevölkerungsgruppen weiter schüren.

Im Januar 2015 bekräftigten die Behörden in Xinjiang / Ostturkestan, dass diese Auflagen auch für den Kauf von neuen oder gebrauchten Computern gelten (*Reuters*, 29.1.2015). So soll verhindert werden, dass „problematische Informationen über das Internet verbreitet werden oder illegale Aktivitäten über die Computer betrieben werden“. Verkäufer werden darüber hinaus verpflichtet in ihren Geschäften große Warntafeln anzubringen, die darauf hinweisen, dass das Herunterladen von Video- und Audio-Material über Gewalt und Terrorismus verboten ist. Auch müssen die Verkäufer Überwachungskameras in ihren Geschäften installieren. Die Identitätsnachweise der Käufer von Computern müssen in ein Datensystem der Staatssicherheit eingegeben werden, das von der Polizei verwaltet wird.

5.2 ANGRIFFE AUF UIGURISCHE ORGANISATIONEN IM AUSLAND

Insbesondere der in München ansässige Weltkongress der Uiguren (WUC) wurde mehrfach Ziel chinesischer Hackerangriffe. Der Dachverband uigurischer Organisationen im Ausland verfolgt regelmäßig die Menschenrechtslage in Xinjiang / Ostturkestan und analysiert und dokumentiert die Situation. Aufgrund seiner Kontakte in das Land und seiner profunden kritischen Analyse gilt die Organisation chinesischen Sicherheitsbehörden als verdächtig. Offizielle chinesische Stellen lassen nichts unversucht, um die Organisation und ihre Mitglieder zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Gezielt arbeiten sie auf eine Schließung der unbequemen Organisation hin, die mit ihren Stellungnahmen in Medien weltweit uigurischen Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme gibt.

Neben stetigen Anfragen der chinesischen Regierung bei deutschen Behörden, den WUC zu schließen, geht China auch mit Hackerangriffen gegen den Dachverband vor, um seine Arbeit nachdrücklich zu behindern. So analysierten Computerspezialisten des Max-Planck-Instituts für Computer Software, der Northeastern University in Boston (USA) und der National University in Singapur in einem 16 seitigen Report, der im August 2014 veröffentlicht wurde, 1.493 verdächtige Emails, die der WUC zwischen 2010 und 2014 empfing. Davon wiesen 1.176 mit „Malware“ infizierte Anhänge auf. Sie waren an 724 e-mail-Adressen und an 108 Mitarbeiter unterschiedlichster Organisationen gerichtet. Die meisten dieser Adressaten waren Nichtregierungsorganisationen.

Im März / April 2013 hatte sich bereits der Verdacht erhärtet, dass Mac-Computer von uigurischen Menschenrechtlern gezielt mit Trojanern und anderer Malware verseucht wurden (*CNET*, 25.4.2013 / *www.techweekeurope.co.uk*, Juli 2012). Schon im Juli 2012 hatten Computerexperten des Kaspersky Lab darauf hingewiesen, dass Mac-Computer von uigurischen Menschenrechtsverteidigern mit Malware gezielt infiziert wurden (*UNPO*, 2.12.2012). Der WUC hatte schon im Juli 2011 während des zweiten Jahrestags der Gewalt in Urumtschi auf eine massive Zunahme von Hackerangriffen in einem Report hingewiesen. Auch war das Büro des WUC in München regelmäßig im Vorfeld der Jahrestage per Telefon nicht erreichbar, da die Telefonanlage mittels Computerschaltungen während mehrerer Tage zielgerichtet blockiert wurde. Auch wurden mehrfach im Namen führender Vertreter des WUC gefälschte Emails in Umlauf gebracht, die die Glaubwürdigkeit der Organisation beeinträchtigten oder neue Möglichkeiten der Ausspionierung der Adressaten und ihrer Kommunikation boten.

Darüber hinaus waren führende Vertreter tibetischer und uigurischer Menschenrechtsorganisationen auch Ziel von Hackerangriffen auf ihre Mobiltelefone. So wurde auf Android-Systemen Malware installiert, die eine umfassende Ausforschung der Kontakte und Kommunikation ermöglichte (*Forbes*, 1.4.2013 / *InfoSecurity*, 26.3.2013).

5.3 VERHAFTUNGEN VON UIGUREN WEGEN INTERNETDELIKTEN

Der an der Pekinger „Zentralen Universität für Nationalitäten“ lehrende uigurische Wirtschafts-professor **Ilham Tohti** (rechts) wurde am 23. September 2014 von einem Gericht in Urumtschi wegen



vermeintlicher „Anstiftung zum Separatismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Sein Eigentum wurde beschlagnahmt. Der Beschuldigte reagierte auf das harte Urteil mit Bestürzung und erklärte: „Ich akzeptiere dieses Urteil nicht, ich protestiere“ (*Libération*, 23.9.2014). Augenzeugen beschreiben, Tohti habe noch beim Herausführen aus dem Gerichtssaal immer wieder gerufen: „Dieses Urteil ist nicht gerecht!“ (*Le Monde*, 23.9.2014). In der Berufungsinstanz wurde das Urteil am 20. November 2014 von dem Obersten Gericht Xinjiangs bestätigt (*Associated Press*, 20.11.2014).

Der Professor war am 15. Januar 2014 von chinesischen Sicherheitskräften aus seiner Wohnung in der Hauptstadt Peking entführt und in eine Haftanstalt in Urumtschi

gebracht worden. Am 25. Januar 2014 veröffentlichte das „Amt für Öffentliche Sicherheit“ in Urumtschi auf seiner Internetseite eine kurze Nachricht, in der Tohti vorgeworfen wird, in „separatistische Aktivitäten“ verwickelt zu sein und „ethnischen Hass geschürt“ zu haben (*Human Rights Watch*, 27.2.2014). Auch warf man Tohti vor, unter „Verheimlichung seiner Identität eine Gruppe gegründet, mit führenden separatistischen Kräften aus Ostturkestan im Ausland kooperiert und Gefolgsleute ins Ausland entsandt zu haben, um dort separatistische Aktivitäten zu entfalten“ (*South China Morning Post*, 6.3.2014). Einen Monat nach seinem Verschwinden erfuhr seine Ehefrau, dass gegen Tohti offiziell ein Haftbefehl erlassen und gegen ihn Anklage wegen „Separatismus“ erhoben wurde (*South China Morning Post*, 25.2.2014).

Seine Ehefrau Guzelnur bezeichnete die Vorwürfe als „lächerlich“. Er habe immer nur als Professor gearbeitet und nichts Illegales getan. Seine Tochter Jehwer, die inzwischen in den USA studiert, bekräftigte in einer Sitzung der China-Kommission des US-Kongresses im April 2014, die Separatismus-Vorwürfe seien aus der Luft gegriffen und nicht glaubwürdig (*Washington Post*, 16.9.2014). Doch der Vorsitzende der Regionalregierung der Autonomen Region Xinjiang, Nur Bekri, bekräftigte im März 2014: „Die Fakten sind klar und der Beweis unwiderlegbar“ (*South China Morning Post*, 6.3.2014). Diese Äußerungen des einflussreichsten KP-Politikers in der Region kamen einer Vorverurteilung gleich und machten deutlich, dass Ilham Tohti nicht mit einem fairen Gerichtsverfahren rechnen konnte.

Schon der Umgang der Justizbehörden mit seinen Rechtsanwälten zeigte, dass es sich bei dem Prozess um politische Gesinnungsjustiz handelte und nicht um ein Gerichtsverfahren, das chinesischem Prozessrecht und internationalen Standards von fairem Gerichtsverfahren gerecht wird. So trifft der Professor erstmals seit seiner Festnahme am 15. Januar 2014 am 27. Juni mit seinen Rechtsanwälten Li Fangping und Wang Yu zusammen. Der Inhaftierte berichtete seinen Rechtsbeiständen von unmenschlicher und entwürdigender Behandlung. So wurde er mehr als einen Monat lang in Ketten gehalten, nachdem er sich gegen Demütigungen und Beleidigungen durch Mitgefangene gewehrt hatte. Die Gefangenen waren von den Wärtern zu Übergriffen auf Tohti ermutigt worden. Seine Rechtsanwältin Wang Yu musste sich schließlich Ende Juli 2014 aus dem Verfahren auf Anweisung ihrer Großkanzlei zurückziehen. Denn ihre Kanzlei wurde aufgrund ihres Engagements für Tohti umfassend untersucht und von den Justizbehörden massiv bedrängt und eingeschüchtert. Die Kanzlei entzog der Anwältin den Auftrag und verweigerte ihr jede Unterstützung (*Radio Free Asia*, 1.8.2014). Als neuer Rechtsanwalt des Professors wird daraufhin Liu Xiaoyuan mit der Wahrung seiner Interessen beauftragt. Zwar wurde den Verteidigern am 13. August von den Behörden Einsicht in das Beweismaterial gewährt, doch die Anwälte kritisierten, dass einige Beweismittel fehlten (*Radio Free Asia*, 13.8.2014).

Selbst Tohtis Brüder, die beide im Sicherheitsapparat Xinjiangs/Ostturkestans beschäftigt sind, konnten den Schauprozess den am 17. September 2014 beginnenden Schauprozess nicht verhindern. Sie nahmen gemeinsam mit seiner Ehefrau an dem Gerichtsverfahren teil. Gegenüber Journalisten beklagte sich die Ehefrau darüber, dass all ihre Bewegungen seit Wochen lückenlos von Sicherheitskräften überwacht wurden. Selbst im Haus ihres Bruders war sie vor Überwachung nicht sicher (*South China Morning Post*, 17.9.2014).

Die Teilnahme von unabhängigen Prozessbeobachtern an dem Gerichtsverfahren in Urumtschi wurde massiv unterbunden. So gelang es deutschen Diplomaten und Botschaftspersonal aus anderen EU-Staaten nicht, sich Zugang zum Sitzungssaal zu verschaffen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, kritisierte dies nachdrücklich (*Pressemitteilung Strässer*, 23.9.2014). Strässer äußerte seine Bestürzung über das Urteil und forderte nachdrücklich seine Überprüfung in einem Berufungsverfahren. Auch Tohtis Rechtsanwalt kündigte an, ein Berufungsverfahren zu fordern, weil das unfaire Urteil so nicht hingenommen werden könne. „Was er getan hat, liegt völlig im Rahmen der freien Meinungsäußerung“, erklärte der Anwalt (*Spiegel online*, 23.9.2014). Die Europäische Union, die USA und die Menschenrechtsorganisationen Gesellschaft für bedrohte Völker, Amnesty International, Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen, PEN International, Human Rights in China, das Chinesische Netzwerk der Menschenrechtsverteidiger, der Weltkongress der Uiguren, das Uigurische Menschenrechtsprojekt, der Uigurisch-Amerikanische Verein und viele andere Gruppen forderten die sofortige Freilassung des politischen Gefangenen.

Seine Festnahme und Verurteilung lösten weltweit Verständnislosigkeit und Empörung aus. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu willkürlicher Verhaftung erklärte seine Festnahme in einer am 22. April 2014 verabschiedeten Resolution für rechtswidrig. Schon nach seiner Entführung hatten Regierungen in aller Welt ihre tiefe Besorgnis geäußert, wird Tohti doch von vielen ausländischen Diplomaten in der Zivilgesellschaft in China als wichtigster Ansprechpartner zur Lage der Uiguren angesehen und geschätzt.

Seine Verurteilung ist besonders tragisch, da er sich mit den von ihm gegründeten Webseiten *Uyghur online* und *Uyghurbiz* bei aller Kritik an der chinesischen Regierungspolitik in Xinjiang immer für eine Verständigung zwischen Uiguren und Han-Chinesen eingesetzt hat. In chinesischer Sprache informierte er auf seinen Webseiten über die Hintergründe der Unruhe unter den Uiguren und vermittelte so zwischen den oft als verfeindet empfundenen ethnischen Gruppen. Kaum eine Stimme unter den in China lebenden Uiguren war gemäßigter und mehr um Ausgleich bemüht als seine. In den vergangenen Monaten haben die Spannungen in Xinjiang und politisch motivierte Gewalt deutlich zugenommen. Dass gerade ein solcher Vermittler zwischen den Kulturen

zu so einem heiklen Zeitpunkt von der chinesischen Staatssicherheit mundtot gemacht wird, bedeutet nichts Gutes für die Konfliktregion Xinjiang / Ostturkestan. Auch lässt diese offensichtlich minutiös über Monate geplante Ausschaltung des wichtigsten Kritikers der Xinjiang-Politik in China am politischen Willen der chinesischen Staatsführung zweifeln, ernsthaft nach einer politischen Lösung des Uiguren-Konflikts zu suchen. So erscheint das illegale erzwungene Verschwinden von Tohtis Student Mutellip Imin (Fall-Beschreibung siehe unten) nur ein Mittel gewesen zu sein, um vermeintliches Beweismaterial gegen den Professor zu beschaffen. Denn Mutellip war überrascht, dass sich in seinen Verhören die meisten Fragen der Ermittler auf Professor Tohti bezogen und nicht auf seine eigene Person.

Professor Tohti war sich bewusst, dass ihn Chinas Staatssicherheit mundtot machen wollte. In den Monaten vor seiner Entführung berichtete er von immer massiveren Einschüchterungsversuchen durch Sicherheitskräfte. So wurde im November 2013 sein Auto von mutmaßlichen Mitarbeitern der chinesischen Staatssicherheit gezielt gerammt und er und seine Ehefrau sowie seine Kinder wurden bedroht (*New York Times*, 4.11.2013). Der Vorfall geschah am 2. November 2013, als Tohti sich mit seiner Ehefrau und seinen drei und sieben Jahre alten Kindern auf dem Weg zum Pekinger Flughafen befand, um seine Mutter abzuholen. Als er und seine Ehefrau ausstiegen, um sich den durch den Unfall entstandenen Schaden anzuschauen, eigneten sich die Insassen des aufgefahrenen Fahrzeugs ihre Mobiltelefone an. Offen erklärten die Unfallverursacher, gezielt sein Auto gerammt zu haben, um ihn einzuschüchtern und davon abzuhalten, ausländischen Journalisten immer wieder Interviews zu geben. Als Tohti auf seine beiden Kinder verwies, die bei dem Unfall hätten verletzt werden können, fluchte der Fahrer nur. Seit diesem Zwischenfall fürchtete Tohti, die Behörden könnten noch massiver gegen ihn vorgehen. Doch einschüchtern lassen wollte er sich nicht: „Je mehr sie mich bedrohen, desto wichtiger ist es für mich, kein Blatt vor den Mund zu nehmen.“ (*New York Times*, 5.11.2013)

Für ausländische Journalisten, die in China zur Lage der Uiguren recherchieren, gilt der Professor als wichtigste Referenz. So wird er in der Medienberichterstattung über die Unruheregion Xinjiang / Ostturkestan regelmäßig mit seiner Kritik an der verfehlten chinesischen Regierungspolitik zitiert. Seine große Medienpräsenz dürfte der entscheidende Grund gewesen sein, warum Chinas Staatssicherheit seit Monaten nach geeigneten Wegen suchte, wie sie den prominenten Kritiker mundtot machen kann. Mehrfach wurde er unter Hausarrest gestellt oder mit Ausreiseverboten belegt. Als im Dezember 2010 der Friedensnobelpreis an Liu Xiaobo verliehen wurde, wurde Tohti zwangsweise mit seiner Familie auf die Insel Hainan im Süden der Volksrepublik gebracht und intensiven Verhören unterzogen. Im Juli 2011 wurde seine E-Mail-Adresse gehackt und dann genutzt, um mit Viren verseuchte Mails an seine Freunde zu senden. Dies ist

eine gängige Praxis von im Auftrag der chinesischen Staatssicherheit arbeitenden Hackern. Sogar seine Universität wurde unter Druck gesetzt und strich ihm im September 2011 ein Seminar. Für die Lehrveranstaltung waren angeblich nicht die erforderlichen 25 Anmeldungen eingegangen, tatsächlich hatten sich jedoch 59 Studentinnen und Studenten registrieren lassen. Im vorangegangenen Semester waren sogar Polizisten in der Lehrveranstaltung erschienen, um den verblüfften Studenten mitzuteilen, der Professor „rede zu viel“.

Anfang des Jahres 2012 wurde Tohtis sechsjährigem Sohn ohne Angabe von Gründen die Aufnahme in die Grundschule verweigert. Als der Professor im Februar 2013 für einen Monat mit seiner Tochter in die USA reisen wollte, um einen Lehrauftrag an der Universität von Indiana vorzubereiten, wurde ihm die Ausreise verweigert. Im August 2013 wurde er schließlich sogar festgenommen, nachdem er bei einem Flug von Peking nach Urumtschi mit einem Diplomaten aus der Botschaft der Europäischen Union in China einige Worte gewechselt hatte. Doch Tohti ließ sich das Wort nicht verbieten und kritisierte immer wieder öffentlich Diskriminierungen von Uiguren im Alltagsleben in China. Als uigurische Universitäten in Xinjiang im November 2013 offiziell angewiesen wurden, uigurische Doktoranden nur zuzulassen, wenn sie politisch regierungskonform sind, bezeichnete er dies als „gefährlich“ und „lächerlich“ (*Radio Free Asia*, 27.11.2013).

Angesichts des massiven Drucks und der Einschüchterungen durch die Behörden fürchtete Tohti seit Monaten, festgenommen und gefoltert zu werden, um Geständnisse zu erpressen. Er vertraute daher am 24. Juli 2013 telefonisch dem uigurischen Dienst von Radio Free Asia eine Erklärung an, die im Falle seiner Festnahme von dem Radiosender veröffentlicht werden sollte. Aus Angst vor Folter bekräftigte er in der Erklärung nachdrücklich, nicht krank zu sein und äußerlich keinerlei Spuren von Gewalt an seinem Körper zu haben. Auch werde er niemals Selbstmord begehen. Niemals werde er einen Pflichtverteidiger akzeptieren. Sollte er jemals andere Personen mit seiner Aussage belasten, so solle diese Erklärung nicht ernst genommen werden, da sie unter Zwang oder Drogen erfolgt sei. Auch betont Tohti in seiner Erklärung, dass er sich niemals einer im Ausland ansässigen Organisation oder einer Terrororganisation angeschlossen habe. Sein einziges Ziel und Motto sei es, immer für die Gleichberechtigung der Uiguren in kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Fragen einzutreten. Niemals habe er sich bemüht, eine eigene Organisation aufzubauen. Aber es habe immer Uiguren und Han-Chinesen gegeben, die seine Vorstellungen teilten. Das einzige, was er stetig fordere, seien Menschenrechte und Autonomie-Rechte. „Uiguren sollten in der Lage sein, den gleichen Respekt erwiesen zu bekommen, der auch Chinesen gegenüber gezeigt wird und sie sollten auch die Möglichkeit haben, ihre Würde zu bewahren“, sagt Tohti in seiner Grundsatzerklärung, die angesichts seiner akuten Gefährdung auch als politisches Testament zu verstehen ist (*Radio Free Asia*, 7.2.2014).

Die Uigurin **Ilnur Hesin** wurde am 16. August 2014 im Bezirk Kuytun in der Kasachischen Autonomen Präfektur festgenommen. Die frühere Krankenschwester war schon seit Monaten von der chinesischen Staatssicherheit bedrängt worden, weil sie sich regelmäßig mit ihrem in den USA lebenden Bruder Ilshat telefonisch austauscht. Ilshat ist Vizepräsident des Uigurisch-Amerikanischen Vereins und ehemaliger hochrangiger Vertreter des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren. Beobachter gehen davon aus, dass mit der Verhaftung ihr einflussreicher Bruder unter Druck gesetzt und willfährig gemacht werden soll (Radio Free Asia, 12.9.2014).

Sieben Studentinnen und Studenten von Professor Ilham Tohti wurden am 25. November in zwei separaten Verfahren vor dem Mittleren Volksgericht in Urumtschi wegen Separatismus zu Haftstrafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt (Global Times, 9.12.2014). Die fünf Studenten **Akbar Imin, Perhat Halmurat, Shohret Nijat,**



Mutellip Imin und Abdukeyum Ablimit und die Studentin **Atikem Rozi** sind uigurischer Abstammung, der siebte Beschuldigte **Luo Yuwei** (links) stammt von der ethnischen Minderheit der Yi.

Die zwei uigurischen Studenten **Shohret Nijat** und **Perhat Halmurat** wurden am 15. Januar 2014 in Peking festgenommen. Zwei Tage

später wurde auch der uigurische Student **Abdukeyum Ablimit** (rechts) verhaftet. Die drei jungen Leute studieren an der „Zentralen Universität für Nationalitäten“ in der chinesischen Hauptstadt. Shohret stammt aus Urumtschi und Halmurat aus der Stadt Gulja. Sie engagieren sich für Menschenrechte der Uiguren. Da sie zeitgleich mit ihrem Professor Ilham Tohti festgenommen wurden, war davon auszugehen, dass die Festnahmen im Zusammenhang mit Tohtis Inhaftierung standen. Shohret Nijat, Perhat Halmurat und Luo Yuwei



haben in dem Gerichtsverfahren gegen Ilham Tohti ausgesagt. Es ist davon auszugehen, dass die Geständnisse unter Zwang erfolgten. Perhat Halmurat ist Herausgeber der von Ilham Tohti gegründeten Webseite „Uyghur online“ gewesen. Als er am 28. September 2013 nach Istanbul fliegen wollte, um an der dortigen Universität mit einem Stipendium weiter zu studieren, wurde er am Pekinger Flughafen von Sicherheitskräften festgesetzt und 16 Stunden lang verhört. Erst nach massiven Protesten aus dem In- und Ausland war er damals wieder freigekommen (Radio Free Asia, 21.11.2013).

Festgenommen wurde am 15. Januar 2014 in der Präfektur Hotan auch der uigurische Student **Mutellip Imin**, der bis zum Sommer 2013 in Istanbul (Türkei) studierte. Ehrenamtlich unterstützte Imin die Webseite „Uyghur online“ des in Peking lebenden uigurischen Wirtschaftswissenschaftlers Ilham Tohti. Seine Festnahme hing mit der zeitgleichen Inhaftierung von Tohti zusammen. Es war nicht das erste Mal, dass der 24-Jährige aufgrund seines Engagements für Menschenrechte der Uiguren Probleme mit den chinesischen Behörden bekam.

Als Mutellip Imin (rechts) am 14. Juli 2013 nach einem Aufenthalt in China nach Istanbul reisen wollte, um sein Universitätsstudium in der Türkei fortzuführen, wurde er am Flughafen Peking von Sicherheitskräften abgeführt und an der Ausreise gehindert. Der Student wurde ohne



Haftbefehl 79 Tage lang in drei als Geheimgefängnis genutzten Hotels festgehalten.

Noch am Flughafen wurden ihm sein Mobiltelefon, seine Aufenthaltsgenehmigung für die Türkei sowie der Nachweis seiner Türkisch-Sprachprüfung abgenommen (<http://mutellipimin.wordpress.com>). In Begleitung von zwei Han-Chinesen und einem Uiguren wurde er nach Urumtschi geflogen. In einem Hotel wurde er 24 Stunden am Tag überwacht und ausführlichen Verhören unterzogen. Die Polizisten suchten vor allem nach Informationen über seinen Professor Ilham Tohti. Auch zwangen sie ihn, alle Passwörter für Mobiltelefone, soziale Medien und Webseiten offenzulegen. Besonderes Interesse hatten sie an seinem Passwort als Administrator der von Tohti gegründeten Webseite „Uyghur online“. Doch das Passwort war geändert worden, nachdem Imin aufgrund seines Studiums in der Türkei seine Mitarbeit bei der Webseite aufgeben musste.

Nach zahlreichen Verhören sicherte man ihm zu, er könne Mitte September 2013 in die Türkei fliegen. Doch seine Freilassung verzögerte sich immer mehr. Schließlich gestattete man ihm, erstmals nach seiner Festnahme telefonischen Kontakt mit seiner Familie aufzunehmen. Man forderte ihn auf, gegenüber seinen Angehörigen zu lügen und zu behaupten, er halte sich in der Türkei auf. Auch sollte er seinen Angehörigen versichern, dass die Nachricht von seiner Festnahme nicht der Wirklichkeit entspreche und eine Erfindung uigurischer „Separatisten“ sei. Da er seine Angehörigen nicht wie gefordert belog und bei dem von Sicherheitsleuten überwachten Telefonat keine klaren Angaben zu seinem Aufenthaltsort machte, waren die Polizisten verärgert. Auch seine

Universität in Istanbul sollte er belügen und erklären, er habe sein Studium nicht ordnungsgemäß wieder aufnehmen können, weil seine Mutter erkrankt sei. Schließlich kam er am 1. Oktober 2013 wieder frei und wurde in ein Flugzeug in seine Heimatregion in der Nähe von Hotan gesetzt. Seinen Reisepass erhielt er allerdings nicht zurück, so dass er sein Studium in Istanbul auch nicht fortführen konnte (Radio Free Asia, 21.11.2013).

Auch die uigurische Studentin **Atikem Rozi** (rechts) wurde am 17. Januar 2014 fast zeitgleich mit den anderen Studenten Tohtis festgenommen. Die 22 Jahre alte Freundin von Mutellip Imin studierte an der „Zentralen Universität für Minderheiten“ in Peking und nahm dort an

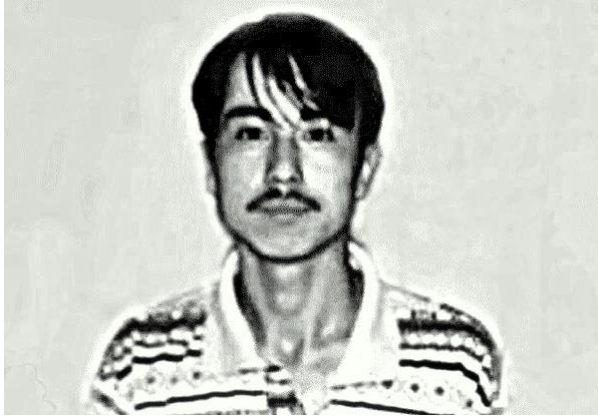


Vorlesungen und Seminaren des zwei Tage zuvor verhafteten uigurischen Wissenschaftlers Ilham Tohti teil. Sie arbeitete auch bei den von Tohti gegründeten Webseiten *Uyghur online* und *Uyghurbiz* mit.

In den vergangenen drei Jahren ist Rozi dreimal von den chinesischen Behörden die Ausstellung eines Reisepasses verweigert worden, um im Ausland zu studieren (*Radio Free Asia*, 20.12.2012). Die Studentin gab sich damit nicht zufrieden, sondern verlangte eine schriftliche Begründung, warum sie keine Reisedokumente bekommt. Dies lehnten die Behörden ab, deuteten jedoch im persönlichen Gespräch an, dass ihr der Reisepass aus „politischen Gründen“ verweigert werde. Die Studentin fand sich mit der Weigerung der Behörden nicht ab, sondern mobilisierte über Soziale Medien, wie den chinesischen Kurznachrichtendienst Weibo, Unterstützung für ein Ende der Diskriminierung von Uiguren. Auf der von ihr mit betreuten Webseite *Uyghurbiz* informierte sie regelmäßig über das ermutigende Echo auf ihre Proteste gegen die Diskriminierung. Der in Peking ansässige Rechtsanwalt und Dozent der „China Universität für Politische Wissenschaften und Recht“ Teng Biao hält die Benachteiligung von Uiguren für rechtswidrig. „Das ist eine klare Diskriminierung von Uiguren“ (*Radio Free Asia*, 20.12.2012). Doch selbst wenn Uiguren einen Reisepass erhalten, können sie nicht sicher sein, ob sie damit auch tatsächlich ausreisen können, wie der Fall von Mutellip Imin anschaulich zeigt.

Der uigurische Bürgerrechtler und Blogger **Niyaz Kahar** wurde am 26. Juli 2009 in Urumtschi festgenommen. Drei Wochen lang hatten schwere Unruhen zwischen Uiguren und Han-Chinesen die Stadt erschüttert, bei denen hunderte Menschen zu Tode kamen. Ein Jahr lang hörten seine Angehörigen trotz ständiger Nachfragen bei den Behörden

nichts von dem Inhaftierten. Seine Mutter ließ nichts unversucht und suchte den 34-Jährigen in allen Polizeistationen, Arbeitslagern und sprach bei unzähligen Behörden vor. Lange fürchtete sie, ihr Sohn könnte bei den Unruhen getötet worden sein. Denn noch immer gelten Uiguren als vermisst. Dann erhielt sie schließlich im Herbst 2010 die



behördliche Mitteilung, Niyaz (links) sei in einem Geheimverfahren zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden (*Radio Free Asia*, 5.2.2014). Verweigerte man der Mutter jede Auskunft über die Hintergründe seiner Verurteilung, so teilte man der immer wieder nachfragenden Schwester mit, er sei wegen der Verbreitung illegaler Nachrichten bestraft

worden. Der Bürgerrechtler betrieb seit Jahren die Webseite *Goldener Tarim*, die vor allem bei vielen jungen Uiguren sehr beliebt ist. Der 1975 geborene Niyaz hat Literatur an der Universität von Xinjiang studiert und arbeitete danach bei einer Lokalzeitung. Später baute er den *Goldenen Tarim* auf, der Informationen über uigurische Geschichte, Kultur und Politik verbreitet.

Der uigurische Menschenrechtler **Gheyret Niyaz** (rechts) wurde im Juli 2010 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich kritisch zur Mitverantwortung der chinesischen Behörden für die schweren Unruhen in Urumtschi im Juli 2009 geäußert hatte. Vor Gericht beschuldigte man ihn, die „Staatsicherheit zu gefährden“. Der langjährige Administrator und Geschäftsführer der Webseite „uyghurbiz.net“ war am 1. Oktober 2009 festgenommen worden. Zuvor hatte er in einem Interview mit einer Wochenzeitung aus Hongkong kritisiert, dass die Behörden vor den Unruhen untätig geblieben seien, obwohl es im Vorfeld zahlreiche Warnungen vor Auseinandersetzungen gegeben habe (*BBC*, 23. Juli 2010). Auch persönlich hatte er vor den Unruhen mehrfach bei den Behörden vorgesprochen und auf wachsende Spannungen hingewiesen. Doch seine Warnungen seien leider ignoriert worden. Der 55-Jährige arbeitete früher als Journalist bei der Wirtschaftszeitung *Xinjiang Economic Daily* und war Direktor des *Xinjiang Legal Daily* gewesen.



Am 24. Juli 2010 wurden vom Mittleren Volksgericht in Urumtschi die beiden uigurischen Webmaster **Dilshat Perhat** und **Nijat Azat** zu fünf beziehungsweise zehn Jahren Gefängnis wegen vermeintlicher „Gefährdung der Staatssicherheit“ verurteilt. Der heute 32 Jahre alte Dilshat Perhat arbeitete als Administrator der Webseite „Diyarim“, als er am 7. August 2009 festgenommen wurde. In den Tagen zuvor war er bereits von der Polizei verhört worden wegen möglicher Verwicklung in die Unruhen in Urumtschi im Juli 2009. Dilshat hatte vor den Ausschreitungen in Urumtschi mehrfach Demonstrationsaufrufe von Uiguren von der Webseite gelöscht. Selbst die chinesische Polizei hatte er über diese Aufrufe informiert und sie um Wachsamkeit gebeten. Dilshats Engagement, eine Eskalation der Gewalt zu verhindern, sollte sich jedoch nicht auszahlen. Im Gegenteil, als die Proteste in einem Blutbad endeten, sperrte man ihn ins Gefängnis, um unangenehme Nachfragen zu vermeiden. Denn allzu gerne hätte der Menschenrechtsverteidiger gewusst, warum seine Warnungen offensichtlich nicht ernst genommen worden waren.



Der uigurische Web-Moderator **Memetjan Abdulla** (links) wurde am 1. April 2010 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Ankläger warfen ihm vor allem vor, nach pogromartigen Ausschreitungen von Han-Chinesen gegen uigurische Arbeiter in einer Fabrik in Shaoguan (Provinz Guangdong) ausländischen Journalisten Interviews gegeben zu haben. Die schweren

Übergriffe waren der Auslöser für die Proteste von Uiguren in Urumtschi im Juli 2009, die in einem Blutbad endeten. Auch beschuldigten sie ihn, einen Demonstrationsaufruf von einer chinesischen Webseite übersetzt und auf seiner Homepage *Salkin* veröffentlicht zu haben. Der 1977 in Karamay City geborene Memetjan beendete im Jahr 2001 ein Journalismus-Studium in Peking und arbeitete seitdem für den uigurischen Dienst des Nationalen Radios Chinas. In seiner Freizeit engagierte er sich für Bürgerrechte der Uiguren und war Administrator der Webseite *Salkin*.

Für *Salkin* hatte ehrenamtlich auch die Uigurin **Gulmira Imin** gearbeitet. Ein Engagement, das mit einer lebenslangen Haftstrafe am 1. April 2010 geahndet wurde. Frau Imins Verhaftung wurde von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu willkürlichen Verhaftungen als „willkürlich“ angesehen, erklärte das Experten-Gremium in einer Resolution im April 2014. Die 1978 geborene Frau arbeitete lange Jahre für die Regionalverwaltung in der Stadt Aksu. In ihrer Freizeit schrieb sie Gedichte und unterstützte seit dem Frühjahr 2009 *Salkin* mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als

Moderatorin der Webseite. Nachdem *Salkin* wie viele andere Webseiten einen Aufruf zu einer Demonstration in Urumtschi Anfang Juli 2009 veröffentlichte hatte, beschuldigte die Anklage sie des „Verrats von Staatsgeheimnissen und der Organisation einer illegalen Demonstration.“ Doch Imin (rechts) war wie viele andere Demonstrantinnen und Demonstranten davon überzeugt, dass der Protest von den Behörden zumindest stillschweigend geduldet wurde. Denn überall im Internet fand man Aufrufe zu dem Protest. Auch hielten viele Uiguren bei dem Protestzug demonstrativ chinesische Fahnen hoch, um deutlich zu machen, dass sich der Protest nicht gegen China richtete, sondern man nur eine angemessene Bestrafung der Verantwortlichen für die pogromartigen Übergriffe auf Uiguren in einer Fabrik in Südostchina verlangte.



Zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte das Mittlere Volksgericht in Turpan den Menschenrechtler **Ekberjan Jamal**. Der junge Mann, der bei seiner Verhaftung am 25. Dezember 2007 erst 22 Jahre alt war, wurde des „Verrats von Staatsgeheimnissen und separatistischer Aktivitäten“ beschuldigt (*Radio Free Asia*, 15.4.2009). Vor allem legte man ihm zur Last, in 21 Fällen Informationen mit seinem Mobiltelefon ins Ausland gesandt zu haben, um auf Menschenrechtsverletzungen und Proteste von Uiguren aufmerksam zu machen. So soll er Ton-Aufnahmen von der gewaltsamen Niederschlagung einer Demonstration uigurischer Geschäftsleute an Freunde in den Niederlanden gesandt haben, die diese Aufnahmen an *Radio Free Asia* übermittelten. Der Radiosender nutzte den Ton-Mitschnitt für eine Radiosendung, die Ekberjan Jamal auch von seiner persönlichen Webseite weiterverbreitete.



Der Uigure **Tursunjan Hezim** (links) wurde im Juli 2010 vom Mittleren Volksgericht in Aksu zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt (Committee to Protect Journalists, 10.3.2011). Die Gründe seiner Verurteilung wurden nicht bekannt, doch wahrscheinlich wurde so sein Engagement für uigurische Kultur und Geschichte geahndet. Auf seiner Webseite *Orkhun* informierte er mit zahllosen Beiträgen von Wissenschaftlern über uigurische Geschichte und warb für mehr Anerkennung und Förderung der uigurischen

Kultur. Vor den Olympischen Spielen in Peking im Jahr 2008 wurde seine Webseite vorübergehend gesperrt. Nach den Unruhen in Urumtschi im Juli 2009 wurde die Homepage endgültig von chinesischen Zensoren unzugänglich gemacht.

Tursunjan Hezim hat viele Essays und andere Beiträge über die Geschichte der Uiguren veröffentlicht (Radio Free Asia, 06.03.2011). Hezim brachte sich bei Internet-Diskussionsforen anderer Webseiten ebenfalls aktiv ein und kommentierte Beiträge auf den Webseiten Bostan und UyghurOnline unter seinem Schriftsteller-Pseudonym Yawuz. Zwischen 1991 und 1996 hatte er Geschichte an der Universität von Xinjiang studiert. Später arbeitete er in seiner Heimatstadt Aksu an einem uigurischsprachigen Gymnasium als Geschichtslehrer. Im Jahr 2006 wurde er wegen seiner Regimekritik von der Schulleitung von seinen Lehraufgaben entbunden und arbeitete als Pförtner seines Gymnasiums.

Das Volksgericht in Urumtschi verurteilte den Internet-Autor und Webseiten-Betreiber **Nureli Obul** am 23. oder 24. Juli 2010 wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu drei Jahren Gefängnis. Der Gerichtsprozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Familienangehörigen wurden einen Tag vor dem Verfahren über die unmittelbar bevorstehende Verhandlung informiert. Nureli gründete die populäre uigurische Webseite Salkin. Auch dieser Homepage wird vorgeworfen, Demonstrationsaufrufe von Uiguren für den 05. Juli 2009 verbreitet zu haben. Nur Bekri, der damalige Chef der Regionalregierung in Xinjiang, erklärte: „Diese Webseiten publizieren so viele schlechte Nachrichten über das, was in der Shaoguan-Spielzeugfabrik zwischen uigurischen und chinesischen Arbeitern geschah.“ (Radio Free Asia, 28.07.2010)

Die Webseiten hätten „Gerüchte verbreitet“ und Unruhe gestiftet sowie Propaganda verbreitet. Der einflussreiche Politiker der Kommunistischen Partei vergaß allerdings hinzuzufügen, dass die zensierten staatlichen Medien tagelang zu den schweren Ausschreitungen von Han-Chinesen gegen Uiguren in der Shaoguan Spielzeugfabrik in Guangdong geschwiegen hatten. Das Schweigen des offiziellen China und seiner Medien zur Ermordung uigurischer Arbeiter in Guangdong hatte massiv den Protest der Uiguren in Urumtschi im Juli 2009 geschürt.

Der uigurische Dichter und Schriftsteller **Nurmuhemmet Yasin** wurde am 02. Februar 2005 vom Volksgericht in Kashgar wegen „Anstiftung zum Separatismus“ zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das Ehrenmitglied des Britischen, Amerikanischen und Unabhängigen Chinesischen P.E.N.-Zentrums sollte am 28. November 2014 aus der Haft entlassen werden, doch bislang gibt es keine Nachrichten über seinen Verbleib. Der Schriftsteller wurde am 06. März 1974 in der Region Maralbesh (Ostturkestan/Autonome Region Xinjiang) geboren und lebte bis zu seiner Verhaftung mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen in dieser Region. Nach seinem Abitur arbeitete er als freier Schriftsteller,

Dichter und Journalist. Der von Kulturkritikern gefeierte Autor, der bereits für mehrere bedeutende internationale Literaturpreise vorgeschlagen wurde, hatte in den letzten Jahren mit der Veröffentlichung von drei Gedichtbänden (Erste Liebe, Von Herzen schreien, Kommt Kinder) sowie zahlreichen Kurzgeschichten und Essays Aufsehen erregt. Wenige Tage nach der Veröffentlichung seiner Kurzgeschichte Wildtaube in dem in uigurischer Sprache erscheinenden *Kashgar Literatur-Journal* wurde er von der Polizei in der Stadt Kashgar am 29. November 2004 festgenommen. Die Polizei beschlagnahmte nicht nur 2.000 Exemplare der fraglichen Ausgabe der Zeitschrift, sondern auch seinen Computer, auf dem sich mehr als 1.600 Gedichte, Kurzgeschichten, Essays, Kommentare und ein unvollendeter Roman befanden. Auslöser der Verhaftung war offensichtlich die Publikation dieser Kurzgeschichte, die von den Behörden als Allegorie und Kritik an der Politik der chinesischen Regierung in der Autonomen Region Xinjiang angesehen wurde. Im Mittelpunkt der Kurzgeschichte »Wildtaube« steht die Ich-Erzählerin, eine junge Taube, die von Menschen gefangen genommen und in einen Käfig gesperrt wurde. Lieber begeht sie Selbstmord, als ihre Freiheit aufzugeben. Die namenlose Taube erklärt: „Das Gift der Erdbeere strömt durch meinen Körper. Nun kann ich endlich sterben. Es ist, als stünde meine Seele in Flammen - sie schwebt frei dahin.“

Die Kurzgeschichte Wildtaube erregte viel Aufsehen in Xinjiang/Ostturkestan. So wurde sie nicht nur für einen Literaturpreis vorgeschlagen, sondern auch von der uigurischen Abteilung des Radiosenders Radio Free Asia ins Englische übersetzt. Schriftsteller berichteten, dass nach der Veröffentlichung der Wildtaube die Kontrolle der uigurischen Presse und Verlage in Xinjiang/Ostturkestan durch die chinesischen Behörden so sehr verstärkt wurde, dass viele Autoren nicht mehr wagten, ihre Werke zu publizieren.



Ein Jahr nach der Verhaftung von Nurmuhemmet Yasin (links) wurde auch der Chefredakteur des *Kashgar Literatur-Journal*, Korash Huseyin, festgenommen und zu drei Jahren Haft verurteilt. Nurmuhemmet Yasin wurde am 02. Februar 2005 in einer geheimen Verhandlung vom Volksgericht der Region Maralbesh (chinesisch: Bachu, Region Xinjiang) zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Autor durfte sich nicht von einem

Rechtsanwalt vertreten lassen. Der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Manfred Nowak, der den Inhaftierten im November 2005 im Gefängnis besuchen konnte, erklärte, der Nurmuhemmet Yasin sei bei Verhören im November 2004 von der Polizei geschlagen und bedroht worden. Auch im Gefängnis würde er von Mitgefangenen geschlagen, weil er mit Ihnen nicht Chinesisch rede (Amnesty International – Maine/USA, Herbst 2011).

Der UN-Sonderberichterstatter forderte die chinesische Regierung auf, ihn unverzüglich freizulassen. Das Urteil wurde in der Berufungsverhandlung vom Mittleren Volksgericht in Kashgar bestätigt. Wenig ist über Yasins Haftbedingungen bekannt, da seiner Familie bis heute nicht gestattet wird, ihn zu besuchen.

The Call of Nuzugum (von Nurmuhemmet Yasin)

Where are you our heroic men?

Let us go to the desert,

The brave hunter finds freedom there,

It flows in his spirit and his blood.

The reeds sing a desert song,

Horses neigh on the horizon.

The heroic people who once lived by the sword,

Now lie quiet beneath the earth.

The floating moon becomes a beautiful girl,

Telling a story in the blue sky,

Oh the reed bed fiercely burns,

And with it the hopes of a whole nation.

We are listening to it silently, Not only with our ears but in our hearts, The sand encroaches on the fertile lands, But we are the real sandstorms.

Let us go to the desert, There the delicate moon is telling a tale, Perhaps it is a book of warriors, Containing many beautiful myths.

It would be not strange to meet, Freedom's son, heroic chintomur Let us live in a free world, Singing desert songs all our lives.

(Das Gedicht wurde aus dem Uigurischen ins Englische übersetzt von Aziz Isa und Rachel Harris)

6. KEINE INTERNETFREIHEIT IN DER INNEREN MONGOLEI

Landkonflikte, die systematische Zwangsansiedlung von hunderttausenden Nomaden und die weit reichenden ökologischen Folgen des Bergbaus schüren seit Jahren die Unzufriedenheit unter den ethnischen Mongolen in der Inneren Mongolei. Schon lange sind sie durch die Ansiedlung von Han-Chinesen zur Minderheit in ihrer Heimat geworden. Im Jahr 2011 formierte sich trotz einer Welle von Verhaftungen offener friedlicher Widerstand von Mongolen gegen die Missachtung ihrer Interessen durch die lokalen Behörden der Autonomen Region Innere Mongolei.

Als einen Tag vor einer geplanten größeren Demonstration von Mongolen in der Provinzhauptstadt Hohhot am 29. Mai 2011 ein Rap-Song für einen zu Tode gekommenen Nomaden im Internet verbreitet wurde, reagierten die Zensur-Behörden sofort. Innerhalb weniger Stunden wurde der dem Nomaden **Mergen**, dem „Held des Graslands“, gewidmete Song, verboten und von allen chinesischen Internetseiten entfernt (*Southern Mongolian Human Rights Information Center*, 13.6.2011). Der Song handelt von den Weiten des mongolischen Graslands und von den Problemen der dort lebenden Nomaden mit der expandierenden Bergbau-Industrie. So schildert er auch den Tod des Nomaden Mergen, der im Mai 2011 dem Lastwagen eines Bergbau-Unternehmens überrollt und getötet wurde. Auch wird in dem Song von mongolischen Internetseiten und Mikroblogs durch die Zensur-Behörden kritisiert. Der Song fand schnell Verbreitung über das beliebte soziale Netzwerk *Tui Ya* (www.tuiya.com), bis die Behörden einschritten und seine Herausnahme aus dem Netz veranlassten. Der Student, der den Titel komponiert und verfasst hatte, wurde von der Staatssicherheit vorgeladen und nachdrücklich gewarnt, den Song weiterhin über das Internet zu verbreiten. Angesichts der sich in der Inneren Mongolei ausbreitenden Proteste ordneten die Zensur-Behörden im Juni 2011 auch die zeitweilige Sperrung zahlreicher Suchbegriffe (Innere Mongolei, Hohhot, Ujimqin) an (*Open Net Initiative*, 10.6.2011, <https://opennet.net/blog>).

Im August 2014 eskalierte der Konflikt um vom Militär beschlagnahmtes Nomadenland in der Inneren Mongolei, auf dem das 1.066 Quadratkilometer große militärische Übungsgelände Zureh eingerichtet wurde. Rund 2.900 Halb-Nomaden wurden zwangsweise umgesiedelt, verloren ihr Land und ihre Lebensgrundlage und wurden dafür nur unzureichend entschädigt. Der Nomade Shuangping wurde am 20. Mai 2011 festgenommen, weil er Informationen über den Streit in sozialen Netzwerken verbreitet hatte.

Beispielhaft für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Inneren Mongolei steht das Schicksal des Buchhändlers und Verlegers **Hada** (rechts) und seiner Familie. Er wurde im Jahr 1996 in einem politisch motivierten unfairen Strafverfahren wegen angeblichem „Separatismus“ und „Spionage“ zu 15



Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung seiner Haftstrafe im Dezember 2010 wurde er jedoch nicht freigelassen, sondern weiter in Geheimgefängnissen illegal festgehalten.



Seine Ehefrau **Xinna** und sein Sohn **Uiles** (beide links) machten immer wieder öffentlich auf das Schicksal des Inhaftierten aufmerksam und forderten seine Freilassung. Am 15. August 2014 suchten acht Beamte der Internet-Zensurbehörde Xinna und ihren Sohn auf und warfen ihnen vor, unrechtmäßig Informationen

über Hada an ausländische Internetseiten versandt zu haben. Zwei Tage später wurden alle Kommunikationsleitungen, die aus der Wohnung herausführten, von den Behörden unterbrochen. Am 12. Mai 2014 empfing Xinna 422 Todesdrohungen per Textnachrichten auf ihren zwei Mobiltelefonen (*International Federation of Journalists*, 25.8.2014 / *Southern Mongolian Human Rights Information Center*, 18.8.2014). Hada kam schließlich im Dezember 2014 frei.